

Februar

2003

Rechtsextreme Phänomene in Berlin-Friedrichshain und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

Ulrich Bahr, Dierk Borstel,
Claudia Dantschke, Frank Gutermuth,
Cornelia Pust, Catharina Schmalstieg,
Babett Simon, Ralph Stobwasser

unter Mitarbeit von:

Alexandra Klein, Desiree Pilz,
Lisa Rüter

Schriftenreihe
Zentrum

Demokratische
Kultur



Rechtsextreme Phänomene in Berlin-Friedrichshain und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Friedrichshain

Herausgegeben vom:

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“
Mühlenstr. 47
13187 Berlin

info@zentrum-demokratische-kultur.de

Leitung und

Öffentlichkeitsvertretung: Dierk Borstel, Claudia Dantschke

Koordination und Organisation: Astrid Brix, Frank Gutermuth, Katrin Reimer,
Catharina Schmalstieg

Autorinnen und Autoren: Ulrich Bahr, Dierk Borstel, Claudia Dantschke,
Frank Gutermuth, Cornelia Pust, Catharina Schmalstieg,
Babett Simon, Ralph Stobwasser

Unter Mitarbeit von:

Alexandra Klein, Desiree Pilz, Lisa Rüter

Berlin, Februar 2003

Impressum

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr. 47

13187 Berlin

Geschäftsführer: Diplom-Kriminalist Bernd Wagner

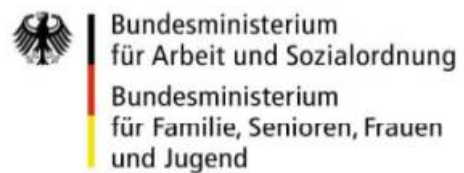
Telefon: 0174 3706792

Telefax: 03212 4517890

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de | bernd.wagner@zentrum-demokratische-kultur.de

Der Projektbereich Zentrum Demokratische Kultur „Community Coaching“ wird gefördert und unterstützt von folgenden Partner:

Berlin, Februar 2003



Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg



0.	Vorwort	4
I.	Einleitung	6
II.	Begriffserklärung	8
	1. Rechtsextremismus	8
	1.1 Rassismus	9
	1.2 Völkischer Nationalismus	10
	1.3 Antisemitismus	10
	1.4 Antiziganismus	11
	1.5 Quantitative Aspekte des deutschen Rechtsextremismus	12
	1.6 Formen rechtsextremer Strukturen und Organisierung	13
	1.6.1 Rechtsextreme Parteien	13
	1.6.2 Rechtspopulistische Parteien	14
	1.6.3 Freie Kameradschaften	14
	1.6.4 Lifestyle, Codes, Subkultur	15
	2. Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft	16
	3. Dominanzkultur und Alltagsrassismus	17
III.	Vorgehensweise	18
	1. Methodenauswahl	18
	2. Unsere Vorgehensweise	19
	2.1 Bestandsaufnahme	19
	2.1.1 Interviews	19
	2.1.2 Sozialraumbesichtigungen	20
	2.1.3 Recherche	20
	2.2 Auswertung	20
	2.3 Gegenstrategien	21
IV.	Analyse	22
	1. Politische und soziale Situation allgemein in Friedrichshain	22
	1.1 Schule	22
	1.1.1 Allgemeines	22
	1.1.2 Sozialräume	23
	1.2 Kinder- und Jugendeinrichtungen / Jugendsozialarbeit / freier Jugendbereich	24
	1.2.1 Allgemeines	24
	1.2.2 Sozialräume	25
	1.3 Verwaltung	26
	1.3.1 Allgemeines	26
	1.3.2 Fusion von Friedrichshain und Kreuzberg	27
	1.3.3 MigrantInnen	27
	1.4 Öffentlicher Raum	27
	1.4.1 Allgemeines	27
	1.4.2 Zuzug von MigrantInnen	28
	1.4.3 Ausgegrenzte Randgruppen / subkulturelle Minderheiten	30
	1.4.4 Sozialräume	30
	1.5 NGOs / Initiativen mit zivilgesellschaftlichem Engagement	31
	2. Alltagskulturelle Diskriminierung und Ausgrenzung	33

2.1 Allgemeine Wahrnehmung	33
2.2 Minderheitenperspektive.....	34
2.3 Jugendkontext: Schule und Sozialarbeit.....	35
2.4 Erwachsenenwelt.....	36
2.5 Spezifika des Rassismus	37
2.6 Blick auf Kreuzberg.....	38
2.7 Behörden und Verwaltung.....	40
3. Wahrnehmung / Nicht-Wahrnehmung von Rechtsextremismus	40
3.1 Öffentlicher Raum.....	40
3.1.1 Sozialraum V.....	41
3.1.2 Sozialraum VI.....	42
3.1.3 Sozialraum VII	43
3.1.4 Sozialraum VIII	45
3.2 Kontextgebundenheit von Wahrnehmung / Nicht-Wahrnehmung.....	48
3.2.1 Dresscodes	48
3.2.2 Rechtsextremismus als Jugendproblem?	50
3.2.3 Unterschiede in der Wahrnehmung am Beispiel der Gaststätte „Der Baum“	50
3.2.4 Rechtsextremismus an Schulen und in Jugendeinrichtungen	51
4. Organisationen / Umfeld / Aktivitäten	52
4.1 Kameradschaften.....	52
4.2 Parteien	55
4.3 Ereignisse / Aktivitäten.....	55
4.3.1 Bierfestival.....	55
4.3.2 Rudolf-Heß-Gedenktag	56
4.3.3 Hakenkreuz-Schmierereien	57
4.3.4 Hardcore-Festival.....	57
4.3.5 Loveparade	58
5. Übergriffe	58
6. Opferperspektive	60
7. Zivilgesellschaftliches Potenzial.....	61
7.1 Schule	61
7.2 Kinder- und Jugendeinrichtungen / Jugendsozialarbeit / freier Jugendbereich.....	64
7.3 Verwaltung / Polizei	66
7.4 Öffentlicher Raum.....	67
7.5 NGOs / Initiativen mit zivilgesellschaftlichem Engagement	69
V. Zusammenfassung des empirischen Teils	67
VI. Gegenstrategien	68
X. Literatur	74

0. Vorwort

Der Anfang war schwierig. Viele schienen der Meinung zu sein, dass Stadtteile wie Marzahn einen Monopolanspruch auf die Themen Rechtsextremismus und Rassismus hätten. Kreuzberg steht bei vielen für multikulturelles Glück und Friedrichshain für den Simon-Dach-Kiez oder kurz zusammengefasst: Kreuzberg-Friedrichshain ist O.K. und Marzahn ist böse.

Das erschien uns, dem „Zentrum Demokratische Kultur“ und der vormaligen Bürgermeisterin Frau Grygier noch etwas undifferenziert. Stellt man in den Mittelpunkt des Denkens einen Demokratiebegriff, dessen Kern die Achtung der allgemeinen Menschenrechte und damit der explizite Schutz von Minderheiten ganz im Sinne unseres Grundgesetzes ist, wird man jenseits der rosaroten Brille schnell feststellen, dass auch hier das Paradies noch nicht vollendet ist, sondern sehr wohl Bestrebungen und Phänomene zu erkennen sind, die das demokratische Ziel bekämpfen und im konkreten Alltag aushöhlen wollen.

Einen wesentlichen Teil dieser Bestrebungen wollten wir kenntlich machen und ausführlich analysieren. Um das zu können, muss die Besonderheit Kreuzberg-Friedrichshains bedacht werden. Dieser neue Ost-West Bezirk ist trotz aller Bemühungen noch immer ein Konstrukt aus zwei doch sehr unterschiedlichen Bezirksteilen mit recht unterschiedlicher Sozialstruktur. Es lag deshalb nahe, nach den spezifischen Schwerpunkten demokratischer Gefährdungen zu fragen und in beiden Stadtteilen getrennte Forschungsstrategien umzusetzen.

Konkret kam es dabei zu folgender Zieldefinition. Gemeinsames Thema ist der Blick auf rechtsextremistische Bestrebungen in beiden Stadtteilen, auf Phänomene bzw. Ideologiestrukturen, die Kernbestandteil rechtsextremer Weltbilder sind wie der Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus. Sowie demokratiesichernde und entwickelnde Potenziale. Für die spezifische Situation in Kreuzberg haben wir zusätzlich eine neue Erweiterung vorgenommen, nämlich die Analyse islamistischer Phänomene. Um potenziellen Missverständnissen vorzubeugen: wir setzen islamistische Strukturen ausdrücklich nicht mit rechtsextremen Phänomenen gleich. Allerdings gehen wir davon aus, dass es zwischen den ideologischen Strukturen des Islamismus und des Rechtsextremismus sehr wohl Überschneidungen gibt, deren Schnittmenge zu benennen sein wird und deren soziale, historische und psychologische Entstehungshintergründe unbedingt zu beachten sind, um gefährliche und falsche Stigmatisierungen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund und im Wissen, ein Terrain zu betreten, in dem man leicht missverstanden wird, haben wir uns entschieden, die empirischen Erhebungen für Kreuzberg und für Friedrichshain zu trennen. Dieses dient der Lesbarkeit wie der Genauigkeit in der Analyse.

Diese Analyse dient einem übergeordneten Ziel: wir wollen eine Diskussion zum Thema Demokratieentwicklung im Bezirk entfachen. Unsere Studie soll nicht im universitären Diskurs verschwinden, sondern sie soll Diskussionen über örtliche Problemfelder anregen und ist an alle Interessierten im Bezirk gerichtet. Sie soll Anregungen für eine demokratische Weiterentwicklung im Bezirk geben und dabei nicht übergeordnete und abstrakte Themen streifen, sondern örtliche Brennpunkte benennen und Anregungen geben, was konkret mit den wenigen vorhandenen Mitteln vor Ort getan werden kann.

Die wissenschaftliche Analyse dient somit alleine der Praxis. Dies hatte Auswirkungen auf die Wahl der Methoden. In der Sozialforschung stehen sich traditionell verschiedene Forschungsrichtungen gegenüber. Die quantitativen Sozialforscher messen Einstellungspotenziale. Bekanntes Beispiel ist die Frage nach dem potenziellen Verhalten, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären. Eine solche Studie ist immer sinnbringend und doch haben wir uns für eine andere Methode entschieden: die qualitative Sozialforschung. Mittels der Durchführung von Leitfadeninterviews, Beobachtungen, Gruppengesprächen und der Auswertung externer Materialien (Presse, Internet etc.) werden Daten zum Thema erhoben und zu einer „dichten Beschreibung“ einer Situation verarbeitet. Es wird somit nicht gemessen, sondern detailliert beschrieben. Ein Beispiel zur Verdeutlichung:

In einem fiktiven Jugendraum treffen sich durchschnittlich 100 Jugendliche. Zehn von ihnen verfügen über ein ausgeprägtes rechtsextremes Weltbild. Der quantitative Sozialforscher kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass 10 % der Jugendlichen rechtsextrem orientiert seien. Er wird dieses Ergebnis ins Verhältnis zu anderen Jugendstudien stellen und im Vergleich vielleicht feststellen, dass diese Zahl eher unterdurchschnittlich erscheint. Der qualitative Sozialforscher hingegen wird feststellen, dass es rechtsextrem orientierte Jugendliche im Club gibt. Er versucht danach, deren Verhalten zu beschreiben und ihr Verhältnis untereinander wie zu den anderen Jugendlichen zu erfassen. Ihn interessieren Fragen, ob die rechtsextrem orientierten Jugendlichen zum Beispiel den Türsteher spielen und das Musikprogramm bestimmen. Ob sie andere verprügeln oder vielleicht eher verprügelt werden; ob sie die anderen beein-

flussen oder beeinflusst werden und was überhaupt die Angestellten im Club dazu meinen und ob diese die Unterstützung bekommen, die sie in ihrer Arbeit brauchen.

Die qualitative Sozialforschung ist somit nicht (durchgehend) repräsentativ, hat aber den Vorteil, flexibler auf soziale Phänomene reagieren zu können und mehr Faktoren aufzugreifen, die bei der Überlegung für resultierende Handlungen gewinnbringend sein könnten. "Unser Ansatz hat damit deutlich zu benennende Grenzen, die methodisch bedingt sind. So sind generalisierende Aussagen kaum möglich. Statt dessen liefern wir eine Vielzahl ortsnaher Daten und Informationen, die diskursanimierend wirken sollen. Ideal wäre es unsere Meinung nach, wenn aufbauend auf diese qualitative Studie eine quantitativ orientierte Erhebung "nachgeschoben" werden könnte." Wir haben uns aus diesem Grund bewusst für das Konzept der „dichten Beschreibung“ entschieden.

Im Resultat bestehen beide Studien für Kreuzberg und Friedrichshain aus drei übergeordneten Kapiteln:

1. Theorie-Kapitel: in ihm werden Begriffe definiert, soziale und historische Bezüge erörtert und Bezug auf den wissenschaftlichen Forschungsstand genommen
2. Empirischer Teil: „Dichte Beschreibung“ der Situation im Sinne der oben skizzierten und noch zu konkretisierenden Themen
3. Formulierung von Handlungsstrategien, die auf der Analyse aufbauen und sich an den örtlichen Realitäten orientieren

Wir hoffen sehr, dass unsere Arbeit mit der Vollendung dieser Studie nicht beendet ist, sondern eigentlich erst beginnen soll. Im dritten Punkt werden wir dazu konkrete Angebote unterbreiten. Vorab jedoch möchten wir noch die Gelegenheit nutzen, unsere Institution kurz vorzustellen:

Wer ist das „Zentrum Demokratische Kultur“?

Das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) wurde 1997 als ein Projekt der ‚Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e. V.‘ maßgeblich von Anetta Kahane und Bernd Wagner in Berlin gegründet.

Das ZDK arbeitet schwerpunktmäßig an der Expertise Rechtsextremismus und berät seit Jahren diverse Kommunen besonders in Ostdeutschland bei der kurz- und langfristigen Entwicklung von Gegenstrategien. Dabei haben sich unter dem Dach des ZDKs neben dem Bereich ‚Community Coaching‘ noch verschiedene andere Projektbereiche herausgebildet.

Beispielsweise ist das ZDK Träger des bundesweit bekannten und aktiven Aussteigerprojektes ‚Exit‘, wir stellen in Berlin eine ‚Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus‘, bieten Fortbildungen und Trainings an, unterhalten eine Auswertungsstelle, publizieren in der eigenen Schriftenreihe ‚Bulletin‘ und beraten verschiedene Akteure, Einzelpersonen, Jugendgruppen, Gewerkschaften, Firmen, Parteien und Initiativen. Wir sind dabei selbstverständlich parteipolitisch unabhängig und auch deshalb angewiesen auf Förderer unserer Arbeit wie das Verbundnetz Gas in Leipzig, das Nachrichtenmagazin ‚Der Stern‘, die Freudenberg- und die ‚Amadeu-Antonio Stiftung‘.

Was ist nun ‚Community Coaching‘?

Unter ‚Community Coaching‘ begreift das ZDK ein Angebot an Kommunen. Unser Ziel ist es, eine möglichst umfassende Demokratisierung und den Ausbau von Demokratisierungsprozessen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen gerade im kommunalen Nahraum voranzutreiben.

Das geht erfahrungsgemäß jedoch nur, wenn möglichst viele an einem gemeinsamen Strang ziehen, womit häufig die Probleme beginnen. Unsere Erfahrung war, dass sich in vielen Kommunen verschiedene Menschen an einen ‚Runden Tisch‘ setzten, um gemeinsam zu handeln und dann erstens nicht wussten, was sie tun können und zweitens keine gemeinsame Einschätzung der lokalen Situation hatten.

Idealbildlich erzählte ein Lehrer dann aus der Schule, der Streetworker von der Straße, der Polizist von den Gewalttaten, der Bürgermeister von einer rechtsextremen Demonstration und der oder die Ausländerbeauftragte von den Erfahrungen einzelner Flüchtlinge. Zusammen wollte das aber kein Bild ergeben, was bedeutete, man konnte sich auch nicht über konkrete Problemfelder einigen und deshalb auch nur schwer über Strategien zur Bekämpfung der Probleme nachdenken.

An diesem Punkt setzt unser Konzept an: wir denken, dass ein gemeinsames Handeln einen gemeinsamen und von allen akzeptierten Blick auf die lokale Situation und die vorhandenen Probleme braucht. Das kann unangenehm sein und dabei können auch Konflikte auftreten. Das ZDK als anerkanntes Expertenteam bietet deshalb bewusst als externer Partner an, die Situationsbeschreibung in Form einer wissenschaftlichen Analyse zu liefern. Unser Ziel bleibt dabei, wie oben beschrieben, an lokalen Feldern

und Situationen anzusetzen, um dort zu einer demokratiefördernden Maßnahme zu gelangen.

Dass wir dieses auch in Kreuzberg-Friedrichshain dürfen, haben wir verschiedenen Personen und Institutionen zu danken. Unser Dank geht zu allererst an unseren Auftraggeber, das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung. Ohne das beeindruckende Engagement von Frau Grygier wäre die Zusammenarbeit nicht zustande gekommen. Ihre Nachfolgerin Frau Reinauer begleitete die Umsetzung des Projekts ebenso engagiert. Besonderer Dank gilt auch dem Einsatz von Frau Ehrlichmann, die immer ansprechbar war und sich sehr um das Projekt bemühte. Ein herzliches Dankeschön geht auch an alle unsere InterviewpartnerInnen, die sich Zeit für uns nahmen und uns herzlich und offen empfingen.

I. Einleitung

Die ersten Gespräche wurden zu später Stunde in einem Friedrichshainer Straßencafe geführt. Ausgerechnet in der Idylle des Simon-Dach Kiezes für ein Projekt zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratieentwicklung in Friedrichshain zu werben, schien kein leichtes Unternehmen zu sein, stieß aber bei den Beteiligten trotzdem auf fruchtbaren Boden. Warum? Am Tisch saßen einige kommunalpolitisch engagierte Personen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen. Im Gespräch entwickelte sich bald ein Konsens darüber, dass es auch im Friedrichshain diverse Punkte gibt, wo es sich „lohne, mal hinzugucken“. Und genau das wollte das „Zentrum Demokratische Kultur“ tun: Hingucken; aber systematisch und mit wissenschaftlicher Methode; wir wollen Problemfelder, wo sie denn existieren, zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratieentwicklung, benennen und eine Idee entwickeln, wie auf diese Probleme reagiert werden kann. Dabei haben wir nicht den Anspruch erhoben, auf alle Fragen fertige Antworten zu finden. Wir können auch keine vollständigen „Lagepläne“ der Situation formulieren. Viel zu unterschiedlich sind die Perspektiven aller Beteiligten und es wäre unredlich und wenig seriös, wenn wir jedes soziale Phänomen mit einem wie auch immer gearteten Label titulieren würden.

Statt dessen wollen wir im Folgenden die unterschiedlichen Sichtweisen auf unsere Thematik darstellen und Felder benennen, von denen wir meinen, dass es dort problematische Entwicklungen gebe und am Ende einen Versuch starten, eine Handlungsoption zur Diskussion zu stellen. Entsprechend gliedert sich diese Studie in drei Teile:

1. Im ersten Teil definieren wir unsere Begriffe, um eine gemeinsame Gesprächsgrundlage zu entwickeln. Wir erklären unseren methodischen Ansatz und geben einen kurzen Theorierahmen vor, anhand dessen wir die empirische Erhebung vorbereitet haben.
2. Den Schwerpunkt legen wir auf die Darstellung der empirischen Ergebnisse. Dieses Kapitel gliedert sich in mehrere Unterpunkte, die systematisch aufeinander aufbauen. Nach einer allgemeinen Einführung zur politisch-sozialen Situation im Bezirk erarbeiten wir uns Kenntnisse über rechtsextreme Strukturwelten, die rechtsextrem-orientierte Jugendkulturlandschaft und ihr Wirken in einer Alltagskultur, die wesentlich auch von Erwachsenen mitgeprägt ist, die wir in Bezug auf Formen der Diskriminierung und rassistische Verhaltensweisen hin analysieren. Vertiefend wird darin auf die Bereiche Gewalt und besonders den Aspekt der Opferperspektive eingegangen.
3. Aufbauend auf die empirische Darstellung und basierend auf einem theoretischen Leitbild haben wir eine Idee entwickelt, wie mit den Erkenntnissen der Studie umgegangen werden könnte und diese zur Diskussion angeboten.

Wir hoffen mit dieser Studie, einen örtlichen Diskurs zum Themenfeld Demokratieentwicklung im Bezirk anregen zu können. Dazu gehört, dass die HerausgeberInnen der Studie Ihnen gerne für Diskussionen, Fragen, Anregungen, Kritik etc. zur Verfügung stehen. Wir freuen uns auf einen hoffentlich spannenden Dialog.

II. Begriffserklärungen

Theoretischer Rahmen

Wir möchten zu Beginn der Studie unsere wesentlichen Begrifflichkeiten definieren und anschließend einen theoretischen Rahmen liefern, vor dessen Hintergrund wir die empirische Erhebung konzipiert haben.

1. Rechtsextremismus

Die Rechtsextremismusforschung in Deutschland verfügt über keine kontinuierliche Geschichte und ist geprägt durch zeithistorisch bedingte konjunkturelle Phasen, in denen das Thema mal mehr, dann wieder weniger behandelt wurde.¹ Dabei ist es bisher weder zu einer einheitlichen Theoriebildung noch zu einer Klärung diverser Forschungsfragen gekommen. Dies gilt auch für den Grundbegriff ‚Rechtsextremismus‘ selber. Richard Stöss stellt dazu fest:

*„Der Rechtsextremismusbegriff gehört zu den amorphsten Begriffen der Sozialwissenschaften. Er wird für unterschiedliche Sachverhalte in Anspruch genommen; es besteht keine eindeutige Zuordnung zwischen dem Zeichen Rechtsextremismus und dem, wofür es steht. Die nicht hinreichend festgelegte Verwendung des Ausdrucks erschwert die Verständigung, fördert Missverständnisse und behindert in vielen Bereichen den Vergleich von Forschungsergebnissen.“*²

Andere Autoren teilen diese Kritik. Stellvertretend sei Pfahl-Traughber zitiert:

*„Die inflationäre Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus bildet nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politikwissenschaft vielfach einen eigentümlichen Kontrast zu seiner mangelnden theoretischen Reflektiertheit. Allgemein herrscht eine Begriffskonfusion vor, die noch durch die Verwendung anderer Bezeichnungen erhöht wird.“*³

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, zu Beginn der Arbeit die eigenen Begriffe konkret zu bestimmen und gegebenenfalls von anderen Begriffen oder Definitionsverständnissen abzugrenzen, um Klarheit in Bezug auf die Arbeitsgrundlagen zu gewinnen.

Was ist Rechtsextremismus?

In Deutschland existieren mehrere Schulen der Rechtsextremismusforschung mit einem unterschiedlichen Verständnis ihres Forschungsgebietes. Eine wesentliche Richtung bezieht sich auf den *„Rechtsextremismus als amtlicher Begriff“*, wie Stöss es nennt.⁴

Diese Richtung begreift den Rechtsextremismus als einen Unterbegriff des Oberbegriffes „Extremismus“, der parallel mit anderen Formen des „Extremismus“, nämlich „Linksextremismus“ und „Ausländerextremismus“ genannt wird. Als „extremistisch“ gelten nach diesem Verständnis alle Bestrebungen,

*„... die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“*⁵

Die wesentlichen Vertreter dieser Richtung, Uwe Backes und Eckhard Jesse, verstehen dabei politischem „Extremismus“

*„... als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...) die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen.“*⁶

Mittelpunkt dieses Verständnisses von Extremismus ist die Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die erstmals 1952 vom Bundesverfassungsgericht im Parteiverbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei Deutschland definiert wurde. Konkret heißt es dort:

„So lässt sich die freiheitlich demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit

und der Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“⁷

Nach dem Verständnis von Jesse und Backes sind politische Bestrebungen dann als „extremistisch“ zu bezeichnen, wenn sie diese demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Es handelt sich somit um eine reine Negativdefinition, das heißt sie grenzt sich ab und bestimmt nicht die Wesensmerkmale der Bestrebungen, sondern heftet ihnen nur ein Kürzel „rechts“, „links“ oder gar „Ausländer“ an. Trotz einiger Versuche von Backes und Jesse Gemeinsamkeiten „extremistischer“ Positionen zu definieren⁸, blieb dieser Definitionsansatz in der wissenschaftlichen Debatte nicht unwidersprochen. Beispielsweise beklagt Neugebauer

„... die Eindimensionalität des Konzepts und seine Ausrichtung an einem normativen Demokratiebegriff (...) Damit wird es der Komplexität der Verhältnisse nicht gerecht.“⁹

Als problematisch wird insbesondere die Gleichsetzung von „Rechten“, „Linken“ und weiteren Bestrebungen betrachtet, die Differenzierungen vermissen lassen. Man bedenke alleine die unzähligen Debatten, was eigentlich eine z. B. linke Bestrebung überhaupt sei, die Bibliotheken füllt. Sinnvoll erscheint es deshalb, sich von einer Negativ- zu einer Positivdefinition vorzuwagen, die den unterschiedlichen Strömungen und Ausrichtungen der Realität gerecht wird.

Für diese Arbeit wird deshalb das Verständnis von Jaschke übernommen. Er erklärt:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.“

¹⁰

Der Fokus der Untersuchung richtet sich somit nicht alleine auf Organisationsstrukturen, auf die der Verfassungsschutz unter durchaus sinngebendem Bezug zum vorgestellten politischen „Extremismusbegriff“ sein besonderes Augenmerk richtet, sondern geht über dieses Verständnis hinaus und versucht somit alle Facetten wie Einstellungen, Organisationen und Verhaltensformen zu betrachten, was gleichzeitig die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vehement in Frage stellt.

Im Besonderen konstituiert sich der Rechtsextremismus über ein Set verschiedener Ideologien. Diese sind als Denkformen zu verstehen und damit die Voraussetzung rechtsextremen Handelns. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Rechtsextremismus keiner einheitlichen Ideologie folgt, sondern dass konkurrierende Ansätze existieren, die Einfluss auf Strategie und Taktik bei der Durchsetzung eigener Ziele ausüben und entsprechende Ideologien unterschiedlich zum Einsatz bringen. Zum besseren Verständnis der Studie werden folgend zentrale Ideologien erläutert.

1.1 Rassismus

Die Einteilung von Menschen in verschiedene „Rassen“ geht auf die Entstehung moderner Wissenschaften im 19. Jahrhundert zurück und diente im Nationalsozialismus zur Rechtfertigung der Ermordung der europäischen Juden, Sinti und Roma.

Im Zuge der Kolonisierung der Welt durch die Staaten Mittel- und Westeuropas wurden Menschen entlang der Achse Zivilisiertheit-Wildheit bestimmte Eigenschaften zu- bzw. aberkannt.¹¹

Menschen aufgrund ihres Aussehens und/oder ihrer Herkunft für höher- bzw. minderwertig zu halten, stellt somit eine Grundform rassistischen Denkens dar. Zunächst werden biologisch-phänomenologische Merkmale wie z.B. Haut- oder Haarfarbe in rassistischen Konstruktionen in Zusammenhang mit geistigen, sexuellen oder kriminellen Eigenschaften gebracht. Wird Menschen auf dieser Grundlage der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen verweigert, so lässt sich mit R. Miles (1989) von „institutionel

lem Rassismus" sprechen. Durch die Annahme „natürlicher“ Ungleichwertigkeit findet eine Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheit statt. Das Staatsbürgerschaftsrecht – trotz seiner Änderungen – und die daraus resultierenden Ausländergesetze stellen eine strukturelle Dimension von Rassismus dar, da in diesen Gesetzen die Vorenthaltung einiger bürgerlicher Rechte, etwa das Wahlrecht, geregelt ist. In dieser gesellschaftlichen Praxis der Ausschließung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität wird deren prinzipielle Ungleichheit begründet und legitimiert. Innerhalb dieses Rahmens können individuelle rassistische Denk- und Handlungsweisen als „normal“ erscheinen und mit tradierten rassistischen Vorstellungen verbunden zur Aneignung einer rechtsextremen Weltsicht führen.

Eine moderne Variante des Rassismus stellt der **Kulturalismus** oder **Ethnopluralismus** dar: Die prinzipielle Verschiedenheit von Kulturen / Lebensweisen wird hervorgehoben, um zu begründen, warum Menschen unterschiedlicher kultureller und / oder religiöser Traditionen nicht miteinander leben können. Letztlich ist hier das Biologische durch eine analog dem Biologischen konstruierte Kultur ersetzt worden, an die Stelle des Bluts tritt die Kultur. Dies äußert sich z.B. in der Wahlparole der REPUBLIKANER „Jedem Volk sein Land“. Die extreme Rechte ist mit diesen Vorstellungen allerdings nicht allein, sondern findet Anschluss an Diskurse in der Mehrheitsgesellschaft. Mit Überfremdungsszenarien wie „Sterben die Deutschen aus?“ (EXPRESS, Köln), rassistischen Parolen wie „Kinder statt Inder“ (Jürgen Rüttgers, CDU) und bei der Unterschriftenaktion des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch gegen die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts werden rechtsextreme Positionen von Teilen der gesellschaftlichen Mitte flankiert.¹²

1.2 Völkischer Nationalismus

Unter „völkisch“ versteht das Untersuchungsteam des ZDK eine biologistische und kulturalistische Konstruktion, die unterschiedlich akzentuiert wird. Einerseits orientiert sich der Gebrauch der Kategorie des „Völkischen“ an den traditionellen deutsch-nationalistischen bis nationalsozialistischen Ideen der Ableitung der „Lebensart“ aus dem „Blut“. Andererseits ist er an die Hypothese einer essenzialistischen, angeblich spezifisch deutschen Kultur, die sich historisch legitimiert und eng an das Nationen-Konzept einer autochthonen, „organisch“ gewachsen kulturellen Gemeinschaft angeschlossen. Im zweiten Fall wird das Biologische einfach durch eine analog dem Biologischen konstruierte homogene Kultur ersetzt, die den einzelnen schicksalhaft determiniert wie ehemals das „Blut“ und die vor allem keinerlei interne Differenzen zu kennen scheint.

Auf der Basis dieser Ideologie in Verbindung mit einer absoluten Ausrichtung auf einen „Führer“ wird eine organische Verbindung von „Volk“ und Staat als gesellschaftliches Leitbild propagiert mit dem Ziel der Herstellung einer „Volksgemeinschaft“. Juden, Sinti & Roma, Schwule & Lesben, Nichtdeutsche, Schwarze, sozial Schwache, sogenannte Behinderte und Andersdenkende haben in dieser Gemeinschaft keinen Platz, was sich in Gewalttaten gegen diese Personengruppen äußert.

Diese Auflistung macht den reduzierenden Charakter von Begriffen wie Ausländerfeindlichkeit bzw. Fremdenfeindlichkeit in Zusammenhang mit rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten deutlich; in dieser Studie finden beide Begriffe folglich keine Verwendung.

1.3 Antisemitismus

Der Begriff als Ausdruck von Gegnerschaft und Hass auf die Juden setzte sich Ende der 70er Jahre im 19. Jahrhundert in ganz Europa durch. In weiten Teilen der Bevölkerung hatte die bürgerliche Gleichstellung und Emanzipation der europäischen Juden im 19. Jahrhundert Ablehnung hervorgerufen. JudengegnerInnen hatten mit dem Antisemitismus einen Sammelbegriff für die antijüdische Bewegung gefunden.

Der traditionelle, vor allem durch kirchliche Lehren beeinflusste Antijudaismus wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend durch den rassistisch begründeten Antisemitismus abgelöst. Durch pseudowissenschaftliche Arbeiten erklärte man die Juden biologistisch zu einer „Rasse“ und schrieb damit jedem Juden unveränderliche negative Stereotype zu. „Der Jude“ war somit verantwortlich für alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen.

Insbesondere in Deutschland wurden die Juden zu einer existenziellen Bedrohung des völkischen deutschen „Kollektivs“ stilisiert und mit der „Lösung der Judenfrage“ frühzeitig die Beseitigung gesellschaftlicher Probleme verknüpft. In Verschwörungstheorien unterstellte man dem Judentum die Vorbereitung einer jüdischen Weltherrschaft – jedes noch so unlautere Mittel dabei einsetzend. Die deutsche „Notwehr“ auf dieses Bedrohungsszenario endete bekanntlich im Vernichtungslager Auschwitz und mit der Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden. Antisemitismus war in der nationalsozialistischen

Gemeinschaft die zentrale ideologische Klammer, die Widersprüche und Interessensgegensätze zu überbrücken und die Massen zu mobilisieren vermochte.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Alliierten war die deutsche Reaktion auf den Holocaust vor allem durch Schuldabwehr geprägt. Das Einsetzen deutscher Entschädigungszahlungen nach der Staatsgründung Israels 1948 wurde vielfach als jüdische „Erpressung“ und „Aussaugen“ Deutschlands abgelehnt. Momentan spiegelt sich das antijüdische Ressentiment oftmals in einer vermeintlichen Kritik Israels wider: Die Opfer von einst seien längst zu Tätern geworden, beständig werden Israel Nazi-Methoden gegenüber den Palästinensern vorgeworfen. Damit werden der Holocaust und die deutschen Verbrechen relativiert und eine Entlastung von der historischen deutschen Schuld herbeizuführen versucht.

Der deutsche Rechtsextremismus knüpft unmittelbar an diese antisemitischen Denkmuster an und verwendet sie propagandistisch auf verschiedene Weise.

Er bezieht sich positiv auf den nationalsozialistischen rassistischen Antisemitismus und die versuchte Vernichtung aller Juden weltweit. Die Rehabilitierung des Nationalsozialismus als eine politische Perspektive kann aus rechtsextremer Sicht aber nur dann gelingen, wenn der Holocaust und die Ermordung sechs Millionen europäischer Juden nicht der zentrale Code des kollektiven Erinnerns darstellt. Im Mittelpunkt dieser revisionistischen Aktivität steht die Behauptung der sogenannten „Auschwitz-Lüge“: selbsternannte Gutachter wollen glauben machen, dass in Auschwitz keine Vergasung von Menschen stattgefunden hat, um die Opferzahl auf weniger als eine Million herunterzurechnen. Mit dieser Zahl – die der seriösen wissenschaftlichen Forschung Hohn spricht – wird darauf gehofft, den Nationalsozialismus als modernes, fortschrittliches Modell wieder salonfähig machen zu können. In diesen Kontext gehört auch der unerbittliche Widerstand gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“, welche die Beteiligung von Wehrmachtssoldaten an der Ermordung von Juden und anderen Bevölkerungsteilen nachweist und dem Bild des ehrenhaften deutschen Soldaten eine Absage erteilt.

Dass auf dieser Basis jede Form von Entschädigung an jüdische Opfer und deren Nachkommen grundlegend abgelehnt wird und die Zahlungen, die nie ein Ausgleich für erlittene Qualen und Demütigungen sein können, agitatorisch wie oben bereits erwähnt als jüdische „Erpressung“ und „Aussaugung“ des deutschen „Volkes“ verstanden werden, erschließt sich von selbst.

Gemäß den klassischen Verschwörungstheorien erblicken Rechtsextremisten hinter allem, was ihrem Weltbild zuwider läuft, die unkenntliche jüdische Macht, die weltweit mit dem Ziel ihrer Weltherrschaft die politischen und wirtschaftlichen Fäden in Händen halte. Das Schlagwort von der „Ostküste“ – traditionell Zentrum des amerikanischen Judentums – kennzeichnet diese Ideologie: von hier aus würden Juden das amerikanische Establishment und damit die Weltpolitik steuern. Entsprechend wird die Regierung der USA als „Zionist Occupied Government“ (ZOG) bezeichnet. Vor allem die Unterstützung Israels durch die USA ist den rechtsextremen Protagonisten dabei ein Dorn im Auge: Rechtsextreme aller Strömungen solidarisieren sich seit dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada mit Palästina und begrüßen jedes Selbstmordattentat gegen israelische Zivilisten. Und umso eindringlicher Israel die Vernichtung von verschiedener arabischer Seite angedroht wird, umso bereitwilliger ist die Solidarisierung mit dem jeweiligen Regime.

Alle meinungsbildenden Medien in demokratischen Gesellschaften gelten als „verjudet“, das bedeutet, Juden würden die Meinungsbildung in dem ihnen unterstellten Sinne kontrollieren. Aus diesem Grund erkenne dann das „Volk“ nicht seine wahren Bedürfnisse und könne sich nicht entfalten. Daran lässt sich bereits erkennen, dass für Rechtsextremisten Juden keine Deutschen sein können und dürfen, schaden sie doch angeblich dem deutschen „Volk“. Folglich sind sie im Rückgriff auf den nationalsozialistischen Sprachgebrauch „parasitär“. Dieser Hass und die unablässige Hetze gegen alles vermeintlich Jüdische impliziert die Aufforderung an „wahre“ Deutsche – die in dieser Weltsicht immer nur Opfer sein können – sich gegen die Juden zu wehren und den antisemitischen Pogrom zu beginnen.

„Der“ Jude ist und bleibt in der rechtsextremen Ideologie die Bedrohung schlechthin für alles „wahrhaft“ Deutsche. Antisemitismus ist innerhalb der rechtsextremen Szenerie ein einigendes Moment, hinter dem Differenzen verschiedener Strömungen zurücktreten.

1.4 Antiziganismus

Der Begriff kennzeichnet die Feindschaft gegenüber Sinti und Roma, die sich aus Legenden, Klischees

und Stereotypen zusammensetzt. Hierüber erfolgen Zuschreibungen, die homogenisierend auf die gesamte Gruppe angewendet werden.

Sinti bezeichnet diejenigen Angehörigen der Minderheit, die seit dem Spätmittelalter in Mitteleuropa leben, Roma diejenigen osteuropäischer Herkunft. Bis heute werden Sinti und Roma als „Zigeuner“

bezeichnet. Dies ist eine bis ins Mittelalter zurückreichende Fremdbezeichnung. Von der Minderheit selbst wird sie als diskriminierend abgelehnt, sind doch dem Begriff „Zigeuner“ neben dem „ziehenden Gauner“ weitere Vorurteile und Klischees eingeschrieben. Obwohl die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti die Eigenbezeichnung Sinti und Roma Anfang der achtziger Jahre in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat und dies somit dem Selbstverständnis dieser in Deutschland lebenden Minderheit entspricht, wird nach wie vor landläufig von „Zigeunern“ gesprochen.

Die Vielfältigkeit innerhalb der Gruppe von Sinti und Roma wird ausgeblendet, die Zuschreibungen erhalten einen biologistischen Charakter unveränderlicher Merkmale. Zentral ist die Behauptung, dass die Gruppe an sich stiehlt und bettelt. Gleichzeitig wird das Leben der „Landfahrer“ und ihre Musikalität romantisiert, was im realen Leben dieser Menschen durch Entbehrungen und Diskriminierung so wohl nie erlebt wurde. Negative wie vermeintlich „positive“ Zuschreibungen dienen lediglich der Stigmatisierung.

Mit der Herausbildung moderner bürgerlicher Gesellschaften im Sinne von Industriegesellschaft und Nationalstaat entstanden antiziganistische Stereotype. Durch die Änderung der Produktionsweise und der damit verbundenen Landflucht entstand in den Städten ein Armen- und Bettlerproblem. Entsprechend der vorherrschenden protestantischen Arbeitsethik hatten nur diejenigen eine Existenzberechtigung, die etwas leisteten. Armut galt als selbstverschuldet. Gegen die Armen richtete sich der Hass, sie wurden zu Vagabunden erklärt und wegen Bettlei und Landstreicherei bestraft. Sie wurden als „fremd“ wahrgenommen und schließlich unter dem Begriff „Zigeuner“ gefasst, unter den auch Räuber und Diebe fielen.

Da sie angeblich nicht der nun notwendigen Arbeitsmoral entsprachen und der Disziplinierung der Arbeitskräfte hinderlich waren wurden sie als „Fremde“ klassifiziert, die lediglich Kosten verursachen, und ideologisch als nicht zugehörig ausgeschlossen. Die staatliche Politik verwendete seit Anfang des 18. Jahrhunderts die „Zigeuner“-Konstruktion, um alles, was „frevelhaft“ oder „unbotmäßig“ erschien, verfolgen zu können. Verfolgt wurden die „Zigeuner“, weil sie sich den zeitgemäßen Anforderungen verweigerten: abhängige Arbeit und sesshafte Untertänigkeit. Sie wurden verfolgt als vaterlandslos, also nicht-deutsch, Kriminelle und müßiges Gesindel. Diese Zuschreibungen und zum Teil auch die daraus hervorgehenden Konsequenzen sind bis heute in der deutschen Gesellschaft virulent.

Der historische und aktuelle Rechtsextremismus überzeichnet und radikalisiert die deutschen Tugenden Ordnung, Sauberkeit, Disziplin und Leistung. Aus diesem Grund richtet sich ihr Hass und die Aggression auch gegen Sinti und Roma, da die hier beschriebenen „Zigeuner“-Bilder und Stereotype mit ihrer Ideologie übereinstimmen. Der „gesunde deutsche Volkskörper“ muss diesem konstruierten Weltbild folgend von solchen „schädlichen“ und nicht-deutschen „Elementen“ gereinigt werden.

1.5 Quantitative Aspekte des deutschen Rechtsextremismus

Nach dem Berliner Verfassungsschutzbericht 2001 ergeben sich für die Bundeshauptstadt folgende Angaben:

Das Gesamtpotenzial beträgt für Berlin 2.640 Personen (2000: 2680).

Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten umfasst 640 Personen (2000: 830).

Erfasst sind 270 rechtsextremistische Gewalttäter.

2001 erfolgten insgesamt 455 erfasste Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund (2000: 333). Davon waren 35 als Gewaltdelikte ausgewiesen, 420 Straftaten umfassen wiederum maßgeblich Propagandadelikte und Volksverhetzung, gefolgt von Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Beleidigung, Verstoß gegen das Waffengesetz, Sachbeschädigung und andere.

Die Erfassungskriterien für Straf- und Gewalttaten mit rechtem bzw. rechtsextremem Hintergrund wurden im Mai 2001 reformiert und der bisher verwendete Begriff „Extremismus“ zugunsten der weitergefassten

Definition „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ eingeführt, um Straftaten in diesem Bereich einheitlich erfassen zu können. Rückwirkend zum 1. Januar 2001 sollen die neuen Kriterien für alle Bundesländer verbindlich sein. Zu diesem Schritt sahen sich die Behörden veranlasst, weil nach intensiven Recherchen der „Frankfurter Rundschau“ und des Berliner „Tagesspiegel“ von 1990 bis 2000 in Deutschland 93 Menschen von Rechtsextremisten getötet wurden, die offizielle Statistik für diesen Zeitraum aber nur 23 auswies.

Dennoch müssen Angaben der Verfassungsschutzbehörden mit Vorbehalt verwendet werden. Das Land Berlin beispielsweise wertet auf Grund der gesetzten Kriterien „Hakenkreuz-Schmierereien“ als nicht politisch motivierte Propagandadelikte, da in der Regel keine Hinweise auf Täter und deren Motivation vorlägen. Von insgesamt 1.397 Straftaten mit dem Hintergrund eines Propagandadelikts finden für das Jahr 2001 dann nur 238 Eingang in die Statistik „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“.

Das Zahlenmaterial des Verfassungsschutzes bietet die Möglichkeit, Tendenzen zu erfassen – aus diesem Grund finden sie hier Erwähnung. Prinzipiell muss allerdings im Bereich der Straf- und Gewalttaten davon ausgegangen werden, dass eine hohe Dunkelziffer existiert. Opfer rechter Straftaten erstatten oft keine Anzeige aus Angst vor weiteren Übergriffen oder bei Tätern wird der rechtsextreme Hintergrund nicht anerkannt. In der Nacht des 9. August 2001 wurde der Obdachlose D. Manzke in Dahlewitz (Brandenburg) von fünf jungen Männern zu Tode getreten. Bei der Festnahme gaben die Täter an, sie hätten den Obdachlosen vertreiben und „Ordnung schaffen“ wollen. Ein rechtsextremes Motiv wurde von Staatsanwaltschaft, Landesregierung und Bundesregierung bestritten, eine politische Motivation sei nicht erkennbar. Das Tötungsdelikt fand keinen Eingang in die Statistik „Politisch motivierte Straftaten – rechts“.

1.6 Formen rechtsextremer Strukturen und Organisation

Zu rechtsextremen Erscheinungen gehören untrennbar rechtsextreme Strukturen. Sie stellen jedoch nur eine mögliche Facette im Erscheinungsbild des modernen Rechtsextremismus dar und sind im gesellschaftlichen Kontext zu betrachten und zu bewerten.

Hierunter zählen

- a) Parteistrukturen
- b) Strukturen wie Freie Kameradschaften

1.6.1 Rechtsextreme Parteien

Im rechtsextremen Spektrum existieren mehrere Parteien und Parteiennetzwerke, davon nehmen aber nur drei eine besondere Bedeutung ein:

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

1964 in Hannover gegründet, hat die NPD heute mit Sitz in Berlin bundesweit 6.500 Mitglieder, davon 250 in Berlin. Parteivorsitzender seit 1996 ist Udo Voigt. Ihr angeschlossen ist die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) mit bundesweit etwa 500 Mitgliedern, 35 aus Berlin. Mit der „Deutschen Stimme“ verfügt die Partei über eine monatlich erscheinende Zeitung, hinzukommen weitere regionale und örtliche Publikationen.

Nach der Öffnung für das militante, neonazistische Spektrum nimmt die Partei eine bedeutsame Rolle in der rechtsextremen Bewegung ein: sie tritt als Anmelderin für Demonstrationen auf, was ein Verbot aufgrund ihres Parteienstatus erschwert. Die NPD arbeitet nach dem sogenannten „Drei-Säulen-Konzept“: „Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“. Mit dem Einsetzen der Debatte um ein NPD-Verbot und der Enttarnung mehrerer V-Männer in hohen Parteifunktionen machten sich Desintegrationseffekte bemerkbar, die vor allem aus Kreisen der „Freien Kameradschaften“ betrieben wurden. 0,4 Prozent der Wählerstimmen bekam die Partei bei der Bundestagswahl 2002 (Berlin: 10.893 Erststimmen; 11.260 Zweitstimmen).

Die Republikaner (REP)

Insgesamt etwa 11.000 Mitglieder hat die 1983 gegründete Partei, 600 davon in Berlin. Das Parteiorgan „Der Republikaner“ erscheint monatlich mit einer Auflagenstärke von 20.000. Spektakuläre Wahlerfolge erzielte die Partei 1992 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit 10,9 Prozent und bei den

Berliner Kommunalwahlen mit 8,3 Prozent. 1996 erreichten sie in Baden-Württemberg mit 9,2 Prozent erneut ein gutes Ergebnis. In anderen Bundesländern war und ist die Bedeutung der Republikaner bei Wahlen geringfügig. Bei den letzten Bundestagswahlen erhielt die Partei lediglich 0,6 Prozent der Wählerstimmen (Berlin: 3.370 Erststimmen; 12.768 Zweitstimmen). Der augenblickliche Parteivorsitzende Dr. Rolf Schlierer verfolgt eher einen rechts-konservativen Kurs und übt sich in Distanzierung von militanten Rechtsextremisten.

Die Deutsche Volksunion (DVU)

1971 als Verein gegründet, agiert die DVU seit 1987 unter der Führung des Münchner Millionärs Dr. Gerhard Frey. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 15.000, in Berlin 600. Das Parteiorgan „National-Zeitung – Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)“ erscheint wöchentlich mit einer Auflage von ungefähr 45.000. Neben kleineren Erfolgen bei Landtagswahlen erzielte die DVU 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit einem Zweitstimmenanteil von 12,9 Prozent das bisher beste Wahlergebnis einer rechtsextremen Partei in der BRD. An diesen Erfolg konnte aufgrund schlecht ausgebildeter Parteistrukturen und der zentralistischen Ausrichtung jeglicher Politik an ihren Parteivorsitzenden Frey nicht angeknüpft werden. Bei diversen Wahlen – so auch zur Bundestagswahl 2002 – trat die DVU erst gar nicht mehr an. Mit der „National-Zeitung – Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) und anderer Publikationen aus dem Hause des Verlegers Dr. Gerhard Frey wird dennoch agitatorischer Einfluss auf das rechtsextreme Potenzial in der Bevölkerung genommen.

1.6.2 Rechtspopulistische Parteien

Die Partei Rechtstaatlicher Offensive („Schill-Partei“)

Im Jahr 2000 von dem ehemaligen Strafrichter Ronald Barnabas Schill in Hamburg gegründet, erreichte die im Kürzel nach ihm benannte „Schill-Partei“ bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September 2001 auf Anhieb 19,4 Prozent der Stimmen. Bekannt geworden durch überharte Urteile in Bagatelldfällen und dem Vorwurf, der Hamburger Senat habe ein Herz für Verbrechen, mobilisierte Schill mit einem rechtspopulistischem Law-and-order-Programm seine Wähler. Er besetzt traditionell rechts-konservativen Themen wie Innere Sicherheit, Ausländerkriminalität und die Schwäche des National- und Wohlfahrtsstaates. Nach dem Erfolg in Hamburg wurden weitere Landesverbände gegründet bzw. sind in Vorbereitung. Bundesweit verfügt die Partei nach eigenen Angaben momentan über mehr als 7.600 Mitglieder, davon 341 in Berlin. Nach der Bundestagswahl 2002 stilisierte die Partei ihre Wahlniederlage mit 0,8 Prozent der Wählerstimmen (Berlin: 2.586 Erststimmen; 34.481 Zweitstimmen) zu einem Achtungserfolg um.

1.6.3 Freie Kameradschaften

Als Reaktion auf die Verbote rechtsextremer Parteien 1992 („Nationalistische Front“ (NF), „Deutsche Alternative“ (DA), „Nationale Offensive“ (NO)) verfolgte ein Teil derjenigen Aktivisten, die offen den Nationalsozialismus propagieren, den Ansatz der Kameradschaft, der keine formalen Partei- oder Organisationsstrukturen mehr benötigte. Die Möglichkeit des staatlichen Zugriffs gegenüber rechtsextremer Organisation soll damit untergraben werden. Der andere Teil reorganisierte sich in der NPD und ihrer Jugendorganisation JN.

Die einzelnen Kameradschaften stellen sich nach außen als loser Zusammenschluss dar, dahinter stehen jedoch hierarchisch und straff arbeitende Strukturen, die sich aus Kadern zusammensetzen und über jahrelange Aktivitäten gewachsen sind. Agiert wird in bundesweiten Netzwerken, deren Anführer durch ihre politische Vergangenheit legitimierte Autoritäten sind. Auseinandersetzungen über taktische politische Fragen finden auch hier statt.

In Berlin existieren zur Zeit sieben solcher Kameradschaften. Seit 1996 erhält dieser Teil des rechtsextremen Spektrums ungebrochen Zulauf. Eine Kameradschaft setzt sich aus einer überblickbaren Anzahl von Personen zusammen, zu denen auch Frauen gehören. Bedeutung in der rechten Szenerie kommt ihnen durch die Verbindung zur rechten Jugendkultur zu. Aus diesem Feld wird Nachwuchs rekrutiert und die politische Einstellung über Codes nach außen vermittelt. Kameradschaften verstehen sich in diesem Kontext als Sammlungsbewegung. Strategisch wird sich an das Konzept der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) angelehnt, indem über Aufmärsche und Aktionen „die Straße erobert“ werden soll.

Es besteht zum Teil eine enge Kooperation mit der NPD/JN, wobei der Einfluss der „Freien Kameradschaften“ auf die Parteipolitik zeitweise groß war. Vor allem nach dem NPD-Verbotsantrag und der Feststellung, dass mehrere hohe Parteifunktionäre für den Verfassungsschutz tätig waren, wird die Zusammenarbeit mit der NPD von Teilen der Kameradschaften vehement kritisiert und abgelehnt.

1.6.4 Lifestyle, Codes, Subkultur¹³

Die ganze rechtsextreme Organisationswelt würde weniger Aufmerksamkeit verdienen, wenn ihre Angebote nicht nachgefragt würden. Rund um die Kameradschaften, deren Mitglieder selbst oftmals nicht als solche wahrgenommen werden, hat sich in vielen Orten eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur entwickelt, mit eigenen ästhetischen Vorstellungen, Stilen, Symbolwelten, die auch Ausdruck in bestimmten Modeartikeln und Umgangsformen findet. Dabei wäre es jedoch missverständlich, diese Ausbildung als alleiniges Produkt der Planung einiger weniger zu begreifen. Vielmehr wirkt diese Jugendkultur als ein sich selbst erweiterndes System, was sich darin zeigt, dass sie in vielen Orten zu einer bestimmenden Sozialisationsinstanz geworden ist. Die Kameradschaften scheinen vielerorts eher in der Rolle zu sein, diese Netze zu verknüpfen und mit Angeboten zur Aktivierung zu versorgen – mit dem Ziel eine eindeutig rechte „kulturelle Hegemonie“ zu etablieren und abzusichern.

Konkret konnte das „Zentrum Demokratische Kultur“ diese Struktur des Zusammenspiels von Organisationen und Jugendkultur u. a. in seiner Kommunalanalyse des Berliner Bezirkes Hohenschönhausen beschreiben. Dort agierten mindestens zwei Kameradschaften mit folgenden Zielrichtungen:

- Besetzung öffentlicher Jugendeinrichtung mit dem Ziel, dort zur dominanten Gruppe zu werden und das Klima in den Clubs zu gestalten. Dabei spielte das Konzept einer Integration nach innen eine wesentliche Rolle, was bedeutet, dass rechtsextreme Jugendliche versuchen, die Clubleiter für sich einzunehmen, dass sie sich um Jüngere kümmern, Konflikte zum Teil selber steuern und lösen und radikal alle ablehnen, auch mit den Fäusten, die nicht in ihr rechtsextremes Weltbild gehören, wie zum Beispiel Migrant*innenjugendliche oder Angehörige anderer Jugendkulturen wie den Hip-Hop-Fans.
- Gezielte Ansprache von Jüngeren an Schulen. Junge Mitschüler ab 12, 13 Jahren werden gezielt angesprochen und eingeladen zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Angebote sind dabei das gemeinsame Bier trinken am Nachmittag, Sportveranstaltungen oder gemeinsame Feiern. Diejenigen, die diese Angebote regelmäßiger annehmen, werden später auch zu selbst organisierten Ferienfreizeiten mitgenommen oder dürfen mit nach Brandenburg fahren, um dort mit anderen rechtsextremen Kameraden und Kameradinnen am Lagerfeuer zur Gitarre Lieder von Gruppen wie „Arisches Blut“ zu singen.

Diese rechtsextreme Jugendkultur ist zum Teil erkennbar über die bereits erwähnten Ausdrucksformen in ihrer Mode, Musik oder Symbolik. Eine Darstellung der Gesamtpalette ist hier nicht leistbar, wohl aber können einige Punkte skizziert werden:

Musik

Musik mit rechtsextremen Texten gibt es heute in nahezu allen Stilrichtungen. Liedermacher wie Frank Rennicke, Jörg Hähnel oder Annett spielen zur Gitarre auf. „DJ Adolf“ und die „Deutsche Techno Initiative“ unterlegen Techno mit rassistischen und NS-verherrlichenden Texten. Es gibt mit den „Zillertaler Türkenjägern“ ein rechtsextremes Musikprojekt, das bekannte deutsche Stimmungslieder rassistisch, antisemitisch und gewaltverherrlichend umdichtet. Weiter existiert eine breite Sparte an Rock-, Heavy-Metal- und Punk-ähnlicher Musik. Wenn die Texte manchmal gar nicht oder nur schwer zu erkennen sind, hilft zur Kennung häufig schon der Bandname. Einige Beispiele: „Landser“ und „Spreegeschwader“ stehen für revisionistische Texte; „Thorshammer“, „Lokis Horden“ und „Odins Erben“ bedienen die rechtsextremen Freunde der nordischen Mythologie. An den „Weißen Riesen“ erfreuen sich Rassisten u.s.w.¹⁴

Mode

Eindeutig falsch ist das weit verbreitete Vorurteil, Rechtsextreme trügen immer Glatzköpfe, Springerstiefel mit weißen Schürsenkeln und Bomberjacken zur Domestosjeans. Rechtsextreme tragen heute durchaus fast alle möglichen Farben, Formen und Artikel. Es existieren Mode- und Bekleidungsmarken, die explizit im neonazistischen Spektrum angesiedelt sind und solche Firmen, die von der Szene gerne genutzt werden, aber keinen Bezug zur organisierten Szene haben.

Symbole

Viele Symbole der rechtsextremen Szene sind der nordischen Mythologie entnommen. Dazu gehören

Schriftzeichen und besonders Runen.

Codes

Zum Ausdruck der Jugendkultur gehören auch gewisse Gruß- und Schreibcodes. Einige Beispiele:

Ausdruck:	Steht für:
88	Heil Hitler
18	Adolf Hitler
C 18	Kampf Adolf Hitler
1347 oder MDG	Mit deutschem Gruß
2+8	Blut und Ehre (Blood&Honour)
Kanaken	AusländerInnen, MigrantInnen, Flüchtlinge
Unwerte	Behinderte Menschen
Abnorme	Homosexuelle Menschen
Zecken	Linke
Asseln	„asoziale“ Menschen
Langnasen	Juden und Jüdinnen
14 (words)	„We must secure the existence of our people and a future for white children“

2. Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextremismus entsteht aus sozio-kulturellen Milieus, in dem sich die oben beschriebenen Ideologiefragmente in unterschiedlicher Ausprägung wiederfinden. Entgegen der allgemeinen Auffassung ist Rechtsextremismus kein allein ostdeutsches Problem, genauso wenig ist er ein Jugendphänomen und eine rein männliche Domäne – kurz: Rechtsextremismus ist in allen sozialen Schichten, in allen Altersklassen und bei beiden Geschlechtern anzutreffen. Dass grundlegend rechtsextreme Positionen in der Mitte der Gesellschaft auf Zustimmung stoßen und sich Rechtsextreme deshalb überhaupt als militante Vollstrecker des „Volkswillens“ gerieren können, zeigt ein Blick auf Ergebnisse aktueller Untersuchungen.

Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Prof. Dr. Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002

Sieben Prozent der 2.051 Befragten befürworten eine rechtsautoritäre Diktatur. Chauvinismus war bei 20 Prozent festzustellen, was einer Zustimmung zu Aussagen wie „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ und „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ entspricht. 28 Prozent zeigten durch die Zustimmung zu Aussagen wie „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ rassistische Einstellungen. Antisemitischen Aussagen wie „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“, „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ und „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ stimmten zwölf Prozent der Befragten zu. Sozialdarwinistischen Aussagen wie „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“, „Eigentlich sind die Deutschen andere Völkern von Natur aus überlegen“ und „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ erhielten von fünf Prozent Zustimmung. Ebenfalls fünf Prozent stimmten mit den Aussagen „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“, „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“ und „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ überein.

Unter der Anhängerschaft der verschiedenen politischen Parteien sind rechtsextreme Einstellungen unterschiedlich stark verbreitet. Bei den Anhängern rechtsextremer Parteien ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial wie erwartet am größten, aber auch unter den Anhängern der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD finden sich in nicht unerheblichem Ausmaß rechtsextreme Einstellungen.

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer: Feindselige Mentalitäten. Zustandsbeschreibungen zur angetasteten Würde von Menschen in Deutschland

Bei dieser Langzeitstudie werden jährlich 3.000 repräsentativ ausgewählte Personen in Deutschland befragt. 2002 vertraten 16 Prozent der Befragten die rassistische Auffassung, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt sind; für 14 Prozent gibt es Gruppen in dieser Gesellschaft, die weniger wert sind

als andere. 55 Prozent sind der Ansicht, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben; wenn Arbeitsplätze knapp werden, sind 28 Prozent dafür, Ausländer zurückzuschicken. Im Bezug auf Antisemitismus beklagen 22 Prozent einen zu großen Einfluss der Juden. 17 Prozent behaupten, die Juden hätten eine

Mitschuld an ihren Verfolgungen aufgrund ihres Verhaltens. 52 Prozent der Befragten glauben, dass Juden aus ihrer Vergangenheit Vorteile ziehen wollen. 33 Prozent empfinden Ekel, wenn sie gleichgeschlechtliche Paare beim Küssen in der Öffentlichkeit beobachten. Obdachlose finden mehr als 42 Prozent unangenehm; 35 Prozent sind für deren Entfernung aus Fußgängerzonen.

3. Dominanzkultur und Alltagsrassismus

Anders als in anderen Gesellschaften mit Bevölkerung mit Migrationshintergrund, kann man in der Bundesrepublik einen deutschen Pass erwerben, aber wird von Teilen der Mehrheitsgesellschaft noch lange nicht als „deutsch“ anerkannt. Weiße Hautfarbe, christliche Sozialisation, deutsche Abstammung werden nach wie vor im Alltagsverständnis eines nicht unwesentlichen Teils der Bevölkerung als Voraussetzung angesehen, „richtig“ „deutsch“ zu sein. Der dazugehörige Wertekontext sogenannter deutscher Sekundärtugenden wie Fleiß, Ordentlichkeit, Pünktlichkeit bildet die Norm, an der Menschen mit Migrationshintergrund gemessen werden und an die sie sich anpassen sollen. Diese Dominanzkultur (Rommelspacher 1992) bildet die Grundlage alltagsrassistischer Denk- und Handlungsweisen, die in Deutschland geborene Schwarze und Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur nicht als Deutsche anerkennt, sondern eine Erwartungshaltung in den Raum stellt, dass sie sich an die oben dargestellten Werte anpassen sollen. Damit soll nicht behauptet werden, dass es nicht auch Personen gibt, die dieses Schema ablehnen und entsprechend zu anderen Handlungsmustern gelangen. Die Abstraktheit dieser Norm spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, da ein weitreichend getragener Konsens daraus geschöpft wird, dass die sich Anzupassenden eben keine „richtigen“ Deutschen sind. Das Tun und Lassen wird vor dem Hintergrund der vermuteten Herkunft der Personen interpretiert. Zu alltagsrassistischen Praxen gehört z.B. das unvermittelte Duzen von Schwarzen und Menschen mit Migrationshintergrund, auch wird oftmals mit Menschen, die kaum deutsch sprechen gesprochen wie mit einem Kind, einfach lauter gesprochen oder geradebrecht „machen du Tür zu“, „kommen du rein“, „du setzen hin“.

Gestützt werden diese Alltagsrassismen von institutionellen Praxen, wie etwa bei der Arbeitsplatzvergabe, um nur ein Beispiel zu nennen, bei der zuerst deutsche StaatsbürgerInnen berücksichtigt werden müssen und die Arbeit erst dann EU-AusländerInnen, AusländerInnen mit Aufenthaltsgenehmigung und dann erst Flüchtlingen (in dieser Reihenfolge) angeboten werden darf. Diese institutionellen Rassismen stellen einen Teil des Rahmens dar, in dem die Wahrnehmung von Menschen als höher- oder minderwertig selbstverständlich werden kann.

Theoretischer Rahmen für die empirische Darstellung

Elemente dieser theoretischen Herleitung erklären den Aufbau der empirischen Erhebung. Es ist zur Verdeutlichung festzuhalten, dass sich rechtsextreme Phänomene nicht auf rechtsextreme Strukturen beschränken lassen. Vielmehr ist das Zusammenspiel aus mindestens folgenden Facetten zu analysieren:

- Rechtsextreme Strukturen und ihr
- Zusammenwirken mit einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur vor dem Hintergrund einer
- Praxis des Alltagsrassismus und der institutionellen Diskriminierung.

Entsprechend wird in der Empirie immer auf die Vielfalt dieser Facetten Bezug genommen.

III. Vorgehensweise

1. Methodenauswahl

Bei der Auswahl der Forschungsmethoden haben wir uns an mehreren Punkten orientiert:

- Unser Ziel ist es, eine offene Methode zu wählen, die soziale Kontexte und Interaktionen flexibel aufnehmen und erfassen kann. Dies sprach für die qualitative Sozialforschung.
- Unser oberstes Ziel war nicht die Repräsentativität von Ergebnissen, sondern die Erläuterung sozialer Phänomene aus unterschiedlichen Perspektiven, die wir zu einem Gesamtbild verdichten wollten. Auch dies war für uns ein Argument für die Wahl qualitativer Methoden der Sozialforschung.

Leitmodell unserer Analyse ist das Forschungsdesign von Clifford Geertz, welches wir im Folgenden beschreiben werden, bevor wir unsere Herangehensweise erläutern. Für Geertz spricht u.a. seine Betonung kultureller Facetten bei sozialen Interaktionen, die wir übertragen auf unsere thematischen Fragestellungen für besonders bedeutend halten.

Nach Clifford Geertz kann nur die Methode der ‚dichten Beschreibung‘ eine wissenschaftliche Analyse von Kultur gewährleisten. C. Geertz betrachtet Kultur als durch Symbole vermittelt, deren Bedeutung interpretiert werden müsse. Unter Kultur versteht C. Geertz insbesondere ein Netzwerk von Signifikanten, die öffentlich zugänglich sind, und die besonders durch Rituale erfahrbar werden.

‚Textualisierung‘ wird als Voraussetzung für Interpretation verstanden. Darunter versteht er einen Prozess, in dem Verhalten, Rede, orale Tradition oder Ritual als potenziell bedeutungsvoll aus der unmittelbaren diskursiven oder performativen Situation herausgenommen wird. Der Wissenschaftler schreibt den sozialen Diskurs nieder, er hält ihn fest (Geertz 1983). Aus einem flüchtigen Ereignis verfasst er einen Bericht, in dem nicht das Ereignis des Sprechens, sondern die Aussage festgehalten wird. Zudem wird nur der begrenzte Teil des Diskurses, den die InformantInnen dem Wissenschaftler näher bringen, festgehalten. Die erhobenen Daten sind bereits Interpretationen davon, wie andere Menschen ihre Erfahrungen auslegen. Die Analyse besteht deshalb in dem Herausarbeiten von Bedeutungsstrukturen und ihres sozialen Ursprungs.

Das Endprodukt dieses Prozesses ist die ethnographische ‚dichte Beschreibung‘: *„Das Ziel dabei ist es, aus einzelnen, aber sehr dichten Tatsachen weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen und vermöge einer präzisen Charakterisierung dieser Tatsachen in ihrem jeweiligen Kontext zu generellen Einschätzungen der Kultur im Gefüge des kollektiven Lebens zu gelangen.“*¹⁵

Quantitative Methoden, Experimente im Labor etc. sind für dieses Ziel nach Meinung C. Geertz’ unbrauchbar.

Nach C. Geertz ist dichte Beschreibung eine Interpretation in dem Sinne, dass sie etwas Hergestelltes ist. *„Wir haben die Triftigkeit unserer Erklärung nicht nach der Anzahl uninterpretierter Daten und radikal verdünnter Beschreibungen zu beurteilen, sondern danach, inwieweit ihre wissenschaftliche Imagination uns mit dem Leben von Fremden in Berührung zu bringen vermag.“*¹⁶ Eine gute Interpretation versetzt den Leser mitten in das Geschehen hinein, während dies rein quantitative Methoden nicht vermögen.

Mittels der ‚dichten Beschreibung‘, die sich nicht wie ‚dünne Beschreibung‘ auf das Sammeln von Daten beschränkt, sondern komplexe, in einem Zusammenhang stehende Vorstellungen und Gedanken untersucht, ermöglicht C. Geertz Zugang zu Wahrnehmungen und Einstellungen der Menschen, die in einer empirischen Untersuchung befragt werden.

C. Geertz spricht sich bei der Untersuchung von Kultur für empirische Forschung aus, für die Untersuchung des Ablaufs sozialen Handelns, in dessen Rahmen kulturelle Formen ausgedrückt werden. Die Daten werden in qualitativer, meist teilnehmender und akribischer Feldforschung gesammelt, und füllen deshalb die abstrakten Begriffe der Sozialwissenschaft mit Inhalt. *„Das Wichtigste an den Ergebnissen des Ethnologen ist ihre komplexe Besonderheit, ihre Umständlichkeit.“*¹⁷ Theoretische Aussagen stützen sich auf die Genauigkeit der Einzelbeschreibung, nicht auf abstrakte Überlegungen.

Nach C. Geertz sollten einerseits Vorstellungen, die die Handlungen der sozialen Subjekte bestimmen, aufgedeckt werden. Andererseits sollte ein analytisches Begriffssystem entwickelt werden, mit dem das Besondere dieser Vorstellungen gegenüber denen anderer sozialer Handlungsmöglichkeiten herausgestellt werden kann. Damit beschreibt C. Geertz die Aufgabe der Theorie, Möglichkeiten für die Vergleichbarkeit spezifischer Ergebnisse zu schaffen.

C. Geertz betont Bedeutung im Gegensatz zu Struktur: *„Ich meine mit Max Weber, dass der Mensch ein Wesen ist, dass in selbstgesponnene Bedeutungsgewebe verstrickt ist, wobei ich Kultur als dieses Gewebe ansehe. Ihre Untersuchung ist daher keine experimentelle Wissenschaft, die nach Gesetzen sucht, sondern eine interpretierende, die nach Bedeutungen sucht.“*¹⁸ C. Geertz zeigt, dass kulturelle

Erfahrungen in ein zusammenhängendes, öffentliches System von Symbolen gebettet sind, durch das die Welt erst verständlich wird.

Aneignung des Geertzschen Konzepts

Nicht alle genannten Aspekte wurden von uns übernommen. Auf einige Adaptionseffekte wollen wir hinweisen. So konnte sich unser Vorgehen - im Unterschied zu ethnologischer bzw. ethnographischer Forschung - aufgrund der räumlichen Distanz zwischen dem Wohnsitz der ForscherInnen und dem ‚Feld‘ nicht auf die Forscher als Hauptdatenlieferanten stützen. Das hat Auswirkungen sowohl auf die Erschließung des ‚Feldes‘ als auch die Art der zu erhebenden Daten und damit der zu wählenden Erhebungs- und Auswertungsverfahren. Zudem sind bei Geertz keine Hinweise über Methoden und Techniken, die zu einer ‚dichten Beschreibung‘ führen, zu finden. Daher werden wir die folgenden methodischen und technischen Aspekte unseres Vorgehens darstellen.

2. Unsere Vorgehensweise

In diesem Kapitel wird der Weg der Erstellung der Kommunalanalyse dargestellt, die verwendeten Begrifflichkeiten wurden im vorhergehenden Teil bereits erklärt.

Qualitative Interviews, Sozialraumbesichtigungen und Recherchen in Archiven, Presse und Internet bilden die Grundlage für die Bestandsaufnahme zivilgesellschaftlicher Prozesse und rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Tendenzen im Ortsteil Friedrichshain.

2.1 Bestandsaufnahme

2.1.1 Interviews

Auf der Grundlage eines teilstrukturierten Leitfadens wurden 65 qualitative Interviews geführt. Um eine möglichst genaue Analyse der zivilgesellschaftlichen Situation zu erreichen, wurden diese Interviews mit GesprächspartnerInnen aus relevanten gesellschaftlichen Handlungsfeldern geführt, darunter waren Personen aus den folgenden gesellschaftlichen Bereichen:

- Kinder- und Jugendeinrichtungen,
- Schulen,
- Nachbarschaftszentren,
- Sport- und Freizeiteinrichtungen,
- Interessensvertretungen,
- Opferberatungen,
- Verwaltung,
- Politik,
- Polizei.

Der Leitfaden enthält die folgende Themenkomplexe:

- Tätigkeit der GesprächspartnerIn und Schwerpunkte der Institution, in der sie oder er tätig ist,
- Themen und Diskurse, die für den Alltag im Bezirk als bestimmend empfunden werden,
- Innerbezirkliche Wahrnehmungen (Sichtweisen)
- Probleme und Konflikte im Zusammenleben und deren Deutung durch die GesprächspartnerIn,
- rechtsextreme Erscheinungsweisen, Organisationen, Vorfälle u.ä.,
- Einschätzung des Einflusses rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und Positionen auf die Situation im Bezirk,
- Initiativen, die GesprächspartnerIn bekannt sind, Eingriffsmöglichkeiten,
- Veränderungswünsche der GesprächspartnerIn,
- Vermittlung weiterer GesprächspartnerInnen.

Ziel der Gespräche war es, die Wahrnehmungen der GesprächspartnerInnen hinsichtlich demokratiefördernder Maßnahmen (etwa Partizipationsmöglichkeiten) und demokratiebedrohender Tendenzen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus zu erfragen. Abgestuft wurde zwischen unmittelbar in der jeweiligen Einrichtung, im Umfeld der Einrichtung und im Wohnumfeld der Befragten existierender Aktivitäten, Organisationen aber auch nach zivilgesellschaftlichen Initiativen und Maßnahmen. Gemäß unseres Auftrags, die Vernetzung lokaler Akteure voranzutreiben, wurde gleichfalls nach Handlungsmöglichkeiten der GesprächspartnerInnen wie auch nach Handlungsbedarf und bereits bestehenden Kooperation mit anderen Einrichtungen/Einzelpersonen gefragt.

Entlang der genannten Dimensionen wurden die Fragestellungen vor den Interviews auf die jeweilige GesprächspartnerIn hin konkretisiert. Dieses Vorgehen erforderte eine gründlichere Vorbereitung als es ein standardisierter (quantitativer) Fragebogen benötigt hätte. Doch aufgrund unseres Ziels, die Sozialräume aus möglichst vielen Perspektiven zu erfassen, wäre es nicht sinnvoll gewesen, eine standardisierte Befragung durchzuführen.

Die unterschiedlichen Wahrnehmungen bzw. auch Nicht-Wahrnehmungen wurden in der Auswertung zusammengetragen und zu einem differenzierten „Bild“ des Zusammenlebens bzw. Nebeneinanderlebens in Friedrichshain zusammengesetzt (s.u.).

2.1.2 Sozialraumbesobachtungen

An öffentlichen Plätzen, S- und U-Bahnhöfen, bei Demonstrationen u.a. wurden Beobachtungen hinsichtlich der Präsenz rechtsextremer Symbole, Organisationen u.a. Erscheinungsweisen im öffentlichen Raum durchgeführt. Die Beobachtungen wurden in Beobachtungsprotokollen festgehalten und gingen mit in die Analyse ein.

2.1.3 Recherche

In Hinblick auf die Frage, welche Organisationen es im Bezirksteil Friedrichshain gibt, haben wir bereits vorhandenes Material ausgewertet. Recherchiert wurde in Archiven, Zeitungen, Zeitschriften, Handbüchern und im Internet. Die Ergebnisse dieser Recherchen dienten wiederum als Grundlage für die Interviewdurchführung und die Auswertung.

2.2 Auswertung

Für die Auswertung wurden die verschiedenen Daten zusammengetragen. Dafür wurden die Interviews inhaltsanalytisch unter den folgenden Gesichtspunkten ausgewertet:

- Politische/soziale Situation allgemein
- Alltagskulturelle Diskriminierung und Ausgrenzung
- Wahrnehmung/Nicht-Wahrnehmung
- Organisationen / Umfeld / Aktivitäten
- Übergriffe
- Opferperspektive
- Zivilgesellschaftliche Potenziale

Die Einbeziehung der allgemeinen politischen und sozialen Situation des Bezirks ist notwendig, um die zu entwickelnden Gegenstrategien angemessen einbetten zu können.

Unter der Dimension „Alltagskulturelle Diskriminierung und Ausgrenzung“ wurden die Äußerungen zusammengefasst, die alltagsrassistische Dimensionen, Bilder von FriedrichshainerInnen auf Kreuzberg(erInnen), Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Antiziganismus etc. beinhalten.

Die Frage der „Wahrnehmung/Nicht-Wahrnehmung“ spielt hinsichtlich der Frage der Bewertung des Einflusses rechtsextremer Meinungsäußerungen bzw. Gruppierungen eine Rolle. So kann es zwar Aktivitäten einer Gruppierung geben, diese müssen jedoch nicht öffentlichkeitswirksam sein und haben somit höchstwahrscheinlich einen nur geringen Einfluss auf das öffentliche Leben. Allerdings kann die Nicht-Wahrnehmung durchaus auch andere Gründe haben.

Unter „Organisationen, Umfeld, Aktivitäten“ sind Berichte über rechtsextreme Erscheinungsweisen vor Ort versammelt.

Die Dimension „Übergriffe“ beschränkt sich auf gewalttätige Übergriffe und wurde aufgegliedert in „rechte, rassistische, antisemitische Übergriffe“ und „sonstige Übergriffe“. Die Motivation, bzw. Richtung der Übergriffe konnte so fest gehalten werden.

Zur „Opferperspektive“ gehören Aussagen, in denen Opfer rechtsextremer Gewalt und / oder rassistischer Diskriminierung von ihren Erfahrungen berichten; die Nicht-Wahrnehmungen der Mehrheitsgesellschaft werden konterkariert, indem von den Auswirkungen und Zumutungen alltagskultureller Diskriminierung und Ausgrenzung berichtet wird.

Unter „zivilgesellschaftliche Potenziale“ fallen viele Gruppen, Einrichtungen und Einzelpersonen, aber auch Konzepte, die im Bezirk i.S. der Demokratieförderung tätig sind.

Zitate und Passagen aus den Interviews wurden den jeweiligen Dimensionen zugeordnet. Die einheitliche Zuordnung wurde durch wechselseitige Bearbeitung sichergestellt (Kreuzvalidierung).

In der Inhaltsanalyse wurden *nicht* die GesprächspartnerInnen selbst zum Gegenstand gemacht; lediglich die mitgeteilten Beobachtungen bezüglich unserer Fragestellungen wurden in die Auswertung einbezogen. In den Interviews ist eine Vielzahl von Beobachtungen enthalten, die aus der Sichtweise der einzelnen GesprächspartnerIn als unabhängig voneinander erscheinen; dies führte oft zu der Einschätzung seitens der GesprächspartnerInnen, dass z.B. Rechtsextremismus kein relevantes Problem im Bezirk sei. Vor dem Hintergrund der Kenntnisse über, in diesem Beispiel, rechtsextreme Erscheinungsweisen, ist es jedoch möglich gewesen, die vereinzelt Wahrnehmungen zu einer Beschreibung der Gesamtsituation zu verdichten. Das, was für die GesprächspartnerIn als Einzelfall erscheint, kann so zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden. Das genaue Vorgehen wird in den einzelnen Teilen der Studie deutlich.

Gerade in Hinblick auf Angsträume (das sind Orte, die von Opfern rechtsextremer Gewalt oder Diskriminierung gemieden werden, weil sie dort Angst vor Übergriffen haben) hat sich herausgestellt, dass Personen, die nicht zur Zielgruppe von Übergriffen gehören, dieselben Orte, die von potenziellen Opfern als gefährlich eingeschätzt werden, nicht als bedrohlich wahrnehmen. Dies macht sie jedoch nicht ungefährlich, bloß weil eine Mehrheit so empfindet. Im Gegenteil!

Die Ergebnisse dieser Kommunalanalyse werden entlang der Auswertungsdimensionen dargestellt. Für jede Dimension wird, soweit es die Datenlage zulässt, die Thematik entlang der o.g. Handlungsfelder entwickelt.

2.3 Gegenstrategien

Auf der Grundlage der empirischen Darstellung und eines theoretischen Leitbildes wird eine Option entwickelt und vorgestellt, wie Handlungsempfehlungen erarbeitet und umgesetzt werden können.

IV. Analyse

1. Politische und soziale Situation allgemein in Friedrichshain

Wie die statistischen Daten belegen und die folgenden Darlegungen untermauern werden, ist der Bezirk Friedrichshain und sind vor allem einzelne Sozialräume von Überalterung, teilweise maroder Bausubstanz und Verdrängung durch Modernisierung, sozialer Not, Arbeitslosigkeit und Familien mit nur einem Eltern-Teil in erhöhtem Maße betroffen. In der östlichen Bezirkshälfte lebten 1999 noch 100.300 Menschen. Ende des Jahres 2000 waren es nur noch 98.332 EinwohnerInnen. Mit 4,5% Vier-Personen-Haushalten ist es der kinderärmste Bezirk Berlins. Mit 54,6% Allein-Erziehenden-Haushalten steht Friedrichshain an der Spitze nach Prenzlauer Berg. Das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen liegt hier bei ca. 500 Euro – damit betragen die Armutsanteile im Berliner Maßstab rund 15%. Ende 2001 bezogen 6,4% der Friedrichshainer Bevölkerung „Hilfe zum Lebensunterhalt“. Allein bei den unter 7-Jährigen leben 26% von „reiner“ Sozialhilfe. Bei den über 65-jährigen FriedrichshainerInnen sind es lediglich 1,4%. Die Arbeitslosigkeit in Friedrichshain liegt bei rund 16%. Die Arbeitslosenquote für den Gesamtbezirk betrug im Januar 2003 24,2% und ist damit die höchste in ganz Berlin!¹⁹

1.1 Schulen

1.1.1 Allgemeines

Nach Untersuchungen der vergangenen Jahre muss insgesamt von einer gestiegenen Gewaltbereitschaft und Aggressivität von Kindern und Jugendlichen ausgegangen werden. Dies macht eine Meldung der Berliner Morgenpost vom 22.02.2003 deutlich:

„Die Zahl der Gewaltvorfälle an Berlins Schulen ist gestiegen. Im vergangenen Schulhalbjahr sind der Verwaltung allein 160 Fälle auch mit rechtsextremem Hintergrund gemeldet worden, das ganze Schuljahr davor waren es insgesamt 254 Fälle. Bildungssenator Klaus Böger (SPD) nannte diese Zahlen jetzt vor dem Abgeordnetenhaus und sprach von einem leichten Anstieg. Das Schuljahr sei aber noch nicht zu Ende, fügte er hinzu. Insofern hoffe er, dass die Abschlusszahlen unter dem Vorjahreswert liegen werden. Die Daten seien noch nicht nach der Art der Vorfälle aufgeschlüsselt, hieß es aus der Senatsschulverwaltung weiter. Bisher sei jedoch klar, dass rechtsextreme Vorfälle nicht zugenommen hätten.“ Für Friedrichshainer Schulen ist dies in den Interviews mehrfach bestätigt worden.²⁰

Was den Konsum von Drogen angeht, wird von Befragten betont, dass es sich nur in Einzelfällen um „harte Drogen“ an Schulen handelt, dass jedoch allgemein der Genuss „weicher Drogen“, also der von Haschisch und Marihuana unter Jugendlichen verbreitet und akzeptiert ist. Dazu eine Elternberaterin:

„Also, dass das steigend ist – diese Art, also innerfamiliäre Gewalt oder auch gewalttätige Kinder in Schulen – das ist eindeutig steigend... ich denke mal, das ist ja nur politisch erklärbar, auch durch die gewisse Verarmung... – und auch durch die steigende Arbeitslosigkeit... – auch sehr viel Depression, sehr viel Aggressivität... Auch Drogen – also da kommen auch immer öfter Eltern – Kinder haben gekifft, fragen wie sie damit umgehen sollen...“

Probleme des gegenseitigen Verständnisses, der Kommunikation und des alltäglichen Miteinanders entstehen in zunehmendem Maße auch durch die interkulturelle Vielfalt an Friedrichshainer Schulen, auf die viele LehrerInnen und PädagogInnen nicht vorbereitet sind – hier fehlen nach mehreren Aussagen entsprechende Schulungen und Fortbildungen. Für SchülerInnen, die zum Beispiel aus Kreuzberg nach Friedrichshain gewiesen werden, ergibt sich jedoch ein interessantes Bild, wie es hier ein Schulleiter beschreibt:

„Die Schüler, die jetzt kommen, die sagen, ich gehe bewusst hierher und stelle mich bewusst diesen Anforderungen. Weil ich kann danach sehr gut deutsch sprechen, anders, als wenn ich in Kreuzberg bin. Und dahinter stehen auch die Eltern. ...Das ist auch für viele, auch für einige ältere Kollegen ein Anpassungsprozess. Ich sage gerne, nicht gerne aber offen, dass da auch Ressentiments da sind, die sich vielleicht auch, das ist meine Vermutung, sich in spontanen reaktionsgeschuldeten Äußerungen zeigen und diese Schüler dadurch benachteiligt werden. Aber ich glaube, dass dieser Prozess langsam also jetzt in einen ganz normalen Prozess übergleitet, bei den Kollegen. Da muss man ganz deutlich sagen, dass die Anpassungsleistung der Mädchen an dieses veränderte Reglement, das sie hier

spüren, wesentlich besser gelingt, als bei den Jungs. ...Da kommen Schüler mit den gleichen Voraussetzungen an, einer aus Kreuzberg, oft türkischer, kurdischer oder arabischer Herkunft und dann einer aus Vietnam, Singapur oder China... Die gehören zu 99% am Ende der 10. Klasse zu den leistungsstärksten Schülern."

Was hier als Charakteristik der Lehrerschaft schon anklang, wird im Folgenden noch konkretisiert:

„Ich glaube, dass viele Ostkollegen zum Teil sehr verunsichert sind und meinen, politische Meinungen kann man gar nicht mehr äußern. Sie haben eigentlich das alles zu tolerieren. ...ich sehe einfach einen Grund darin, dass sie so gebrannte Kinder sind."

Es herrscht nach Aussage dieser schulbegleitenden Gesprächspartnerin ebenso eine Angst der LehrerInnen, offen mit den Eltern zu reden – es kommt zu Fällen von Verharmlosung oder Verdrängung ernsthafter Schwierigkeiten.

Als allgemeines Problem müssen die Schließungen und Zusammenlegungen von Schulen oder die Reduzierung von Schulleitungen und Aufteilung auf mehrere Schulen beachtet werden – dahinter stehen sowohl vorgegebene „Sparmaßnahmen“ von Seiten des Senats/ des Bezirks als auch der reale Mangel an Kindern im schulpflichtigen Alter, was zu weiterer Schwächung und Demotivierung von Schüler- und Lehrerschaft führen kann.

1.1.2 Sozialräume

Sozialraum V

– Zentral- bis Nordwest-Friedrichshain

Dieser nordwestliche Teil ist von einer hohen Quote an alteingesessener Mieterschaft geprägt: Über ein Drittel der Bevölkerung ist über 65 Jahre alt – dagegen gibt es nur ca. 10% Kinder zwischen 6 und 18 Jahren. Ein Schulleiter äußerte sich zur Situation an seiner Schule folgendermaßen:

„...wir haben auch einen großen Anteil an Schülern, die im betreuten Wohnen sind oder in WGs. Also es ist von der familiären Situation häufig schwierig, mit den Eltern oder mit den Betreuern zusammen zu arbeiten. ...Was stimmig ist hier für uns, ist, dass die Schule dann zu so einer Art Familienersatz wird..."

An dieser Stelle wird deutlich, wie wichtig die schulinternen demokratischen und entwicklungsfördernden Strukturen sind und sein werden.

Sozialraum VI

– Zentral- bis Nordost-Friedrichshain

An Schulen dieses Gebietes werden die oben genannten Probleme sehr deutlich: Hier sind es bis zu 60% allein erziehende Eltern – vor allem Mütter, die jedoch im Vergleich zur Nachwendezeit mittlerweile wieder häufig in Beschäftigungsverhältnissen stehen, so dass es einen hohen Bedarf an Ganztagsbetreuung gibt. Die Lehrerschaft selbst ist von der „Bildungsmisere“ beunruhigt – zudem fehlt es häufig an Fachpersonal.

Sozialraum VIII

– Zentral- bis Südost-Friedrichshain

„Da wir hier in einem sozial sehr schwachen Gebiet sind – nach dem Sozialatlas – haben wir hier noch eine Extraförderung von 11 Stunden,... weil ein hoher Prozentsatz allein erziehender Mütter oder Väter hier mit ihren Kindern lebt, bzw. auch von der Sozialhilfe lebt. Da muss man also gucken, was im Elternhaus los ist: Kinder kommen oftmals ohne Frühstück oder mit zu kleinen Schuhen oder können nicht mit zum Wandertag, weil das Geld nicht da ist, sexuelle Missbräuche, Kindernotdienst – alle solche Dinge kennen wir."

so eine Lehrerin. Auch hier wird ein Bedarf an Ganztagsbetreuung geäußert, obschon es permanent an Material und Anleitungspersonal für AGs im Nachmittagsbereich fehlt. Es werden daher mögliche negative Entwicklungen befürchtet, wenn andererseits auch noch ein gewisser Grad an Solidarität unter den Kindern herrscht. Von anderen GesprächspartnerInnen war zu erfahren, dass für viele Kinder dieses Einzugsgebietes absolute Mängel an Hygiene und Kleidung typisch sind, die von den Elternhäusern mis

sachtet werden – verbunden mit deren gängigem Alkoholmissbrauch. Man sprach von „bildungsfernen Eltern“, die keine Hilfestellungen an ihre Kinder leisten könnten und davon, dass der Wegzug von Familien aus diesem Sozialraum rapide vonstatten ging und fünfmal so hoch sei als sonst in Friedrichshain, so dass es ein Bleiben und Zuziehen vornehmlich sozial Schwacher gibt. Daran schließen sich Aussagen zu allgemein festzustellender defizitärer Kommunikation, zu Ausdrucksschwächen und zu politischem Desinteresse an – oder über negative Auswüchse dessen. Ein Lehrer:

„Die wollen eigentlich eher die Bürger erschrecken, aber sie können die Bürger nicht erschrecken, weil sich die Bürger selbst schon erschrecken. Da gibt es nichts mehr. Außer, und das ist eigentlich das einzige, womit man Bürger erschrecken kann, das sind faschistoide Ansichten. Das ist eigentlich das einzige, was bleibt.“

Beklagt wird auch das „bürokratische Berliner Schulverfassungsgesetz“: *„Man muss unglaublich viele Rechte umsetzen, die die Leute gar nicht haben wollen. Damit kann man nicht viel Demokratie erzeugen.“*

1.2 Kinder- und Jugendeinrichtungen/ Jugendsozialarbeit/ freier Jugendbereich

Die für die Schulen aufgezeigte Situation von Heranwachsenden deckt sich selbstverständlich mit vielen Problemlagen, die in den Jugendeinrichtungen oder in der Jugendarbeit auftauchen – Kindheit und Jugend als am meisten prägende Lebensabschnitte müssen heute als Risiko an sich betrachtet werden. Darüber hinaus eröffnen sich aber im Jugendbereich ganz spezifische Schwierigkeiten, um die es nun gehen soll.

1.2.1 Allgemeines

Die derzeitige wirtschaftliche Misere der Stadt und des Bezirks betrifft vor allem die Einrichtungen selbst:

„Also, das Hauptthema ist zur Zeit die Förderung freier Träger, wo die Diskussion um das Eckwertpapier von der Jugendstadträtin geht. Wir haben anschaulich dargestellt, was passiert, wenn dieses Eckwertpapier durchkommt. Dass dann von den ganzen Jugendclubs und Kindereinrichtungen, die jetzt in einem Sozialraum sind, wirklich nur noch einer übrig bleibt.“

wie die Mitarbeiterin eines Clubs herausstellte. Da gibt es bereits jetzt Fälle wie Stellenabbau in einer Einrichtung, die täglich von über 100 Kindern aus vor allem sozial schwachen Familien besucht wird, von denen ein Drittel migrantischen Hintergrund hat, ein anderes Drittel aus einer Lernbehinderten-Schule kommt – oder wie die Schließung eines Objekts und Umzug an einen entfernten Ort, zu dem viele der jüngeren BesucherInnen, teilweise auch auf Wunsch ihrer Eltern, dann nicht mehr kommen werden:

„Wir nehmen nun ja nicht in Anspruch, alle Kinder aus dem Wohngebiet hier zu haben... , die Kinder suchen sich auch aus, wo sie ihre Freizeit verbringen wollen, diese Fluktuation ist ja immer mit bei, aber wenn dann gar nichts mehr da ist: Ich denke, das wird schon richtig schwer.“

so der Kommentar einer Mitarbeiterin.

Für den Kitabereich ergeben sich Mängel durch die Überlastung und Überforderung vor allem der LeiterInnen. Bereits hier haben ErzieherInnen mit Beschimpfungen von Kindern umzugehen, wobei von einer häufig anzutreffenden Hilflosigkeit gesprochen wird – sich in diesem Bereich mit Themen wie Anti-Gewalt-Training oder Interkulturelle Öffnung auseinander zu setzen oder mit Schulen und Freizeiteinrichtungen zu kooperieren, wird nach Aussagen eines Trägers aus Furcht vor Mehrarbeit und wegen fehlender Motivation abgelehnt. Von der Umstrukturierung/ Privatisierung im Kitabereich erwarten sich Betreiber und Angestellte noch größere Schwierigkeiten. Irgendwann werden die Kinder die Schule erreichen, wobei dann der psychische und physische „Ballast“, den die Heranwachsenden mit sich tragen, meist in die Freizeit und in Clubs übertragen wird, weil Schulen zum „Frustabladen“ zu hierarchisch strukturiert sind, wie eine Fachfrau meinte.

Die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit sprechen für sich – es sind berlinweit 18,3 % der Erwerbsfähigen unter 25 Jahren – aber dazu kommen die erlebte Chancenlosigkeit bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder bei Zugängen zu weiterführenden Schulen, vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der Zusammenhang von Zukunftsängsten und Langeweile und daraus resultierender Resignation und Aggression wurde von mehreren GesprächspartnerInnen zur Sprache gebracht.

Die oben erwähnte „Demokratiemüdigkeit“ von Jugendlichen macht sich auch in den Freizeiteinrichtungen bemerkbar – so zum Beispiel, wenn es um bis vor ein paar Jahren noch heftig diskutierte Unterschiedlichkeiten zwischen Links und Rechts geht oder um Parteien und Wahlen – folgendes Fazit aus einem Jugendclub:

„Der größte Teil würde heute gar nicht zur Wahl gehen, weil es aus ihrem Erleben völlig sinnlos ist. Weder CDU, SPD, PDS noch radikale Parteien wie Republikaner oder NPD, würden die einfach nicht wählen, da sind bestimmt 80 Prozent Nichtwähler. Da hat sich extrem viel geändert.“

Auch die Trennung zwischen Ost und West manifestiert sich für Jugendliche in ihrem Freizeitverhalten – es herrschen gegenseitige Vorurteile, und Kontakte von Friedrichshain nach Kreuzberg haben wenige Einzelne, obschon man bei größeren Aktivitäten oder Festen zusammenkommt und die KollegInnen aus manchen Einrichtungen kooperieren. Ein Statement aus der Jugendsozialarbeit:

„Unsere Kreuzberger Kollegen haben zur Zeit kein Büro, und wir bieten den Jugendlichen in Kreuzberg auch oft an, hierher zu kommen, aber der Gang hier über die Spree ist für viele Jugendliche doch schon sehr schwierig, in beide Richtungen.“

Um 1997 gab es die Tendenz einiger türkischer Jugendlicher, sich das „neue Feld“ Friedrichshain mit teilweise rüdem bis dominantem und provokantem Auftreten zu erobern – dies ist nach Aussagen mehrerer GesprächspartnerInnen zurück gegangen.

1.2.2 Sozialräume

Sozialraum V

– Zentral- bis Nordwest-Friedrichshain

Um den Barnimkiez gab es vor 2 bis 3 Jahren häufige Beschwerden über eine sich zusammenrottende, lärmende und meist alkoholisierte Jugendclique. Dazu eine mit dem Phänomen Vertraute:

„Das sind im Grunde die Kinder der Leute, die hier früher mal eingezogen sind, aber jetzt keine konkreten Angebote haben. ... Das sind Jugendliche und zum Teil junge Erwachsene, die, was das Freizeitverhalten angeht, orientierungslos sind, teilweise auch arbeitslos.“

Nachdem die Wohnungsbaugesellschaft durch zu viele Klagen der Anwohnerschaft darauf aufmerksam wurde und das Problem an einen Träger weiter vermittelt hat, ist diese Gruppe in einem betreuten Objekt untergekommen und hält sich stabil, auch wenn sie sich abschottet. Nach Aussagen dazu kam es zu mehreren Verdrängungen anderer Jugendlicher, die von der jetzigen Klientel vor Ort wegen gewisser Äußerlichkeiten abgelehnt wurden – ohne Zweifel wirken hier (ost-)deutsche Tugenden wie Ordnung und Reinlichkeit, aber auch das Bevorzugen von Alkohol vor anderen („westlichen“) Drogen nach, und nicht zu missachten ist die Übertragung der Verlusterfahrung und Desillusionierung von den Eltern auf die Kinder.

Sozialraum VI

– Zentral- bis Nordost-Friedrichshain

Die Situation für Jugendliche dieses Gebiets wird im großen Gegensatz zu den anderen Teilen Friedrichshains beschrieben: Die BesucherInnen von Jugendeinrichtungen kommen vornehmlich aus dem Gymnasium, sind aus bürgerlichem Elternhaus, einer „heilen Welt“, in der Arbeitslosigkeit und finanzielle Nöte kaum Sorgen bereiten und die Jugendlichen eine relative Freizügigkeit genießen. Allerdings ergeben sich andere Extreme – nach innen gekehrte Aggressionen und Verdrängungen, vor allem während der Adoleszenz:

„Missbrauch ist ein Thema, bei Fahrten auf jeden Fall... Die anderen Sachen bei den Jugendlichen, so Bulimie oder so Sachen, sind tatsächlich sehr häufig. Und auch bei den Gymnasiasten, dieses Aufschlitzen, dieses Aufritzen, was ein bisschen so in diese Borderline-Geschichte geht, das ist da auch vorhanden.“

Dabei wird betont, wie schwierig diese Probleme offen zu thematisieren sind – oft hilft nur das Angebot der Vermittlung zu psychologischen Beratungsstellen. Für Kinder, die die Einrichtungen hier frequentieren, ergibt sich ein ähnliches Bild wie für den ganzen Bezirk: 60% allein erziehende Elternteile, wenig

Interesse der Eltern an der Entwicklung ihrer Kinder, Gewalt wird häufig als „normal“ angesehen. Und da kehrt sich der Ruf der BetreuerInnen nach außen:

„Was ich mir wünschen würde ist, dass mehr Verantwortung übernommen wird und nicht nur auf ErzieherInnen abgewälzt wird oder auf so Einrichtungen wie wir... Da muss mehr passieren in Familie und Nachbarschaft. Das kann nicht sein, dass nur wir dafür verantwortlich sind, wie die Jugend ist.“

Sozialraum VIII

– Zentral- bis Südost-Friedrichshain

Hier sammeln sich in den Einrichtungen Jugendliche und Kinder von Stralau bis zur Frankfurter Allee, einzelne auch aus Kreuzberg – viele werden wiederum als größtenteils „benachteiligt“ beschrieben und hätten sich nach ihrer Selbsteinschätzung bereits „aufgegeben“. Doch trotz oder gerade wegen dieser Mängel sehen diese Heranwachsenden ihre jeweilige Einrichtung auch als Schonraum an. Eine Betreuerin meinte:

„Also, das Frustrpotenzial ist größer, dass sie schon irgendwie verinnerlicht haben: Es wird ja doch nichts mit mir und meiner Entwicklung. Zumindest bei den Jungs sinkt die Schwelle, auch mal zuzuschlagen. ...Wir haben auch das Gefühl, dass sie deshalb den Raum hier gut finden, weil sie müssen eben keine Angst haben, dass ihnen jemand eine über den Kopf zieht.“

Auf die Besuche von zunehmend mehr türkischen und kurdischen Mädchen und Jungen in Stralau hat man sich mancherorts verständnisorientiert eingestellt – das Temperament bedinge oft heftige Gefühlsumschwünge, bei denen ein bedrohliches Gebaren rasch in Verbrüderung wechseln kann. Von vielen Einrichtungen wird sich allerdings ganz explizit ein größerer Zulauf von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gewünscht.

1.3 Verwaltung

1.3.1 Allgemeines

„Wir alle sind uns bewusst, wie bescheiden die Entscheidungsspielräume von Kommunalpolitikern in Berlin sind. Berlin als Einheitsgemeinde sieht die Bezirke nur als Verwaltungsstrukturen der Berliner Verwaltung insgesamt. Die Bezirke sind ja nicht selbständig. ...Erleben wir oft genug bei Entwicklungsprojekten, insofern versuchen wir uns wirklich als gewählte Vertreter in Selbstverwaltung zu betrachten. D.h. also Interessen von Bürgern bei der Organisation von Verwaltung zu transportieren...“,

äußerte ein Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung aus Friedrichshain.

Die Mitarbeiterin eines Trägers für Friedrichshainer Einrichtungen schilderte dagegen ihren Unmut über die mangelnde Kommunikation zwischen EntscheidungsträgerInnen auf der unteren Ebene bis hinauf zu den Ämtern sowie die weiterhin bestehenden Verständigungsschwierigkeiten zwischen im Osten und im Westen Sozialisierten folgendermaßen:

„...und da, denke ich, ist der Weg noch total lang, bis diese Unterschiede oder das gegenseitige Verständnis – auch rein sprachlich – so weit voran geschritten ist, dass sich auch dann dieser Austausch ermöglichen wird. ...Und wenn es dann in die politische Ebene geht, noch mal schwieriger... – also das ist, glaube ich, total schwierig, gerade in so einem Ost-West-Bezirk jetzt. ...weil man eben, wenn man das Geld hat, das eben auch nutzen könnte, aktiv an dieser Qualifizierungs- und auch Vernetzungsstruktur zu arbeiten, was ja eben etwas ist, was in allen Ämtern ...tatsächlich fehlt – nur so schafft man es ja, irgendwann auch effektiver und qualifizierter zu werden in den Ämtern.“

Immer wieder wird in ganz Berlin auch das „Ressourcendenken“ in der entscheidungstragenden Verwaltungsstruktur kritisiert, wie hier von dem Mitarbeiter einer soziokulturellen Einrichtung:

„Das sind 2 Stellen, einmal im Gesundheitsprojekt und einmal im Sozialprojekt. Nun gibt es aber auch schon wieder Auseinandersetzungen in der Richtung, dass der Sozialstadtrat sagt, wieso muss ich aus dem Sozialprojekt die Kollegin bezahlen, die im Gesundheitsprojekt tätig ist, die kann ja aus dem Gesundheitsbereich bezahlt werden.“

1.3.2 Fusion von Friedrichshain und Kreuzberg

Auch wenn auf der Ebene der BürgerInnen und Engagierten große Defizite benannt und mit eigenem Tun ausgeglichen werden müssen, äußert sich ein Kommunalpolitiker insofern positiv:

„Es läuft in manchen Teilen der Verwaltung hervorragend. Da merkt man überhaupt nicht mehr, dass hier mal irgendwann etwas fusioniert wurde. ... (Bei der Bevölkerung:) Da merkt man schon, dass die Oberbaumbrücke wie eine Demarkationslinie ist. Es geht wirklich niemand in die Verwaltung nach Friedrichshain von Kreuzberg oder umgekehrt – das passiert eigentlich nicht wirklich.“

Ganz klar wird sich von einem anderen Gesprächspartner gegen Veränderungen ausgesprochen, die per Gesetz verordnet werden. „Von oben“ sollte die Transparenz mit gesteuert und verbessert werden – gefragt wird nach einem öffentlichen Resümee der Entwicklung seit der Bezirksunion:

„Es ist damit nicht getan, wenn man ein Gesetz will... Dieser Bezirk ist sehr arm – diese beiden, und wenn die Leute näher kommen, werden sie Gedanken entwickeln, was sie für ihren Bezirk machen können. Und hier das Rathaus allein, die schaffen es nicht – dazu zählt auch: Sie haben keinen Schlüssel zu den Vereinen. ... Die Vereins-Vertreter und auch vom Senat, vom Rathaus – Bilanz: Was haben wir eigentlich gemacht, was haben wir schon erreicht, was können wir? ... – im interkulturellen Bereich, im sozialen Bereich, im Bereich Arbeitslosigkeit – im Prinzip weiß ich gar nichts.“

1.3.3 MigrantInnen

Dass sich viele Angehörige von Minderheiten, vor allem Menschen mit Migrationshintergrund auf Ämtern und von Verwaltungsangestellten im Ost- wie im Westteil sehr oft schlecht behandelt fühlen und dies nachgewiesenermaßen auch so ist, tauchte in vielen Interviews auf. So äußerte sich zum Beispiel ein Jugendsozialarbeiter, der die Probleme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf Ämtern auch auf deren mangelnde Sprachkompetenz und das Fehlen von Abschlüssen zurückführt. Für erst kürzlich nach Deutschland gekommene MigrantInnen ist es ohnehin ein enormer Aufwand, sich in die verwaltungstechnischen Gepflogenheiten und die deutsche Amtssprache einzufinden. Hier gibt ein Berater eine für die Betroffenen gängige Erklärung für die oft verwirrenden Amtsvorgänge ab:

„Zurzeit ist es mit dem Sparprogramm von ganz Berlin verbunden – da gibt es sehr viele Probleme mit den Sozialämtern, weil sehr viele Ausländer bekommen auch Sozialhilfe... : Erstens mit der Berechnung von Sozialhilfe, weil die Ämter wollen, überall wo es möglich ist, die Sozialhilfe kürzen und gehen sehr scharf vor. Sehr oft müssen wir dann Widersprüche schreiben und den Sachverhalt nachvollziehen, ...weil in einem Monat kann man eine bestimmte Summe bekommen und in einem anderen Monat eine ganz andere, und die wirtschaftliche Lage ist überhaupt nicht geändert.“

Nach Aussagen von GesprächspartnerInnen aus diesem Kontext kommt es regelmäßig zur Sperrung der „Hilfe zum Lebensunterhalt“, wenn die zur Vorlage auszufüllenden Listen keine Nachweise über 20 Bewerbungen pro Monat enthalten – meistens ein rein sprachliches oder Verständigungsproblem. Von BürgerInnen, die sich seit Jahren für MigrantInnen einsetzen, wurde in den Gesprächen vielfach zu Recht gefordert, dass bereits in die Ausbildung von BeamtenInnen interkulturelle Kompetenztrainings integriert werden sollten oder Seminare für den Öffentlichen Dienst auch von den vorgesetzten Stellen angeboten werden müssten: *„Ich denke, das ist absolut ein Thema, das in den nächsten Jahren auch hier in Friedrichshain präsenter sein wird. Das würde ich mir schon wünschen, dass da mehr passiert, ganz klar.“* so eine Beamtin, die sich „freiwillig“ interkulturell weiterbilden ließ. Der Anteil migrantischer Bevölkerung ohne deutschen Pass in Friedrichshain hat sich im Laufe der neunziger Jahre fast verdreifacht – 1992 betrug er 3,2%, Ende 2002 waren es 9,6%. Von den FriedrichshainerInnen, die von staatlicher Unterstützung leben, fallen 7,1 % unter die Rubrik „Ausländer“.

1.4 Öffentlicher Raum

1.4.1 Allgemeines

Wie aus Gesprächen mit dem Berliner Mieterverein und aus den Veröffentlichungen innerhalb seines MieterMagazins hervor geht, bereiten die Modernisierungen in den Altbaugebieten den FriedrichshainerInnen die derzeit größten Sorgen. Dies betrifft vor allem die so genannten Bestandsschutzgebiete, die festgelegte Mietobergrenzen haben und allgemein als sozial schwache oder „Problemkiese“ benannt werden: Boxhagener Platz, Traveplatz, Warschauer Straße, Ostkreuz und das Samariterviertel. Hier wird

von Seiten der VermieterInnen versucht, baulich erforderliche Maßnahmen, das heißt Sanierungen auf die Miete umzulegen, was ungesetzlich ist. Das zweite Hauptproblem stellen die Verkäufe dar – die Wohnungsbaugesellschaft (WBF) hat derzeit lediglich noch 22.000 Wohnungen in ihrer Verwaltung, davon ist nur ein geringer Anteil „Sozialwohnungen“ – durch den Verkauf an die Mieten in die Höhe treibende VermieterInnen und durch Privatisierungen von Wohnraum werden häufig die AltmietterInnen verdrängt. Zwar halten sich momentan die Zu- und Wegzüge die Waage, aber es muss klar gesagt werden, dass mit diesen Veränderungen zunehmend eher zahlungskräftige MieterInnen aus anderen Bezirken anmieten. Aus den Alt-Neubaubereichen gibt es diese Verdrängung kaum. Damit verbunden ist auch ein gewisser soziokultureller Wandel: Gerade die schon vor 1989 hier verorteten Ansätze von selbstbestimmten und teilweise selbstverwalteten, libertär bis links ausgerichteten subkulturellen Strukturen bedürfen eines Mindestmaßes an öffentlicher Akzeptanz im politischen Sinne und einer Leistbarkeit in finanzieller Hinsicht. Dazu ein Mieterberater:

„Also, hier bei uns im Friedrichshain haben sich im Prinzip zwei Dinge nach der Wende abgespielt: Das waren einmal in einer Reihe von Altbauten die Hausbesetzungen... Die Rigaer Straße war solch ein Gebiet – da kommt es nach wie vor ...zu solchen Exzessen, dass Mieter vertrieben werden, auch alternative Lebensformen, die wir eigentlich hier schätzen.“

Andererseits aber bieten auch manchen schon lang ansässigen FriedrichshainerInnen die neuen MieterInnen aus vornehmlich studentischem Milieu Anlass zu nächtlicher Unruhe – immer wieder taucht das „Gespenst“ der „Lärmbelästigung“ auf: Hier stehen sich die florierende und touristisch attraktive Kneipenszene und diejenigen gegenüber, die schlafen wollen... Fest steht für die Alt- wie die Wahl-FriedrichshainerInnen, was vom Mieterverein so umzeichnet wird:

„Also, die Leute, die zu uns kommen, die wollen in der Regel nicht aus diesen Kiezen weg, sondern die versuchen hier zu bleiben. ... sie wollen also nicht an den Stadtrand ziehen... – ältere Leute nicht, Studenten auch weniger (...) – die Migranten, die haben mitunter nicht die Wahl, die werden direkt dort hingelenkt. Und da besteht natürlich wieder die andere Gefahr, dass sich so Schwerpunkte bilden – die haben wir im Friedrichshain gegenwärtig nicht. ...Also die, die hier wohnen... – die sind gut verteilt und wohnen innerhalb der Bevölkerung.“

Betont wird immer wieder der Verlust an Kindern im Bezirksteil, der, wie eine Familienbetreuerin sagte, mit durch den gehäuften Umzug von Mittelschichtfamilien an den berühmten stadträndischen „Speckgürtel“ bedingt ist. Ursachen werden benannt mit: Mangel an Grünflächen, Spielplätzen und Parks in den Kiezen – daher setzt man allort große Hoffnungen auf die Verbesserung der Wohnlagen durch Umstrukturierungen.

In Friedrichshain wurden im Jahre 1999 52,5% aller Haushalte von „Singles“ geführt.

1.4.2 Zuzug von MigrantInnen/ Der Blick von Ost nach West und zurück

Ende Juni 2002 lebten in Friedrichshain insgesamt 9.489 Menschen mit ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Das sind 9,6% der Friedrichshainer Bevölkerung. Interessant ist hierbei die Zusammensetzung aus den verschiedenen Herkunftsgebieten und -ländern: Über die Hälfte der MigrantInnen ohne deutschen Pass kommt aus europäischen Ländern – insgesamt 5.588 Personen. Davon sind die meisten im Alter zwischen 15 und 45 Jahren. Die größte Gruppe aus dem europäischen Raum machen mit etwa 750 Personen die aus Russland, der Ukraine und den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion kommenden MigrantInnen aus. Zählt man die asiatischen ehemaligen Sowjet-Republiken hier ebenfalls hinzu, steigt die Gesamtzahl auf knapp 1.000. Die zweitgrößte Gruppe kommt aus der Türkei – von den 561 Personen sind etwa ein Fünftel unter 15 Jahren. Aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen insgesamt 524 Personen, davon 273 Menschen aus Bosnien/ Herzegowina mit etwa einem Drittel unter 15 Jahren. Aus Italien, Frankreich und Österreich kommen ca. je 300 FriedrichshainerInnen, etwa 250 sind aus Großbritannien. Von den 659 EinwohnerInnen des Bezirksteils amerikanischer Herkunft sind allein 283 aus den USA.

Mit 1.098 melderechtlich registrierten EinwohnerInnen vietnamesischer Staatsbürgerschaft ist dies nicht nur in Bezug auf den asiatischen Raum sondern insgesamt die größte Gruppe so genannter "AusländerInnen" im Bezirksteil Friedrichshain. Insgesamt kommen aus Asien 2.273 Personen – unter ihnen sind rund ein Drittel Kinder. Aus der Mongolei sind 226 MigrantInnen, 122 aus China und 112 aus Thailand.

Aus Afrika kommen insgesamt 790 Menschen – 134 sind zum Beispiel aus Kamerun, 102 aus Mosambik. Von den 106 angolanischen FriedrichshainerInnen sind etwa 40% unter 15 Jahren. In Friedrichshain sind daneben nur 20 Menschen als „Staatenlose“ registriert – für 102 in die Statistik aufgenommene Personen mit Migrationshintergrund ist der Aufenthaltsstatus ungeklärt. Es muss davon ausgegangen werden, dass insbesondere verbunden mit Flucht- und Asylproblematik eine gewisse Zahl der Betroffenen nicht bekannt

ist, das heißt nicht in die Melderegister Eingang gefunden hat.

Eine relative Häufung des rapiden Zuzuges ist in Stralau zu verzeichnen: Hier sei die Anzahl der Nationalitäten innerhalb eines viertel Jahres von einer auf neun gestiegen. Auf die Frage, ob sich daraus Konflikte mit der deutschen Bevölkerung ergeben hätten, äußerte ein Beobachter, dass diese Möglichkeit unter Umständen äußerer Forcierung bestünde: *„Aber erst mal sind viele Stralauer hier in gewisser Weise tolerant. Sie haben schon eine Menge durchgemacht, haben mit der Kiezentwicklung und mit sich zu tun. Und solange ihnen der andere nicht ganz konkret als Konkurrent auftritt... Sie müssen immer mehr Miete bezahlen, dann könnte schon sein, dass sich das hochschauelt.“* Seit etwa 2 Jahren sind es vor allem türkische Familien, die aus eigener Entscheidung nach Friedrichshain ziehen – auch hier oft ins Stralauer Gebiet und um den Traveplatz herum (Sozialraum VIII), wo es nach Aussagen des Quartiersmanagements Boxhagener Platz durchaus im Straßenraum zu Auseinandersetzungen zwischen Kindern unterschiedlicher Herkunft kommt. Von mit der Thematik beschäftigten GesprächspartnerInnen wird jedoch betont, dass man die Chancen zur Community übergreifenden Integration und des interkulturellen Austausches gerade durch die Nähe zu und Fusion mit Kreuzberg nutzen sollte – doch wird dies leider von MigrantInnen selbst noch abgelehnt. Dazu ein Jugendsozialarbeiter:

„Also, meine Erfahrung ist wirklich, dass Migranten, die hierher gezogen sind, aufgrund von Wohnungsmangel im Westen, bemüht sind, wieder, wenn sie Fuß gefasst haben, in die Gebiete zurück zu ziehen, wo verwandtschaftliche Verhältnisse sind, wo man zum türkischen Arzt, zum türkischen Metzger und, und, und gehen kann. Aber das merkt man schon auch in Friedrichshain, so die ethnische Ökonomie ist schon vorhanden.“

Das heißt, es wird eine kulturelle Geschlossenheit gehalten, die auch durch die Nutzung Friedrichshains als „neuem Arbeitsmarkt“ nicht aufgegeben wird, wie ein Kreuzberger Kommunalpolitiker bestätigt:

„Da gibt es die Simon-Dach-Straße. In den meisten Läden dort sind die Besitzer Türken, die allermeisten...die ganzen Cafés. Da sitzen die ganzen Deutschen, Friedrichshainer, das meiste sind Studenten, aber türkische Gäste wird man dort sehr selten sehen. Die meiden immer noch Friedrichshain, oder den Osten allgemein... Da gehen immer nur Türken hin, die dort was zu arbeiten haben. ...das ist ganz einfach, das sind alles wirtschaftlich denkende Menschen, ...sie wollen einfach Geld machen.“

Nach Aussagen von JugendarbeiterInnen ist für erwachsene KreuzbergerInnen Friedrichshain nach wie vor ein „gefährliches Pflaster“, auf dem man permanent mit rechtsextremen Übergriffen und diskriminierenden Äußerungen zu rechnen habe. Dagegen lassen sich Friedrichshainer Jugendliche in ihren vorurteilsbelasteten Bildern meist von Erfahrungen anderer Personen oder ihrer Eltern bestätigen und im Gang nach Kreuzberg behindern – hier wirken die Klischees von „kriminellen Banden türkischer und arabischer Jugendlicher“ oder von Drogendealerei und Diebstahl auf den Straßen und an bestimmten Plätzen. Die einzigen, die den „Grenzgang“ nicht scheuen, scheinen SeniorInnen und kulturell Interessierte zu sein.

Wenn die türkischen Ladenbetreiber und Familien in Friedrichshain nicht „heimisch“ werden und das eigene sozial tradierte Umfeld nicht verlassen wird, so gilt dies im besonderen Maße auch für die SpätaussiedlerInnen. Im Jahr 2002 lebten 120.000 Spätaussiedlerinnen in Berlin, davon waren ein Drittel, also 30.000 Kinder und Jugendliche. Aus Gesprächen mit dieser Gruppe Betreuenden geht hervor, dass sie sich fremd fühlen und die Gefahr einer räumlichen Ghettoisierung besteht: Trotz teilweise bester Qualifikationen und Schulabschlüsse – wobei beides in Deutschland meist nicht anerkannt wird – hat diese Gruppe wenig Chancen, wieder auf den Arbeitsmarkt zu gelangen. Was besonders für jugendliche SpätaussiedlerInnen zu einem großen Problem wird – sie flüchten sich, oft auch, weil sie zurück in ihre Geburtsland wollen, in Drogen, Kriminalität, wie auch ihre Väter alkoholabhängig, gewalttätig und inaktiv werden, wogegen die Frauen bemüht sind, Amtsangelegenheiten zu klären, Kurse zu besuchen, aber meist isoliert unter sich bleiben. Ein großes, weitgehend unbekanntes Problem ist, dass sich nach Angaben einer Beraterin mit russischem Hintergrund bis zu 80% der Paare bald nach ihrer Ankunft trennen. Der Arbeitsplatz ist ein Ort öffentlichen Raums, in dem man der Auseinandersetzung mit dem vorerst Neuen/ „Anderen“ nicht so einfach ausweichen kann. Markant wird dies in Arbeitsfeldern, auf denen – meist durch ABM- und SAM-Zuweisungen des Kreuzberger Arbeitsamtes – MigrantInnen auf eine im Osten gewachsene Struktur treffen, wie das von einem Friedrichshainer Träger veranschaulicht wird:

„Wir haben hier in der Küche zwei Frauen, die arbeiten als Küchenhilfe – zwei türkische Frauen, und das Interessante ist, die eine, die jüngere, die kann sehr gut Deutsch, die andere kann auch Deutsch... Also die kam hier zum Bewerbungsgespräch mit einem Kopftuch – und das ist ja auch für uns eine neue Situation, wir müssen uns auch darauf einstellen...“

1.4.3 Ausgegrenzte Randgruppen / subkulturelle Minderheiten

Friedrichshain „war schon immer und ist noch immer ein linker Bezirk“, so eine gebürtige Friedrichshainerin. Ganz links stand dabei die Besetzerbewegung, die nicht zuletzt durch die Senats- und Bezirksmaßnahmen, die komplette Räumung besetzter Häuser oder die Aushandlung von temporären Duldungs- und Nutzungsverträgen „fraktionalisiert“ worden ist, wie ein seit 1990 im Sozialraum VIII Aktiver berichtete. Doch wenn man heute tiefer in die dortigen Kieze guckt, ergibt sich für einzelne BetrachterInnen ein anderes, nämlich nach wie vor lebendiges Bild von „Gegenkultur“:

„Also meine Ecke, wo ich hier wohne, das nehme ich schon sehr bewusst wahr... und das ist hauptsächlich besetzt von den Autonomen hier – Boxhagener Platz – Ostkreuz – bis hin zur Frankfurter Allee/ Kreuzzigerstraße – ein bisschen rüber zur Rigaer Straße – also das ist Autonomengebiet...“

Es wird ein hohes Maß an „blinder Zerstörungswut“ und von einer Unzufriedenheit gegenüber „ganz normalen, nicht reichen Leuten“ gesprochen, doch mit der entscheidenden Einschränkung: „... aber die tun ja Menschen nichts, die tun ja Sachen was, also die Linksradiكالen.“, so die Anwohnerin.

Obschon im „Armutsbericht“ nicht deutlich als Gruppe erwähnt oder gar zahlenmäßig hervorgehoben, geht der Senat von Berlin weit insgesamt 10.000, darunter 450 minderjährigen Wohnungslosen aus, die jedoch häufig, weil sie keinen festen Wohnsitz haben, von den Sozialämtern abgewiesen werden, wie das ‚MieterMagazin‘ im Januar 2003 berichtet. Der Arbeitskreis „Wohnungsnot“ betont die zusätzliche Belastung der Betroffenen durch Alkohol- und Drogenabhängigkeit – nach Untersuchungen der Technischen Universität haben 36% dringend behandlungsbedürftige psychische Leiden. Für Berliner Obdachlose scheinen sich zwei Haupttreffpunkte herausgebildet zu haben – ein Zentrum ist für sie von jeher der ZOO, im Ostteil hat sich der Ostbahnhof etabliert. GesprächspartnerInnen, die für Obdachlose und mit ihnen arbeiten, bemerkten die starke Geschlossenheit der Gruppen untereinander – diejenigen vom Ostbahnhof gingen nicht zum ZOO, da sich dort eine andere, eher von Drogenkonsum und Prostitution gekennzeichnete Szene aufhalte, auch Lichtenberg werde gemieden: „dort sind sie nicht so schwer krank“. Eine Betreuerin berichtete weiter: Die Obdachlosen schlafen üblicherweise bei Freunden, in der S-Bahn, in Nachtasylen oder in Waldstücken. Neben Obdachlosen sammeln sich auch jugendliche Punks am Ostbahnhof, die ihre Zeit mit öffentlichem Alkoholgenuss verbringen und ihr Ein- oder Zusatzeinkommen erbetteln, was an dieser Stelle von BenutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel als unangenehm empfunden wird, wie von MitarbeiterInnen der S-Bahn-GmbH verlautbart wurde.

1.4.4 Sozialräume

Sozialraum V

– Zentral- bis Nordwest-Friedrichshain

An der Grenze zum Prenzlauer Berg – um den Barnimkiez und den Platz der Vereinten Nationen herum – scheint es die wenigsten sozialen Nöte zu geben. Hier identifiziert sich die seit Jahrzehnten ansässige Bevölkerung, bis hin zu den sich neu einquartierenden Nachkommen, mit ihrem Wohnumfeld. In diesen hochgeschossigen Alt-Neubauten bestehen stabile Nachbarschaftsverhältnisse, und Aussagen eines Clubleiters bestätigen die statistischen Daten:

„Meine Wahrnehmungen bezüglich der Sozialstruktur decken sich mit den Schilderungen des Sozialstrukturatlas‘. Die Merkmale sind ein relativ hohes Einkommen, eine relativ geringe Fluktuation, ein relativ hohes Bildungsniveau, eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit und ein relativ niedriger „Ausländeranteil“.“

Sozialraum VI

– Zentral- bis Nordost-Friedrichshain

Weiter östlich ergibt sich ein ganz anderes Bild. Nach Aussagen mehrerer im Kiez um das Hausburgviertel im Kinder- und Jugendbereich Beschäftigter ist hier von einem positiven Ansatz interkulturellen Miteinanders auszugehen – eine Entwicklung, die durch die im Viertel verortete Europaschule (Deutsch-Spanisch) in erfreulichem Maße mitgetragen wird. Trotz oder wegen eines allgemein schwachen Sozialstatus‘ und vieler allein erziehender Elternhäuser kommt es weniger zu Konkurrenzsituationen als zu solidarischem Verhalten, wobei unter den Kindern zum Beispiel Arbeitslosigkeit als Normalität angesehen wird, die nicht zu Ausgrenzungen führt. Hier ziehen Familien aus der Türkei – auch KurdInnen – und aus Armenien sowie Aserbaidschan zu. Zu Kreuzberg haben die Anwohner wegen der großen Distanz wenig Bezug – weder positiven noch negativen. Auffällig ist eine zehn- bis fünfzehnköpfige Kinderclique

von 10- bis 12-Jährigen, die wechselnd durch die Straßen und Freizeiteinrichtungen zieht. Der Kiez um den Bersarinplatz herum wird von einem Gesprächspartner aus dem Jugendbereich als „relativ ruhige Gegend“ und eine „oberflächlich heile Welt“ beschrieben. Gleichzeitig ist dies der Sozialraum mit der höchsten Sozialhilfequote und sehr geringer MigrantInnenquote. Es wird ein „dramatischer Rückgang an Kindern“ erwähnt – viele „besser gestellte Familien“ seien in den letzten zehn Jahren weggezogen, zumal die dortigen ehemaligen „Arbeiterwohnungen“ nicht familiengerecht geschnitten und teilweise noch stark sanierungsbedürftig sind. Es ziehen mehr studentische MieterInnen ein.

„Das einzige, was man halt sieht, ist beim Forckenbeckplatz, dass da halt sowohl Obdachlose sind, Punks, Leute, die halt was trinken oder mit den Hunden rumlaufen. Und man sieht halt auch Eltern, die dort auf diesem Spielplatz sind bei schönem Wetter...“

Sozialraum VII

– Zentral- bis Südwest-Friedrichshain

Im Raum des Wriezener Karrees bis zum Ostbahnhof fällt eine vornehmlich männliche Gruppe von Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren auf, die sich vor allem an Wochenenden in der Nähe einer Jugendeinrichtung lautstark und mit Hochprozentigem alkoholisiert bemerkbar macht. Auch wurden von AnwohnerInnen immer wieder Graffiti beklagt.

Sozialraum VIII

– Zentral- bis Südost-Friedrichshain

Um den Rudolfplatz gab es nach Berichten von mit dem Kiez Vertrauten vor zweieinhalb bis zwei Jahren Probleme mit Jugendcliquen, welche mit ihren dortigen Treffen und durch Lautstärke, Alkohol- und Drogenkonsum sowie das Hinterlassen von Müll negativ auf sich aufmerksam machten. Diese Entwicklung konnte schließlich durch Bürgerinitiativen und teilweise das Engagement von SozialarbeiterInnen eingedämmt werden – andere Gespräche und Beobachtungen ergaben dahingehend einen anderen Eindruck.

Zu Auffälligkeiten und sozialen Problemfeldern im Stralauer Kiez in seiner Breite ist zu ergänzen:

„Heute haben wir vor allem kurdische, türkische Bewohner, und die Spannungen, die z.T. mit dem Nachbar entstehen, spüren wir schon. ...Von der Lärmbelästigung innerhalb der Wohnung bis hin zu anderen Dingen, die als Belästigung aufgefasst werden... Ganz unterschiedliches Empfinden bei der Zubereitung von Speisen oder beim Halten von Haustieren ...Und eine angespannte Situation rund um die Kaufhalle vergangenes Frühjahr [2001], Sommer bis in den Herbst hinein. Wo junge Leute in bunter Nationalitätenmischung, russische, vielleicht auch weißrussische, auf alle Fälle auch polnische und auch deutsche, die sich dort im Kaufhallenareal bewegt haben, die Käufer bedroht haben, die Passanten angepöbelt haben mit mehreren Hunden, so dass die Einkaufsgewohnheiten verändert wurden. Das ist auch durch gemeinsame Arbeit von uns mit dem Eigentümer, Konsum, verändert worden. ...Das hat sich in diesem Jahr entschärft.“

so ein Ansässiger.

Als Defizite im Kiez werden Cafés und „nachfrageorientierte Projekte“ genannt. Eine wichtige Vermittler- und Schlüsselrolle spielt „Rudis Kiezladen“.

1.5. NGOs / Initiativen mit zivilgesellschaftlichem Engagement

Wenn es darum geht, die Bevölkerung in demokratische oder konkret in Planungsprozesse einzubeziehen, die ihr eigenes Lebensumfeld betreffen, so kann für etliche Kieze in Friedrichshain von einer relativen Offenheit gesprochen werden. Sowohl engagieren sich BürgerInnen aus eigenem Interesse, als auch von KommunalpolitikerInnen eine Beteiligung gefordert wird:

„Man sollte wirklich froh darüber sein, wenn sich irgendwo Leute zusammenfinden, weil ihnen ihre unmittelbare Nachbarschaft wichtig ist und sie da was verändern wollen. Selbstorganisierte Gruppen, Initiativen, ja. Noch so'n schönes Beispiel von Initiative, was inzwischen wirklich eine Institution ist, ...dieser Runde Tisch Verkehr Friedrichshain-Kreuzberg, ...der ursprünglich nur diese Probleme um den Boxhagener Platz klären wollte, arbeitet inzwischen mit der Senioren-Vertretung zusammen, wenn es darum geht, in der Frankfurter Allee an der U5 die Zugänge senioren-, behinderten und kinderwagengerecht einzurichten.“

Für viele freie Initiativen ist oftmals nicht bloß die finanzielle Notlage ein alltägliches Thema, sondern bemängelt wird häufig auch das Fehlen struktureller Gegebenheiten: Anträge auf Räume in Friedrichshain werden aus politischen Gründen abgelehnt und die Antragstellenden auf Lichtenberg verwiesen; die Vernetzung zwischen Trägern und Vereinen beider Bezirksteile wird den Engagierten überlassen; es besteht ein allgemeiner Aufklärungsbedarf über das Vorhandensein und das Profil ähnlich arbeitender Projekte:

„Das Fusionsproblem: Es muss vom Rathaus ausgehen, wer mit wem zusammen kommt. Wir Vereine, wir kennen uns nicht so genau. Die müssen wissen: Wir haben so und so viele Vereine in Friedrichshain, in Kreuzberg – wer macht etwas ungefähr gleich. Die müssen die Verbindung bringen. ... Vom Rathaus wird noch diese Anonymität gepflegt!“

Wiederholt wird von Einrichtungen und Trägern besorgt vorgebracht, dass die Schließung von Objekten im Extremfall, aber auch die allgemein praktizierte Kurzläufigkeit von unterstützten Projekten und damit das allzu rasche Auslaufen der Stellen eine dauerhaft wirksame und zukunftsorientierte, auf Nachhaltigkeit bedachte Arbeit verhindert, was gerade für den Jugendbereich und sozialstrukturellschwache Gebiete zu katastrophalen Folgen führen kann. Auch wird mehrfach beklagt, dass diesbezüglich bisher kaum regionale Bedarfsanalysen unternommen wurden, so dass die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort den zuständigen (Vergabe-) Stellen verborgen bleiben. Hier kommt die Leiterin einer soziokulturellen Begegnungsstätte zu Wort:

„Wir machen das ja alles mit Herzblut, aber: Ganz alleine Herzblut reicht nicht... Ja, da wird noch der letzte Klub dicht gemacht! ... – aber das Arbeitsamt, was jetzt die Stellen vergibt, das guckt nicht hin – es interessiert sie nicht, was wir wirklich dort gemacht haben. ... Es bringt nichts, ein ABM-Projekt für ein halbes Jahr zu machen, da hat man noch nicht mal was aufgebaut... Es hat auch nichts gebracht, dass man sagte, gut ein Jahr – nun gut, ihr könnt weiter machen, wenn ihr euch was Neues einfallen lasst – warum denn?! Das ist doch Quatsch – das, was sich bewährt hat, nachdem wir rausgekliegt haben, was ist in diesem Bezirk für eine Struktur...“

Selbst wenn sich Projekte kurzschließen oder Vereine den Versuch starten, ihre Ressourcen gemeinsam zu nutzen, werden solcherart „Notgemeinschaften“ oft durch Auflagen und Aufwandsbedingungen sowie durch ein von ewigem Spardruck provoziertes Konkurrenzverhalten blockiert. Die Leiterin eines Trägers meinte dazu:

„Ich denke mal, das Hauptproblem, so wie wir es heraus gearbeitet haben: dass jeder Träger Angst um seine Projekte hat und die Träger letztendlich nicht bereit sind, sich zu vernetzen, wo man ja wirklich Geld sparen kann... Ja, die Vernetzungsarbeit ist eine Sache, wo hier auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eh viele Reserven sind...“

Gerade diese Herangehensweise des Kooperierens und Teilens wird für die nächsten Jahre wohl zu einer der wichtigsten „Überlebensstrategien“ werden, wie kürzlich beispielsweise bei der Kulturkonferenz Friedrichshain-Kreuzberg „Brücken bauen“ (02.11.2002) von freien wie bezirklichen AkteurInnen öffentlich diskutiert worden ist.

Es muss überhaupt gesagt werden, dass in den meisten Einrichtungen der größte Teil der Arbeit nur noch durch ehrenamtliche MithelferInnen aufrecht erhalten werden kann, auch wenn ein gewisses Quantum durch finanzielle Zuleistungen vom Bezirk/ Senat oder durch Eigenkapital/ Eigenerwirtschaftung gesichert wird. Doch es mutet beinahe absurd an, dass dies häufig Vereine oder kleinere GmbHs betrifft, die sich um die Bedürftigsten und Ärmsten mühen. Das zeigt das Statement einer im Bereich der sozialen Versorgung Tätigen anschaulich:

„Hierher kommen in der Regel Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner mit einer niedrigen Rente, weniger Obdachlose... Es ist ja so, wir müssen die Preise so gestalten, dass sie kommen... Das ging vordem frei raus, und ich sage mal: Mit welcher Berechtigung muss denn alles verschenkt werden... – es sind uns Fördermittel gestrichen worden, und wir setzen hier Eigenmittel des Trägers ein... – z.B. unsere Miete erwirtschaften wir zu 50% selber, den Rest kriegen wir gefördert. ...Das sind sicherlich nicht solche Umsätze wie bei "ALDI", bei "Lidl" etc. , weil wir ein ganz besonderes Klientel haben – weil nur die einkaufen dürfen, die wirtschaftlich bedürftig sind...Und bei uns ist es halt so... – wir haben dann zwei geringfügig Beschäftigte, ehrenamtliche Kräfte, oder Hilfskräfte vom Bezirksamt, oder im Rahmen von "Arbeit statt Strafe"...“

Das sogenannte Integrationsproblem zentriert sich – zumal mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht – um das Erlernen der deutschen Sprache. Die Migrationsbeauftragte von Berlin kündigt diesbezüglich

öffentlich an, dass die Aufgaben der Integration in Zukunft noch schwieriger zu bewältigen sein werden – hier geht es um „Kompetenzgerangel“, weil zum Beispiel an die Zulassungen für Träger, die dann Sprach- und Landeskundeunterricht geben dürfen, hohe Auflagen gebunden sind, so dass viele vorhandene Projekte wegrationalisiert werden. Für Kreuzberg und zunehmend für Friedrichshain wird das sehr aktuell sein, da sich hier MigrantInnen bis zur dritten Generation konzentrieren, welche in diese Programme involviert werden sollen. Bereits jetzt wird von MigrantInnen und ihren VertreterInnen beklagt, dass die verordneten Sprachprogramme unzureichend seien. Dies betrifft vor allem die SpätaussiedlerInnen, deren Probleme weitläufig sind. Dazu eine Betreuerin dieser Klientel:

„Und die Aussiedler, wenn die nach Deutschland kommen, die haben ja einen deutschen Pass, das ist normalerweise kein Hinderungsgrund – aber die kriegen nur ein halbes Jahr Eingliederungshilfe über das Arbeitsamt, und dann fallen sie auch automatisch in die Sozialhilfe. Und das ist sehr schwierig, sie da raus zu bekommen. ...Beratung und Betreuung sind immer noch ungeheuer wichtig. Wir haben auch einen russischsprachigen Juristen bei uns... Also dieser Bedarf, der hat nach wie vor nicht abgenommen, sondern im Gegenteil: der wird immer stärker... Also ich denke, das Grundproblem ist nicht nur einfach, wenn die nach Deutschland kommen, zu sagen, die müssen sich integrieren und deshalb müssen sie die Sprache lernen – das reicht nun mal nicht.“

Es ist bereits angesprochen worden, wie ernst der Unterstützungsbedarf von Initiativen und Vereinen zu nehmen ist, die sich speziell mit und für MigrantInnen engagieren. Dabei geht es nicht nur um den permanenten Mangel an finanzieller Hilfe, Ausstattung und Räumlichkeiten. Auch hierzu wurde mehrfach angeprangert, dass die Koordinierung der Arbeit und der Vernetzung durch fehlende Informations- und Aufklärungsstrukturen von Ämtern und Behörden erschwert oder gar unterlaufen wird. In diesem Sinne noch zwei Problemaufrisse, wie sie von MitarbeiterInnen soziokultureller bzw. migrantischer Initiativen umschrieben wurden:

„Es gibt 2 Stellen... Also unser Projekt wurde in die soziale Grundversorgung des Bezirks mit aufgenommen, weil wir rund 60% der ausländischen Bevölkerung unseres Bezirks betreuen. Jetzt nach der Fusion mit Kreuzberg sind sehr viel mehr dazu gekommen... Aus dem Fördertopf für diese beiden Personen wird natürlich gegenwärtig auch das Haus finanziert. Wir bekommen Miete bezahlt, wir bekommen Energie bezahlt und Telefon. Alles andere ist zusätzlich, was über ABM mit finanziert wird. Das ist natürlich alles sehr hart und sehr rigide, wenn es darum geht, Honorarmittel zu bekommen oder Ausstattung. Mit 50 Euro ist man im Monat nicht gut bedient. Wenn man hier nicht viele Kontakte zu anderen Initiativen hätte, ...dann würden wir hier manchmal vor ner Katastrophe stehen.“

„Zum Beispiel die aktuelle Situation: Es gibt eine Ausschreibung für eine Stelle, die die Antidiskriminierungsstelle in Berlin leiten soll – es gibt jetzt vier Bewerbungen, es wird geheim gehalten, wer die anderen Bewerber sind, es gibt intern natürlich schon Vermutungen, wer das sein kann, und es gibt keine Möglichkeit, dass wir uns jetzt zusammentun und sagen, OK, wir wollen jetzt z.B., dass herausgerückt wird mit der Sprache – wer wird denn jetzt von uns genommen, damit zumindest ein Projekt sich auf sein Überleben einrichten kann, auch Personal binden kann... Ein anderer Grund ist der, dass Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland lange so verstanden wurde, dass das aus der Sozialarbeit entwickelt wurde. Das heißt, Stellen, die zur Beratung und zur sozialarbeiterischen Beratung von MigrantInnen kreiert wurden, die bekamen plötzlich ein Schild an die Tür, dass sie jetzt auch eine Antidiskriminierungsstelle seien – ohne Qualifizierung des Personals, einmal – dann wieder mit dem Ding, dass in diesen Institutionen überwiegend Angehörige der Mehrheitsgesellschaft vertreten sind mit den vorher beschriebenen Effekten, dass sie nicht qualifiziert sind und keine eigenen Erfahrungen haben – und sollen jemanden beraten, der sie darüber aufklären muss...“

2. Alltagskulturelle Diskriminierung und Ausgrenzung

In allen Interviews haben wir hinsichtlich unserer Analyse von Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung nach den diesbezüglichen alltäglichen Wahrnehmungen und Stimmungen gefragt.

2.1 Allgemeine Wahrnehmungen

Dabei stießen wir zunächst auf eine Vielzahl von allgemeinen Äußerungen zur Wahrnehmung der Alltagskultur. Einige Beispiele:

Ein „Neu-Friedrichshainer“ meint:

„Ich finde, das ist eigentlich ein ganz nettes Gemisch hier inzwischen. Ich weiß noch, als ich hier her gezogen bin, ist mir aufgefallen, dass nach und nach auch mehr Ausländer hier her gezogen sind, das war anfangs noch gar nicht so. Und auch die ganze Kneipenszene in der Ecke Simon-Dach-Straße, wo ich wohne, das hat sich auch erst entwickelt, das war so vorher noch nicht. Und damit hat sich ja das Bild von Friedrichshain schon auch ein bisschen verändert: Es ist auf jeden Fall jünger geworden und auch bunter geworden.“

Eine ähnliche Tendenz bezogen auf den Strukturwandel kommentiert ein anderer Gesprächspartner negativer:

„Mitte der Neunziger ist das, was im Prenzlauer Berg früher stattgefunden hat, also die - ich würde das mal so ganz pauschal als Yuppisierung inklusive der entsprechenden touristischen Attraktivität bezeichnen - auch hier eingetreten.“

Solche Aussagen bezogen sich dabei hauptsächlich auf den Simon-Dach Kiez. An anderen Ecken des Bezirks fände eine andere Tendenz statt. Bezüglich rechtsextrem begründeter Formen der Ausgrenzung werden dabei häufig Vergleiche mit anderen Stadtteilen Berlins herangezogen. Rechtsextreme Tendenzen seien

„...in Stralau in den letzten Jahren latent angewachsen, so eine Lichtenbergisierung.“

Friedrichshain wurde in den meisten Vergleichen von Personen ohne Opferperspektive als tendenziell positiv beschrieben. Bezüglich rechtsextremer Phänomene wurde beispielsweise erläutert:

„Das würde ich auch tatsächlich so sehen, dass hier im Sozialraum der Einfluss - offensichtlich zumindest - nicht so gigantisch groß sein kann. Da wieder eher das Plakative wie in Hellersdorf oder Marzahn oder Lichtenberg, da sind die meisten Jugendlichen schon irgendwie rechts und dagegen hat keiner einer Chance, jeder würde mitmachen oder er würde zusammengeschlagen werden.“

Sogar bezüglich eines alltäglichen Rassismus bekam der Bezirk positive Zuschreibung. Folgender Interviewpartner artikuliert von sich, dass es Rassismus im Bezirk gebe. Aber:

"Geringer als in Gelsenkirchen oder Marzahn, denke ich schon. Also, insofern kann man ja hier in Friedrichshain und in Kreuzberg auch an gemeinsame Traditionen anknüpfen"

Zur Alltagskultur wurde als Spezifizierung aus dem PDS-Kontext auch die Rolle älterer Antifaschisten begutachtet. Die Person meint:

"Ich sag mal, bei den Uralten (unklar) hast du natürlich eine antifaschistische Tradition, die vielleicht hier auch stärker verankert ist, als in anderen Ostbezirken, also auch wirklich in den Herzen verankert ist, was aber nicht unbedingt zu praktischem Handeln führt, nur bei einem Teil. Hier leben viele alte Widerstandskämpfer, in Friedrichshain lebt die Hälfte aller noch lebenden deutschen Spanienkämpfer, also gibt es da schon einen ganz starken geschichtlichen Antifaschismus und gefühlsmäßigen Antifaschismus, trotzdem sehen die das teilweise gar nicht, was hier teilweise schon wieder auf der Straße stattfindet, weil sie das auch nicht erkennen.“

Trotzdem zeige diese antifaschistische Tradition Wirkung auf die Alltagskultur.

Um diese positiven Zuschreibungen einordnen und bezüglich alltagskultureller Stimmungen seriös bewerten zu können, haben wir uns bewusst bemüht, unterschiedlich, das heißt hier konkret auch Minderheitsperspektiven zu berücksichtigen. Unsere These ist dabei, dass Mitglieder einer weißen Mehrheitsgesellschaft nicht dieselben Wahrnehmungen und Sensibilität gegenüber Ausgrenzungsmechanismen haben, wie jene Personen, die direkt von ihnen betroffen sind.

2.2 Minderheitenperspektive

Zunächst haben wir dabei Kreuzberger mit Migrationshintergrund gefragt, welche Erfahrungen sie in Friedrichshain gemacht haben. Stellvertretend für andere sei eine Meinung ausführlicher wiedergegeben:

„Soweit ich Zeit habe, bin ich jetzt auch in Friedrichshain unterwegs und besuche die Friedrichshainer. Sie sind sehr freundlich, sehr entgegenkommend. Sie reagieren begeistert, wenn man etwas berichtet. Sie lernen uns kennen. Ich habe den Eindruck, dass wir wenig Kontakt miteinander haben. Es sind zwei Bezirke, die mit einem Bindestrich, der Oberbaumbrücke zwar verbunden sind, aber mehr nicht. Ich habe aber jetzt viele Freunde da drüben, mit denen ich mich unterhalte, ins Cafe gehe usw. Man muss sich näher kennen lernen, aber sie sind aufgeschlossen. (...) Wenn ich Zeit habe, gehe ich gern dorthin, besuche Cafes usw. Ich habe nichts Schlechtes erlebt. Die Menschen, mit denen ich Kontakt hatte, waren sehr ehrlich, sehr freundlich, was man im Westen so nicht findet. Ich habe nicht so viel erlebt, aber vielleicht kommt es noch. (...) Sie sind neugierig. Sie fragen, seit wann ich hier bin, wie ich es gemacht habe, z.B. die Sprache zu erlernen, ob ich noch nach Hause Kontakt habe, dort noch jemand lebt, ob ich hier bleibe oder rüber gehe [zurück in die Türkei] usw.“

Eine andere Person antwortet auf die Frage, ob er jemals Schwierigkeiten mit Jugendlichen oder Erwachsenen wegen seiner türkischen Herkunft gehabt habe nur kurz und knapp:

„Nein, nein, niemals.“

Uns interessierte im Folgenden, ob Friedrichshainer Jugendliche mit Migrationshintergrund ähnliche Erfahrungen gemacht hätten. In kurzen Gesprächen sind uns dabei keine abweichenden Meinungen begegnet, wobei eindeutig einzuschränken ist, dass wir nur einen minimalen Bruchteil dieser Jugendlichen erreichen konnten und uns somit keine abschließende Position dazu erlauben können.

2.3 Jugendkontext: Schule und Sozialarbeit

Zusätzliche Indizien zur Bewertung geben einige Meinungen in Interviews mit Personen, die im Schul- oder Jugendkontext. Wir beginnen mit Aussagen zum Grundschulalter. Auf die Frage, ob es Konflikte zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund gebe, meint eine Person:

„Das hatten wir eigentlich am Anfang gedacht, es ist aber Gott sei Dank so nicht passiert. Dadurch, dass sie auch in eine Klasse zusammen gehen, sind die völlig integriert. Das ist ein völliges Phänomen, wie lieb die miteinander umgehen.“

Eine zweite Stimme führt aus:

*„Wir haben im Augenblick eine Vielzahl vietnamesischer Kinder, wir haben aus der ehemaligen Sowjetunion Kinder, aus dem Kosovo - aus dem Kriegsgebiet, Kurden, Pakistani sind jetzt da...
Frage: Und diese wiederum gehen auch ganz friedlich miteinander um?
Außer Frage!“*

Eine zusätzliche Facette wird in einem Gespräch mit einem Jugendarbeiter deutlich. Auch er erwähnt zunächst die Abwesenheit offener, rassistisch begründeter Konflikte: Zur Frage, ob er Jugendliche mit Migrationshintergrund kenne, die wegen dieses Hintergrundes schon einmal Schwierigkeiten bekommen hätten, sagt er knapp:

„Nein, kenne ich nicht.“

Im Verlauf des Gespräches führt er jedoch eine neue zentrale Facette der Alltagskultur hinzu. Richtige Probleme gebe es zwar nicht, sehr wohl jedoch würde er bemerken:

„Also, dass sie sich ein bißchen unwohl fühlen habe ich auch schon gehört(...), sondern dass wirklich zu wenig ausländische Jugendliche da sind und dass die dann wirklich auffallen und sich schon ein bisschen unwohl fühlen.“

Entsprechende Vergleiche mit Kreuzberg wurden an solchen Stellen des häufigeren angestellt. Im Straßenbild Friedrichshains würden Personen mit Migrationshintergrund nicht selten deutlich hervorstechen. So heißt es einmal:

„Ich denke, dass es einen Unterschied gibt zwischen Kreuzberg und Friedrichshain - dass es im Friedrichshain natürlich Fremdheitsgefühle gibt gegenüber Ausländern, weil es einfach keine gab und auch wenig noch im Vergleich (gibt) - gehört nicht so ins Straßenbild, nach wie vor, das denke ich schon.“

Und ich habe auch von den türkischen Familien gehört, dass sie zum Teil zurückziehen wollten nach Kreuzberg, also die hier billiger vielleicht eine Wohnung bekommen haben. Ich glaube schon, dass sich Familien hier fremd fühlen können."

Die Folge seien Blicke und Aufmerksamkeit, die für die jeweiligen Personen nicht immer angenehm seien.

Doch zurück zum Jugendbereich: Mit zunehmendem Alter würden sich die Einstellungen der Jugendlichen zum Teil negativ verwandeln:

„Wir haben schon Kinder, die ihre Sprüche ständig draufhaben, äh, die Ausländer oder ihr nehmt doch eh nur die Ausländer in Schutz, wenn irgendwelche Konflikte geklärt werden. Die Tendenzen sind schon da. Das fängt bei den Jüngeren ab 11 an."

Im Schulkontext wurde eine zeithistorische Dimension ergänzt:

„Ich nehme an der Schule wahr, ein latentes beginnendes geistiges Rücken nach rechts."

Frage: Wie äußert sich das?

Das sind viele Gespräche mit Schülern über Aussagen oder Wahrnehmungen von mir. Das drückt sich nicht im Outfit aus, das drückt sich eher in der Denkensart aus."

Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, dass in ihren Institutionen Jugendliche mit rassistischen Ressentiments verkehren, die ihre Einstellungen auch in Argumentationen oder anderen Verhaltensweisen ausdrücken und damit ein Stück weit auch die jeweilige kleinteilige Alltagskultur prägen. Vergleichen Sie dazu bitte das Kapitel „Wahrnehmungen / Nicht Wahrnehmungen“, in dem dieser Punkt detailliert ausgeführt wird. An dieser Stelle ist entscheidender, ob die Jugendliche mit rechtsextremen Orientierungen gesellschaftlich isoliert oder eingebunden sind. Um das herauszubekommen, haben wir immer wieder nach Vermutungen der Interviewpartner gefragt, woher diese Einstellungen kämen.

2.4 Erwachsenenwelt

Der Trend der Aussagen war dabei eindeutig. Einige Schlaglichter:

„Wir haben natürlich auch in Gesprächen schon Tendenzen herausgehört, wo uns klar ist, dass der Einfluss der Eltern da sehr stark eine Rolle spielt. Das geht dann so in die Richtung, die Ausländer sollen in ihrem Land bleiben, die nehmen uns die Arbeit weg usw.. Aber das sind so Äußerungen, die sich eigentlich nicht gegen die ausländischen Kinder direkt richten, sondern die Meinung kommt dann rüber in ihrem Verhalten und irgendwelchen Gesprächen."

„Aber es gibt natürlich überall rechtes Gedankengut. Es ist nicht so, dass wenn die Fassaden da sind, dass es nicht vorhanden ist. Gerade in den Bereichen, wo wenig Ausländer sind, dass da die Ressentiments viel ausgeprägter sind."

„Und in dem einen Fall war es ein Großvater, der rechts eingestellt war und viel über seine Erlebnisse in Russland geschwärmt hat, wo es eine sehr große Affinität des Enkels auch gab."

„Also, ich denke, dass sie zu 70 Prozent genau das gleiche Meinungsbild abspulen, was eigentlich auch schon in den Köpfen ihrer Eltern ist. Und wenn ich sage, da besteht irgendwie so eine Antipathie Ausländern gegenüber, könnte ich das auch noch mal konkretisieren, es geht nämlich hauptsächlich um Türken. So Kreuzberg, das muss ja weggesprengt werden, dann hat auch so halb Berlin kein Problem mit der Arbeitslosigkeit mehr. Die Türken nehmen uns ja auch noch die Arbeitsplätze weg. Die haben einfach noch nicht diese Weitsicht, zu begreifen, dass sie nicht mal so ein Kiosk oder Gemüsegeschäft geleitet bekommen würden. Dass diese Türken jetzt so lange in Deutschland sind und sich jetzt auch etabliert haben und einfach mal das Recht haben zu Deutschland oder den Deutschen zu gehören, dass man das nicht immer irgendwie trennen muss. Die Toleranz und die Weitsicht, die ist überhaupt nicht da. Aber ich finde es schon phänomenal, dass sich immer noch dieses Vorurteil gehalten hat, dass die Türken uns Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Und ich mutmaße mal, dass das von den Eltern kommt."

„Ich will das alles nicht runterspielen, aber es ist einfach mal so, dass Kinder und Jugendliche eine Orientierung suchen und teilweise werden sie auch dadurch gekriegt, weil gerade im Elternhaus zu

bestimmten Sachen gesprochen wird. Das darf man nicht unter den Tisch kehren. Viele Eltern denken doch, warum haben die Arbeit und warum haben wir keine Arbeit, das darüber einfach so bestimmte Sachen geprägt werden"

„Es ist allerdings so, das ist ganz klar, der Hintergrund. Wenn ich dann mit den Eltern spreche, merke ich, das da natürlich auch im Elternhaus, in den aller meisten Fällen im Elternhaus diese Haltung ist. Die beginnen dann immer so mit dem Satz: Also, ich hab nichts gegen Ausländer, aber.“

Diese Liste übereinstimmender Aussagen ließe sich noch deutlich verlängern. Sie besagen, dass rassistische Ideologeelemente nicht nur im Jugendkontext vorzufinden sind, sondern besonders auch in den älteren Generationen verankert zu sein scheinen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei jedoch darauf hingewiesen, dass der Umkehrschluss, nämlich dass die Eltern quasi immer rassistisch orientiert seien, wenn ihre Kinder es sind, nicht zutreffend ist. Ein plastisches Beispiel kann dieses verdeutlichen. Eine Mutter wurde darüber informiert, dass ihr Sohn rechtsextreme Symbole verbreitet habe. Sie reagierte wie folgt:

„(...) die hat mit dem Jungen Filme geguckt, wollte mit ihm nach Sachsenhausen fahren. Sie hat das gleich aufgearbeitet. Ich habe mich dann an dem Abend mit ihm hingesezt und ihm erst mal erzählt wer Hitler überhaupt ist, weil er sagte, er weiß es nicht. Dann sind die beiden auch nicht sehr schlau, die beiden Jungs sind auch nicht besonders intelligent. Aber er hat dann auch zu mir gesagt, als wir uns danach wiedergesehen haben, dass es ihm leid tut, was er gemacht hat. Er hat da irgendwas aufgeschnappt.“

Trotzdem ist bei der Suche nach den Reaktionen auf rassistische Verhaltensweisen immer wieder an den generationsübergreifenden Charakter der Problematik zu erinnern.

2.5 Spezifika des Rassismus

Bedeutend sind auch Aussagen zu einer spezifischen Ausrichtung des Rassismus:

„Es geht auch gar nicht so um dieses nationale Ding oder dass man jeden Ausländer hasst oder so. Der Berliner Fremdenhass geht ganz klar so auf türkische Bürger hier. Türken, Schwule, Zecken, das ist halt so das spezielle, das ist extremistisch, ob das jetzt so rechtsradikal ist in dem Sinne Glatze, Bomberjacke, nehme ich so nicht wahr. Und deshalb meinte ich auch, dass sie nicht so einen Gang- oder Familiencharakter haben, wo sich so eine Ideologie durchgesetzt hat, so ist das nicht. Das sind Vorurteile und Klischees, die irgendwie von den Eltern auf die Kinder übertragen worden sind.“

Im Jugendbereich vermischen sich dabei unterschiedliche Konstruktionen zu einer Handlungsanleitung:

„Bei den Jugendlichen geht es dann meistens um die türkischen Jugendlichen, die Schlägereien veranstalten, die sind immer schuld. Dann reicht es aus, wie so eine Gruppe vor mehreren Jahren, die haben dann wirklich eine Jugendeinrichtung nach der anderen aufgemischt. Die sind dann mit zehn Leuten rein, haben gewartet, dass ein blöder Spruch kam, damit waren die die Opfer und los ging das. Das waren türkisch-kurdische Jugendliche. Und das reicht dann ja aus, als Beweisstück, ausländische Jugendliche seien aggressiv und feindlich und überhaupt.“

Der Vorwand ist somit schnell gefunden, manchmal real existent und häufiger konstruiert. Das Verhalten, was darauf aufbaut, ist jedoch eindeutig rassistisch. Dabei werden soziale Phänomene ethnisiert oder anders ausgedrückt:

"Wenn sie einmal schlechte Erfahrungen gemacht haben, dann übertragen sie die auf alle"

Selten fehlte auch der Hinweis auf die schwierige soziale Situation im Stadtteil. Eine andere Person versucht, ähnliche Argumentationen präziser zu formulieren:

„(Es ist) begründet, weil natürlich auch Gründe gesucht werden, die Schuld in ihren Konkurrenten sozusagen gesucht wird. Ich denke, sie können nicht objektiv einschätzen, warum die Probleme da sind in der Gesellschaft, sondern sie suchen eine Konkurrenz und das sind in erster Linie die Ausländer, die die Arbeit wegnehmen. Und ich denke auch, dass sie das gut ihren Kindern rüberbringen. So kommen jedenfalls die Kinder hier an und äußern sich auch dementsprechend.“

Dieses gelte dabei für beide Geschlechter. Bezüglich der rechtsextrem orientierten Jugendlichen meint ein Experte:

„Prozentual gesehen sind das eher mehr männliche Jugendliche als weibliche, aber da sind auch einige Frauen dabei.“

Beziehungsweise:

„Wir haben eine Zunahme von radikaleren Mädchen. Das ist jetzt nicht an diese Schule gebunden. (...) Da haben wir richtig Schlägermädchen. Ein Schlägertrupp. Aber auch rechtes Gedankengut. Die mit in einer Gruppe sind, die stark von Mädchen dominiert sind. Die schlagen, als Zeichen, dass sie sich wehren und mir soll mal einer kommen. Die tatsächlich beim Jugendamt gemeldet sind oder wo ich weiß, dass sie in tätliche Auseinandersetzung verwickelt sind, dass sie Anzeigen haben. Wegen Körperverletzung.“

Rechtsextreme Gewalt scheint somit kein Privileg der Männer zu sein, ist aber, wie im Kapitel Übergriffe zu zeigen sein wird, kein Regelverhalten.

Üblicher ist nach den Aussagen der primär Betroffenen eine Konfrontation mit Sprüchen, abwertenden Gesten im Alltag, die nicht selten vollkommen überraschend seien. Entsprechende Verhaltensweisen seien dabei nicht nur bei der jungen Generation vorzufinden und entstammen den skizzierten Momenten der Alltagskultur. In einigen Fällen fiel dies auch Personen ohne Opferperspektive auf. Ein Beispiel:

„Wir sind dann hier durch den Friedrichshain gezogen und haben dann auf dem Rückweg gesungen, und einige haben gelächelt ‚Oh, da singen noch Jugendliche auf der Straße‘, das war ein schönes Bild, aber andere haben die Straßenseite gewechselt. Das war eine Gruppe von afrikanischen Jugendlichen, das kann ja nur was schlimmes sein. Das habe ich selber gespürt, ganz, ganz doll und das spüren diese Menschen jeden Tag.“

Mehrfach wurde in vertraulichen Gesprächen darauf hingewiesen, dass sie rassistische Verhaltensweisen auch auf öffentlichen Ämtern und in Behörden erfahren hätten. Recht lapidar meinte eine Person:

„Ja, wenn es Diskriminierung auf der Straße gibt, gibt es auch Diskriminierung auf Ämtern. Die Beamten sind nicht ohne Sympathie und ohne Antipathie - das ist ja klar.“

Andere Personen fanden die Behandlungen in diesen der Öffentlichkeit dienenden Institutionen besonders „unangenehm“ und „entwürdigend“.

2.6 Blick auf Kreuzberg

Zur Analyse der Alltagskultur gehört auch der Blick auf den zweiten Teil des Bezirks: Kreuzberg. Der Bezirksteil Kreuzberg wird in der Sichtweise von Teilen der deutschen Mehrheitsbevölkerung in Friedrichshain als „türkisch“ wahrgenommen. Schwierigkeiten im Zusammenleben werden durch existierende Vorurteilsstrukturen kulturalisiert, d.h. der Bevölkerung mit türkischem Hintergrund in Kreuzberg werden negative Verhaltensmuster qua ihrer Herkunft zugeordnet. Das größte Problem scheint zu sein, dass sich in Kreuzberg die Minderheiten mit Migrationshintergrund konzentrieren und sich bei Angehörigen dieser deutschen Mehrheitsgesellschaft dabei ein „Unwohlsein“ einstellt, das bis zu rassistischen Denkmustern reicht. Es zeigte sich, dass die Begründungen dafür nur selten aus eigenen Erfahrungen resultierten. Vielmehr sind sie Ausdruck eines alltagskulturell wirkungsmächtigen Blicks auf Kreuzberg, der von Vorurteilen und Ressentiments behaftet ist.

In unseren Gesprächen haben wir immer wieder festgestellt, dass Jugendliche in diesem Kontext Vorurteile aus dem Elternhaus übernehmen und reproduzieren. Beispielhaft dafür sei der folgende Fall.

„Wie ist denn der Blick der Jugendlichen auf Kreuzberg?“ wurde eine Mitarbeiterin einer Jugendeinrichtung gefragt:

„Leider schwierig. Wir hatten schon Gruppen, wo wir gesagt haben, jetzt gehen wir in die Schlesische 27, da ist ein Theaterprojekt, einmal konnten sie nicht mit uns, dann sind sie alleine gegangen. Und schwupp haben die Mädchen erlebt, dass ihnen ein paar kleine türkische Jungs blöd kamen. Alle Vorurteile, die die Eltern auch gehätschelt hatten, ‚du sollst nicht nach Kreuzberg, dann passiert dir was‘, sind dann auch passiert. Also, wir haben diese Gruppe damals nicht mehr nach Kreuzberg

bekommen."

Das Vorurteil äußere sich dann in der Form, „wenn ich nach Kreuzberg gehe, dann werde ich blöd angemacht“. Benannt wurde dann, woher diese Vorurteile kommen:

„Elternhaus auf jeden Fall. Eigenes Erleben ist selten, also vom Hörensagen. Ein paar Kumpels, das kenne ich auch aus den Ost-West-Gesprächen in den 9. Klassen, aus Marzahn, Lichtenberg oder Friedrichshain, sagen dann, das sagen mein Papa, meine Mama, meine Kumpels, weil eigenes Erleben gibt es kaum.“

Dieses Beispiel zeigt ein sehr schwieriges Problem auf. Einerseits existieren hier generationsübergreifende Vorurteile, was sicherlich negativ zu bewerten ist. Andererseits wurde diese Situation verschärft, indem ein Teilmoment der Vorurteile ausnahmsweise scheinbar zur sozialen Realität wurde. Sie wurden tatsächlich „angemacht“! Und damit wurde quasi in den Augen der Mädchen das Vorurteil „bewiesen“. Richtig wäre hingegen eine differenzierte Betrachtung, die zwischen einem realen (negativen) Phänomen und einer rassistischen Konstruktion, in der soziale Phänomene ethnisiert und damit verallgemeinert werden, unterscheidet. Das Verhalten dieser Jungen war widerlich; aber es sind nicht „die Jungen“ in Kreuzberg, die widerlich handeln. Darin liegt die Unterscheidung. Diesen Bogen zu spannen, ist jedoch subjektiv nicht immer leicht und trotzdem notwendig.

Im Gespräch mit einem Vertreter eines Friedrichshainer Fußballclubs wurde das Konfliktpotenzial deutlich, wenn in Kreuzberg gegen eine türkische Mannschaft gespielt wird:

„Zwischen Friedrichshain und Kreuzberg gibt es Unterschiede. Wenn wir jetzt da als Osis sage ich mal nach Kreuzberg rüberfahren. Das merkt man schon auf dem Weg zum Platz dahin, dann sehen die anderen Leute schon, die türkischen Vereine, wie wir auftreten, wie wir da ankommen. Und dann kommen manchmal solche Sprüche von unseren Leuten, da kommen meistens Sprüche von Leuten so rüber, irgendwas kommt dann immer dabei raus. Und das kriegen die schon mit, wenn das Spiel noch nicht mal angefangen hat. Dann ist schon alles so aufgeheizt, dann haut der den einen um beim Spielen.“

Mädchen einer Friedrichshainer Jugendeinrichtung gehen eher ungern nach Kreuzberg, berichtete eine Sozialarbeiterin:

„Frage: Würden deine Mädchen von hier auch problemlos in Kreuzberg unterwegs sein?“

Antwort: Ich hoffe sehr, dass sie damit kein Problem haben. Ich weiß, dass es schwierig ist die Mädchen allein zu einer Veranstaltung nach Kreuzberg zu kriegen, wenn sie nicht begleitet werden. (...) In den Gesprächsrunden, die dazu stattgefunden haben, sagen sie, dass sie dann die Schwierigkeiten mit den Ausländern haben, also mit dieser extremen Masse an Ausländern und gerade dann von türkischen Männern mit Anbaggerversuchen oder plumpen Reden wirklich Schwierigkeiten haben. Deshalb habe ich den Eindruck, dass sie sich in Friedrichshain sicherer fühlen.“

Auch bei Jugendlichen einer anderen Einrichtung - die dort von den SozialarbeiterInnen als nicht rechts-extrem orientiert eingeschätzt werden - ist der Blick auf Kreuzberg keinesfalls positiv:

„Nach Kreuzberg gehen die nicht gerne. Da hört man dann eben solche Stories, das sind eben die Türken und das hört man auch von den Jugendlichen, die wir hier nicht unbedingt als rechts einschätzen würden. Da gehen sie grundsätzlich nicht gerne hin, zu viele Türken, und dann haben sie halt manchmal so ihre Erfahrungen, der hat sie blöde angeguckt der Türke, so geht das immer los, die gucken immer alle blöd und dann gucken sie halt wieder blöd. Und dann ergibt sich daraus irgendwas. Also, die fühlen sich schon angegriffen, wenn sie angeguckt werden. Und manchmal werden sie auch blöd angeguckt, muss man gar nicht darüber streiten, aber oftmals gucken sie vielleicht auch zuerst blöd. Kreuzberg ist kein Bezirk, in dem sie so ihre Freizeit verbringen wollen.“

Frage: Beruht das auf persönlicher Erfahrung oder ist das eher so ein Bild?

„Berührungsängste.“

„Ich denke beides. Vielleicht die eigene Erfahrung, oder die von einem Kumpel oder einer Freundin. Ich denke schon, das ist mehr ein Bild. Wir haben im letzten Jahr mal mit dem Stadthaus Böcklerpark

eine Veranstaltung gemacht und da sind Jugendliche von uns mit Jugendlichen aus diesem Haus mit dem Kanu dahin gefahren und habe eine Übernachtung gemacht. Im nachhinein haben sie dann gesagt, "och, die waren ja ganz nett". Obwohl das jetzt für mich recht normale Jugendliche sind, die hatten eben auch so ein Bild, obwohl ich sie nicht für rechts halten würde."

„Da ist das Bild einfach im Kopf.“

2.7 Behörden und Verwaltung

Die Erfahrungen und Umgangsweisen in Behörden und Verwaltungen werden im Kapitel zivilgesellschaftliche Potenziale ausführlich diskutiert. Auf dieses Kapitel sei hier verwiesen.

3. Wahrnehmung / Nichtwahrnehmung Rechtsextremismus

Friedrichshain hat den Ruf, ein tendenziell „linker“ Bezirk zu sein. Diese Wahrnehmung wurde von vielen GesprächspartnerInnen größtenteils an der Hausbesetzerbewegung und dem Zuzug von StudentInnen, vor allem in die Sozialräume VI und VIII, festgemacht. Die meisten GesprächspartnerInnen haben in Friedrichshain keinen organisierten Rechtsextremismus oder eine vernetzte, rechtsextremistische Szene wahrgenommen:

„Zur Situation hier, ich kann hier, vielleicht im Gegensatz zu anderen Gebieten, keine offenkundigen rechtsextremen, offenkundigen rechten Tendenzen, in der äußeren Erscheinung und in dem, was artikuliert wird, erkennen, also es gibt nicht die Knobelbecher, wie ich sie aus Hellersdorf oder Mahrzahn kenne. Also, wo es sich in der äußeren Erscheinung dokumentiert. Es gibt sie aber gleichwohl, ich glaube am wenigsten hier unten, im südlichen Teil Friedrichshains, sondern eher weiter nördlich angesiedelt, also nördlich der Frankfurter Allee. Weil hier eine Infrastruktur da ist, die politisch agiert und sich auch als antifaschistisch versteht, die besetzten Häuser, dieser diffuse Antifaschismus, hat oft auch damit nicht viel zu tun, aber es ist das Selbstverständnis, so zu sein, und es bleibt auch kaum Raum, solche Leute würden hier auch kaum auftreten in Friedrichshain, die kriegten eins auf die Schnauze, um es mal auf gut Deutsch zu sagen, es würde nicht akzeptiert werden solche Erscheinungen.“

Zwar wurden einzelne, offen auftretende Rechtsextremisten als Erscheinungen im Straßenbild wahrgenommen, eine Zuordnung zu einer benennbaren Struktur nahmen jedoch nur sehr wenige GesprächspartnerInnen vor. Hierbei macht sich Rechtsextremismus bei vielen GesprächspartnerInnen vor allem an eindeutigen Dresscodes oder einschlägiger Musik fest.

„Ich muss sagen, ich bin als Jugendlicher dort groß geworden und in verschiedenste Szenen hereingewachsen. Die ganze linke Szene ist in Friedrichshain schon immer stark gewesen. Rechte Szenen, Anfang der 90er, gab's da sehr, sehr wenig. Ende der 90er, so 1998/99 hat sich das dann verstärkt, dass sie dann auch offen aufgetreten sind mit Stiefeln und so. Anfang der 90er hätten sie vor Friedrichshain noch ihre Stiefel ausgezogen. Da gab es dann ganz klar eine linke Szene, Friedrichshain war schon immer dafür bekannt. Durch die ganze Kultur, die Cafés hat sich das, glaube ich, auch noch mal verändert. Also, dieser Bezirk, wenn man das so sieht, ist ja auch einer von vielen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, die kein Geld für Cafés haben. Da kommen viele Touristen und Studenten und trinken da ihren Milchkaffee. Meiner Meinung nach und meiner Wahrnehmung nach gibt es da wenig Rechtsextreme. Es kann auch sein, dass ich mich halt an den richtigen Orten aufgehalten und nichts mitbekommen habe.“

3.1 Öffentlicher Raum

Gaststätten und Geschäfte

Friedrichshain besteht nicht nur aus sehr unterschiedlichen Sozialräumen mit ihrer jeweiligen Infrastruktur. Eine Analyse des Bezirks muss auch seine Bedeutung als „Verkehrsknotenpunkt“ reflektieren. Gerade im Bereich Warschauer Straße werden seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt „Rechte“ im Straßenbild wahrgenommen, was auch durch das Laufpublikum eines dort angesiedelten Modegeschäftes, welches bevorzugt Kleidermarken aus der Hooliganszene und der rechtsextrem orientierten Subkultur anbietet,

begründet sein dürfte. Seit Jahren hält sich das Gerücht, dieses Geschäft würde "unter dem Ladentisch" auch Abzeichen und Musik der rechtsextremen Szene anbieten.

Mittlerweile hat sich auf der anderen Straßenseite ein weiteres Modegeschäft angesiedelt, was neben Militaria-Produkten auch Modemarken, wie sie vor allem von der rechtsextremen Szene nachgefragt werden, anbietet.

In der Richard-Sorge-Straße wirbt ein Sport- und Waffenladen auf den Rollläden mit Kleidermarken, die von der rechtsextremen Szene häufig nachgefragt werden. Das Geschäft betreibt auch ein Gotcha-Gelände in Brandenburg.

Der Blick auf Friedrichshain als „Alternativer Kiez“ verklärt sich auch dann, wenn eine "Alternativkultur" per se mit emanzipatorischen und fortschrittlichen Ideen verbunden wird. Die schon zu Zeiten der DDR bestehende Subkultur in Friedrichshain transformierte sich teilweise sowohl in die Hausbesetzerbewegung der Nachwendezeit, als auch in die sich nun formierende rechte extremistische Szene. Die Lichtenberger Weitlingstraße bildete damals den Gegenpol zu den besetzten Häusern in Friedrichshain, allerdings wechselten einige Jugendliche damals auch zwischen diesen „Fronten“:

"Zunächst muss man wissen, dass es in Friedrichshain schon vor der Wende eine subkulturelle Szene gegeben hat. Skins, Punker und ähnliche gab es also schon vorher, sozusagen als Gegenkultur, die Auseinandersetzung oder eigene Verortung „rechts-links“ fing erst mit den Hausbesetzungen nach der Wende an."

Einige Projekte und Gaststätten beziehen sich noch heute auf einen stark entpolitisierenden Subkultur-Begriff. So veranstaltet beispielsweise die "K 17" in der Kadiner Straße regelmäßig Konzerte mit Bands, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden können, oder die ein ausgewiesenes rechtes Publikum anziehen. Auch in einer in der Nähe gelegenen Kneipe am Frankfurter Tor sind Angehörige der Rechten Szene fester Bestandteil des dort subkulturell sehr heterogenen Publikums. [VGL. IV. 4. Organisationen] Besonders Bierkneipen im Ostteil des Sozialraumes VIII, die auf ein jüngeres Publikum zugeschnitten sind, bilden unverbindliche Trefforte für Rechtsextremisten. So wurden Ende Januar 2003 an der Ecke Boxhagener Straße / Neue Bahnhofstraße mehrere Jugendliche aus dem Alternativmilieu von einer Gruppe von 20 bis 25 Rechtsextremisten aus einer dieser Gaststätten heraus angegriffen.

In der Kleinen Anfrage Nr. 15/710 befragte die Abgeordnete Marion Seelig (PDS) den Senat unter anderem über seinen Kenntnisstand bezüglich Trefforten von Rechtsextremisten in Friedrichshain-Kreuzberg. Hier antwortete der Senator für Inneres, Dr. Ehrhart Körting:

"Dem Senat von Berlin sind Trefforte von Rechtsextremisten im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bekannt; diese liegen ausschließlich im Ortsteil Friedrichshain. Es handelt sich dabei um öffentliche Lokalitäten, die auch, aber nicht ausschließlich, von Rechtsextremisten besucht werden."

Selbst das studentisch-alternative Flair der Simon-Dach-Straße ist kein Garant dafür, dass Rechtsextremisten diesen Ort meiden. Das im Eingangszitat zu diesem Kapitel beschriebene "Selbstverständnis des Kiezes" zwingt dort verkehrende Rechtsextremisten lediglich dazu, auf einen eindeutigen Dresscode zu verzichten. So trafen sich beispielsweise im April 2001 Mitglieder aus ehemaligen „Blood&Honour“-Zusammenhängen in einer dortigen Kneipe.

Im Februar 2003 wurde auf dem Flohmarkt am Boxhagener Platz an einem Stand - auf einem getrennten Tisch - ausschließlich Literatur mit NS-Bezug verkauft, so zum Beispiel „Volk ohne Raum“ von Hans Grimm, „Das eiserne Mutterkreuz“ sowie mehrere militaristische Hefte.

3.1.1 Sozialraum V

Am Platz der Vereinten Nationen ist ein Imbiss als Anlaufstelle und „Abhängplatz“ für rechtsextrem Orientierte bekannt. Einige der dort verkehrenden Jugendlichen besuchen auch einen benachbarten Jugendclub, wo sie auch teilweise integriert werden konnten, oder zumindest gelernt haben, sich mit den vom Jugendclub aufgestellten Normen und Verhaltensweisen zu arrangieren.

"Einige hingen auch ab und zu mal an dem Imbiss am ‚Platz der Vereinten Nationen‘ ab, wo auch die ‚Nationalzeitung‘ gelesen wird. Wenn wir hier geschlossen hatten, waren einige auch mal dort, aber denen können wir anscheinend so viel bieten, dass sie lieber hierher kommen. ... Die akzeptieren unsere Regeln, wenn sie hierher kommen und solange das mit dieser Szene nicht so stark überhand nimmt, dass wir jetzt sagen müssen ‚die sind gefährlich‘... die werden auch schon mal von andern

Jugendlichen ausgelacht ... die sind jetzt in einem Alter, so um die 16, da kann man noch bei denen etwas bewirken ... das ist wirklich so eine Truppe, wo Sozialarbeit noch Sinn macht. Deshalb ist es auch schade, dass die finanziellen Möglichkeiten gerade erschöpft sind, wir haben ja Kontakt zu Zeitzeugen und Bildungsstätten."

Im Barnimkiez, südlich des Volksparks Friedrichshain, war das Problem entstanden, dass sich Schüler und andere ältere Jugendliche nach Unterrichtsschluss auf dem Schulgelände und in der unmittelbaren Nachbarschaft aufhielten, um dort ihre Freizeit zu verbringen. Die Jugendlichen belagerten die anliegenden Hauseingänge, konsumierten dort Alkohol und beschmierten die Umgebung.

"Da weiß ich von mehreren Vorfällen. Zwar nicht im konkreten Verhältnis zu dieser Hütte, aber von mehreren dort. Von mehreren Vorfällen und Auseinandersetzungen, die auch rechtsradikalen Hintergrund haben. Da ist es eher ein sich Wenden gegen alles, was anders ist. Da geht es auch um deutsche Schüler, die anders sind als andere. Eher schüchtern sind oder auch nicht. Gegen Schwächere. Also ein ausgrenzendes Verhalten. Ich bin mir gar nicht so sicher, ob das immer nur rechtsradikales Gedankengut ist, es ist immer das Angegriffensein von dem Anderssein des Anderen."

Schließlich wurde in Zusammenarbeit mit einer Wohnungsbaugesellschaft eine Hütte für die Jugendlichen errichtet. Dort werden sie durch einen von der Wohnungsbaugesellschaft eingesetzten Kiezmanager betreut.

Die Jugendlichen verwalten diese Hütte zum größten Teil selbst, die Angebote des Mitarbeiters beschränken sich hierbei größtenteils auf die Planung und Durchführung sportlicher Aktivitäten.

"Na ich bin ja da, aber die wollen halt nicht, dass da ständig jemand auf der Matte steht, die wollen die Hütte ja für sich haben. Sonst können sie ja auch in einen Club gehen..."

Frage: *"Sie wollen nicht in die Clubstrukturen eingebunden werden?"*

"Genau, sie wollen nicht in diese Strukturen der Kontrolle."

Frage: *"Wie oft sind Sie da?"*

"Naja, wir machen schon auch ziemlich viel ... Sport"

Durch diese Arbeit wurde zwar ein Raum geschaffen, der die Jugendlichen von der Straße fernhält, eine Auseinandersetzung mit den politischen Ansichten der Jugendlichen wird jedoch auf diese Weise verhindert oder sogar bewusst vermieden.

"Das sind doch keine rechten Positionen, wenn jemand mit Türken nichts zu tun haben will, also ich seh' da nichts."

"Ich denke, man muss vorsichtig sein, mit dem Rechtsradikalismus. Ich kenne zum Beispiel einige Hooligans aus der Hooliganszene, die haben mit Rechtsradikalismus in diesem Sinne, mit Adolf Hitler haben die überhaupt nichts am Hut, die laufen zwar auch so rum also. Ich selbst wüsste nicht den Unterschied zwischen denen. Die leben das nur aus, damit sie sich rumprügeln können. Die prügeln sich untereinander, das gehört für sie dazu, das ist ja auch schick."

"Wir führen das einfach mal auf das äußere Erscheinungsbild zurück. Ich meine, man kann ja sagen wie es ist, wenn da einer im 60er-Jahre-Look aufkreuzt, das zieht bei den Jugendlichen heutzutage gar nicht mehr. Die haben ein ganz anderes Selbstverständnis – Markenklamotten, ordentliche Haare, darauf legen sie ja wert, frisch rasiert. Wenn da einer so zerrissen (?) kommt, das geht ja gar nicht. Nur weil einer jetzt Psychologie studiert hat, heißt das nicht, dass er einen besseren Zugang hat, weil ich hab das nicht."

3.1.2 Sozialraum VI

Die Skateboardanlage in der Schreinerstraße

Seit Sommer 2001 treffen sich an der Skateboardanlage in der Schreinerstraße verstärkt Jugendliche, die diesen Ort zum „Abhängen“ benutzen. Die Jugendlichen werden als tendenziell rechtsextrem orientierte Gruppe beschrieben. Einige der Jugendlichen benutzen einen offen rechtsextrem orientierten Dresscode oder greifen auch nur pointiert auf Kleidermarken und Insignien rechter Jugendkultur zurück, andere sind von ihrem Erscheinungsbild her gänzlich unauffällig oder kleiden sich im Hip-Hop-Style.

„Also, die Mädchen sind jetzt nicht in diesem Fascho-Style, die Jungs schon so rasiert, Bomberjacke, Stiefel, aber das sind ganz wenige dabei, die jetzt diesen Hardcore-Dress haben. Es gibt ja irgendwie den rechten Undercover-Dress, das ist so Londsdales.“

Ein Teil dieser Jugendlichen ist bisher schon am Forckenbeckplatz aufgefallen, wo sie aufgrund von rechtsextremen und rassistischen Sprüchen des betreuten Abenteuerspielplatzes verwiesen wurden. Drei der älteren Jugendlichen sind zwischen 20 und 30 Jahren alt und tragen einen offen rechtsextrem orientierten Dresscode zur Schau. Sie haben Vorbildcharakter für die jüngeren Jugendlichen.

Die Gruppe ist in der Schreinerstraße zunächst durch Pöbeleien, starke Verunreinigungen des Platzes und der anliegenden Hauseingänge aufgefallen, der rechtsextreme Hintergrund kam vor allem durch ihre Pöbeleien gegenüber dem in direkter Nachbarschaft befindlichen Wohnprojekt in einem ehemals besetzten Haus zum Ausdruck. Die Gruppe bedrohte Bewohner dieses Hauses, wobei Sprüche wie *„Wir bauen eine S-Bahn von Berlin nach Auschwitz“* fielen. Auf der Skateboardanlage und in der Nachbarschaft sind die Graffiti *„Deutsche Jungs“* und *„BOK“* (= Böhse Onkelz Klub) gesprüht. Einige der Jugendlichen wurden von dem benachbarten Schülerclub wegen rechtsextremer und rassistischer Sprüche des Hauses verwiesen.

Am so genannten „Herrentag“, am 9. Mai 2002, randalierten diese Jugendlichen auf dem nahegelegenen Spielplatz und bewarfen die herbeieilende Polizei mit Flaschen.

Mittlerweile wurde den Jugendlichen unter Mithilfe einer benachbarten Freizeiteinrichtung eine Holzhütte auf dem Platz an der Skateboardanlage errichtet.

„Das ist auch so eine Projektarbeit, die da angedacht ist, für die Jugendlichen auf dem Platz eine Hütte zu bauen, damit die irgendwie da saufen, um nicht nass zu werden und die Hausflure vollzumüllen. Was ja im Endeffekt nicht wirklich eine Lösung ist, aber so hält man sich erst mal den Groll der Nachbarn vom Hals.“

Am Ringcenter, insbesondere am so genannten Ringcenter II auf Lichtenberger Gebiet, war insbesondere kurz nach der Eröffnungsphase eine starke Präsenz von rechtsextrem orientierten Jugendlichen, aber auch von Kadern der rechtsextremistischen Szene festzustellen. Mittlerweile hat dieser Ort in der Wahrnehmung an Bedeutung verloren. Dennoch gibt es dort immer wieder Übergriffe auf vermeintliche AntifaschistInnen. So wurden im Herbst 2002 ein Mann und eine Frau angegriffen, die Flyer für eine Gruftie-Veranstaltung verteilten. Ein vermeintlicher „Antifaschist“ wurde von 3 Männern angegriffen. Unter ihnen befand sich auch ein bekannter Anti-Antifa-Aktivist.

In der Nacht vor der Silvio-Meier-Demo (23.11.02) wurden in der Samariterstraße und Schreinerstraße massiv Hakenkreuze auf Plakate für die Silvio-Meier-Demo gesprüht. In Friedrichshain tauchten auch vermehrt Aufkleber der ANB (Autonome Nationalisten Berlin) auf. Am Bahnhof Samariterstraße und in der Umgebung wurde massiv *„ANB!“* gesprüht.

Am 4.09.02 stürmten zufällig anwesende Polizeibeamte eine Wohnung in der Rigaer Straße, aus der laute, rechtsextreme Musik zu vernehmen war. Laut Aussagen von AnwohnerInnen ist das dort kein Einzelfall und auch nicht die einzige Wohnung, bei der so etwas aufgefallen ist.

3.1.3 Sozialraum VII

Der Bereich zwischen dem Ostbahnhof und dem Neubauviertel *„Wriezener Karree“* gilt unter MitarbeiterInnen von Friedrichshainer Jugendeinrichtungen als problematisch. Die Jugendlichen dort werden als *„rechte Jugendliche“* bezeichnet. 1996 ist in der Gegend ein Jugendclub entstanden, der mittlerweile eine neue Generation Jugendlicher betreut. Mehrere GesprächspartnerInnen erzählten, dass ältere Jugendliche aus dem Gebiet auch die Gaststätte *„Der Baum“* [VGL. Sozialraum VIII] besucht hätten. Diese Schilderungen bezogen sich auf eine Gruppe, die mittlerweile nicht mehr im nahegelegenen Jugendclub verkehrt. Der Dresscode dieser Gruppe ließe sich als *„Rechter Lifestyle“* beschreiben, von der Kleidung orientierte sie sich an der Hooliganszene und trug auch Insignien einer rechtsextrem orientierten Subkultur.

Über die Jugendlichen aus diesem Gebiet wurden in Gesprächen mit anderen Jugendeinrichtungen folgende Aussagen getroffen:

Frage: Sind das denn ganz normale deutsche Jugendliche in diesem Club?

"Nein, das sind ganz deutsche!"

"Bei der Demo gab es ja Auseinandersetzungen, weil der eine sich beschwert hatte, dass ein Jugendlicher von denen einen Thor-Hammer umhatte. Das sind eigentlich rechte Jugendliche, die sich auch klar so zeigen."

"Und die auch bestimmte Kontakte haben. Also gerade auch die, die in den ‚Baum‘ gegangen sind. Das sind mitunter auch ältere Jugendliche, also über 18, und die ganz klar hier diese Kneipe auch besucht haben und klar organisierte Sachen gemacht haben, dass sie schon zu Demonstrationen und so in ihren Gruppen... wie heißen diese Gruppen? Kameradschaften, nee Kameradschaften waren das nicht, aber so etwas ähnliches, die hatten auch so einen bestimmten Namen..."

"Stimmt. Und die Demo, das war gegen die Streichung im Jugendclubbereich, die waren aus dem Wriezener Karree, das war Anfang des Jahres 2002."

Frage: Und die Jugendlichen aus dem Wriezener Karree schätzt ihr als rechte Jugendliche ein?

"Ja, ich denke, die definieren sich auch selber so."

"Es gibt da eine ganz große Vermischung, also gerade wenn ich denke, die Jugendlichen damals im Wriezener Karree, inzwischen junge Erwachsene, wie gesagt, da sind einige schon, machen ein bisschen auf Skinheads, andere sind einfach kurzhaarig, da sieht man das nicht unbedingt an. Das variiert auch von der Radikalität her, aber die ganz typische Skinheadkultur spielt viel weniger eine Rolle. Auch von Musik her. Einige ja, die haben eben ihre Nazimucken gehört oder auch Skamusik. Aber von der anderen Seite ist die Technomucke auch, die sind auch richtig in Technodiskos gegangen. Und auch dort kann ich mir vorstellen, dass die rechte Szene immer mehr versucht auch Leute anzuwerben. Also, in der Technoszene. Ist hier vielleicht noch relativ neu, aber wenn ich in den Niederlanden sehe zum Beispiel, da ist das schon sehr stark..."

Die Zuordnung der Jugendlichen aus dem Gebiet zu einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur beschränkt sich allerdings nicht auf die Wahrnehmung dieser älteren Generation:

"Mir ist nur ein einziger Vorfall bekannt, wo wir gemeinsam an einer Kundgebung teilgenommen haben, mit den neuen Jugendlichen hier vom Hof. Die sind 15 bis 19. Einer davon trägt einen Thor-Hammer. Wir waren mit drei Jugendlichen dabei, weil für uns kam das ziemlich kurzfristig. Wir werden, weil wir ein freier Träger sind, immer mal gerne vergessen, weil wir auch noch kein Internet so richtig haben. Da standen wir in einer Gruppe vor dem Bühnenprogramm. Und dann muss man den Jugendlichen sehen: Der ist 16, sieht aber aus wie 12, hat sehr kurze Haare, aber keine Glatze. Trägt den Thor-Hammer, weiß aber nicht so richtig, warum, und wurde von einem – denke ich mal – Praktikanten oder Studenten – er hatte sich nicht vorgestellt – richtig böse provoziert und beleidigt, weil er trug den so draußen. Er war sich auch gar keiner Schuld bewusst, das hat man gesehen. Der nahm nur das Ding und warf es ihm so ins Gesicht. Der hat den dann gleich reingesteckt und stand dann da so und wusste gar nicht, was er machen sollte. Dann habe ich nur zu ihm gesagt, wenn man so was trägt, dann muss man auch mit so was rechnen."

Frage: Wie kommt der denn auf die Idee, sich einen Thor-Hammer umzuhängen, den es ja nicht in jedem Laden gibt?

"Wir haben da mal mit ihm diskutiert, und dann hat er von seiner Oma erzählt und seinem Opa, der im Krieg gefallen ist. Mit seiner Oma muss er darüber auch immer diskutieren, aber er findet das halt schön. Das war seine Aussage dazu. Ihn interessieren alle geschichtlichen Ereignisse sowieso, aber nicht, weil halt Hitler an der Macht war, sondern die Geschichte an sich. Und er findet halt den Thor-Hammer so toll, deshalb hat er sich das als Kette oder als Umhängsel ausgesucht. Man hört so viele Geschichten, entweder weil die Oma so absolut dagegen war, das weiß ich jetzt nicht. Es gibt ja viele Jugendliche, wo die Eltern politisch rot gesinnt sind, wo die Jugendlichen dann völlig in die andere Richtung gehen. Schon aus Prinzip oder aus Boshaftigkeit."

Hier stellt sich einerseits die Frage, in wie weit die Wahrnehmung von rechtsextremistischen Einstellungen in der so genannten älteren Generation dieser Jugendlichen auf die neue Generation übertragbar ist. Andererseits werfen die folgenden Zitate auch die Frage auf, wie Rechtsextremismus in diesem Kontext überhaupt wahrgenommen wird.

"Ich bin mir da nicht so ganz sicher... Wenn ich an das Oder-Hochwasser denke, da waren es die Jugendlichen, die geholfen haben, aber nicht auf der deutschen Seite, sondern auf der polnischen Seite – also das muss ich mal sagen: Das ist schon eine Sache, die an sich nicht dafür zeugt, dass die rechtsradikal sind. Was passiert ist – und das haben wir versucht zu unterbinden, da haben wir gegen gearbeitet – dass wir mal eine ABM- oder SAM-Kraft, jedenfalls eine geförderte Kraft, einen Ausländer da hatten, und mit dem kamen sie nicht klar, und er kam mit ihnen nicht klar, und da haben sie dann rechtsradikale Musik gespielt... Wir haben versucht, das zu unterbinden – wir arbeiten immer, nicht mit dem Dampfhammer, sondern ganz vorsichtig. Also ich sage mal, die haben das damals gemacht, um ihn zu provozieren, ganz einfach – also ich würde sagen, natürlich geht da das rechtsradikale Gedankengut auch ein, aber ich denke mal, wir sind da doch vor Ort und versuchen das auszugleichen, und ich sehe keine unmittelbare Gefahr... Sicherlich: Wenn der Club weg ist, wird es schwieriger, aber ansonsten denke ich mal, bis jetzt haben wir es geschafft, das alles richtig im Griff zu haben, aber jedenfalls da zu befrieden und in die richtige Reihe zu kriegen..."

"Wir haben ja jetzt inzwischen die dritte Generation von Jugendlichen da. An sich ist das Jugendamt sehr gut informiert über das, was da läuft. Und mir wurden also viel auch immer diese Vorwürfe gemacht mit Rechtsradikalismus, aber wie gesagt, ich habe eine andere Einstellung dazu: Ich denke mal, sicherlich, wenn sie das machen, dann machen sie das, um zu provozieren – wir haben das unterbunden – aber ich..."

"Na, ich glaube, das wird überall sein, dass in allen Jugendclubs die Rechten ihre Finger ausstrecken werden – ob sie dann Fuß fassen können oder nicht..."

Frage: Also die Versuche gab's dort mal?

Ja, ich kann's aber nicht beweisen, ja – die gehen ja dann auch nicht direkt in den Jugendclub, die fangen die ja vorher ab... Aber ich bin davon überzeugt, das es keine Rechtsradikalen sind, ich bin davon überzeugt, dass sie, wenn da was passiert ist, das immer als Provokation (gemacht haben), weil man anders sein wollte als die Stinos, als die Stinknormalen."

Frage: Ist das häufiger vorgekommen, dass sie laut Musik gemacht haben in der Richtung?

"Ja, ja, also wir haben da – aber hauptsächlich während der Zeit, wie dieser Ausländer da war, aber er schob das nun alles in diese rechte Richtung – ich bin aber davon überzeugt, dass er selber nicht mit den Jugendlichen zu Rande kam..."

Rechtsextremismus wird hier an Organisationen festgemacht, welche die Jugendlichen „von außen“ agieren, rechtsextreme Symbolik und Musik werden als Mittel zur Provokation, zur "an sich unpolitischen Jugendrebellion" verharmlost. Nach dieser Lesart bedeutet "Auseinandersetzung" mit Rechtsextremismus lediglich, diese "Provokationen zu unterbinden", was die politische Dimension des Phänomens deutlich unterschätzt.

Im oben angeführten Beispiel wurde letztlich sogar der „ausländische Mitarbeiter“ dafür verantwortlich gemacht, dass die Jugendlichen ihn mit rassistischer Musik konfrontierten. Weil der Mitarbeiter und die Jugendlichen miteinander „nicht zu Rande“ kamen, setzten sie dieses Mittel in der Auseinandersetzung ein.

3.1.4 Sozialraum VIII

Im Frühjahr 1999 entwickelte sich die Kneipe „Der Baum“ in der Libauer Straße zu einem Treffpunkt für Rechtsextremisten. Eine dort tätige Aushilfskraft verschaffte der Gaststätte das neue Klientel. Der Baum wurde von Personen aus dem Umfeld der „Kameradschaft Germania“ und der inzwischen verbotenen „Blood & Honour“-Struktur, aber auch von anderen Jugendlichen und Erwachsenen mit einer Affinität für rechte Ideologie und rechten Lifestyle besucht.

Die organisierten Rechtsextremisten versuchten hier, Kontakte zu anderen Gästen herzustellen und diese zu agitieren, gleichzeitig schauten sie sich auch in benachbarten Einrichtungen um.

"Der letzte Versuch, den ich konkret kenne, das waren ‚Blood & Honour‘, die versucht haben, etwas in einer bestehenden Kneipe zu installieren, wo viele von den Jugendlichen drin waren, die ich kenne, und die sind sowohl von außen, als auch von innen gescheitert."

"Die haben gemerkt, hier ist nichts zu holen und sind dann wieder gegangen. Die haben sich dann hier

in Friedrichshain an anderen Orten, in einer Kneipe vor allem getroffen. [...] Das ist so eine richtige Stampe, die hat dann auch zugemacht. Ja, der Baum war's."

Frage: Waren die irgendwie organisiert?

"Ja, natürlich, die waren organisiert. Da gab es verschiedene Organisationen, die dahinter standen."

Frage: Also jetzt nicht die im Baum, sondern die hierher gekommen sind...

"Das waren ja teilweise die, die im Baum waren, die hierher gekommen sind an dem Tag. Der Jugendliche, der die mitgebracht hat, der war nicht organisiert, in keiner politischen Organisation, der fand es aber ganz toll da."

Von vielen GesprächspartnerInnen wurden im Rückblick lediglich die damals dort offen auftretenden Rechtsextremisten problematisiert. So wurde eine Unterteilung in die organisierten, erkennbaren Rechtsextremisten und andere, weniger auffällige BesucherInnen vorgenommen. Diese wurden als von rechter Ideologie gefährdet, jedoch weitestgehend unpolitisch bezeichnet. Rechtsextremismus wurde somit lediglich an einem offensiven zur Schau stellen einer eindeutigen Symbolik oder der Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Organisation festgemacht.

"Ich fand viel interessanter, die Reaktion der Jugendlichen, die die eigentlich ansprechen wollten, die allerdings dann, wenn es klar war, die Kneipe solle aufgemischt werden, sofort da waren in dieser Kneipe, dann war es auf einmal ihr Feld, das war dann auf einmal ihr Gebiet, was sie verteidigen mussten. Dadurch war das komplizierter."

Wenn die Antifa anfang, dort Steine zu schmeißen, war klar, waren die Jugendlichen auch sofort da, um die Kneipe zu verteidigen. Von daher wurden sie in eine Ecke hineingepresst, wo sie so nicht hineingehörten. Von der Antifa wurden diese Jugendlichen sofort gleichgesetzt mit rechten Organisationen, und das weiß ich bestimmt, es ist nur ein einziger von denen organisiert."

"Dann sagten sie: ‚ja, wenn die ‚Sieg Heil‘ brüllen und so, oder wenn die irgendwie einen Hakenkreuz-Aufnäher haben oder so, dann fliegen die raus‘. Die haben aber das Problem auch nicht richtig begriffen, mit dem ganzen rassistischen Gedankengut, was in der restlichen Kneipe vorhanden war, haben die sich nicht auseinandergesetzt ‚Die kommen ja nur zum Bier trinken‘. Dann haben sie wohl auch, teilweise mit Polizei mal, einige Leute rausgeworfen, die sind dann nicht mehr wiedergekommen. [...] Ja, aber immer in so einem hin und her, einerseits die lieben Jungs, ‚aber die haben doch gar nichts gemacht‘, andererseits, wenn dann auch das Symbol dazukam, dann haben sie den Punkt zum Einschreiten gesehen."

Einigen GesprächspartnerInnen stellte sich hierbei jedoch nicht die Frage, warum sich beispielsweise Jugendliche aus dem Wohnumfeld des Ostbahnhofes ausgerechnet zu der Zeit im „Baum“ trafen, als dieser als Treffpunkt für Rechtsextremisten bekannt war. Allein die Schließung der Gaststätte und der fehlgeschlagene Versuch der Rechtsextremisten, andere Gäste für ihre Organisationen zu gewinnen, wurden hier als Erfolg verbucht. Hierbei wurde die fehlgeschlagene Rekrutierung der organisierten Rechten mit der Ablehnung von festen Strukturen und Organisationen begründet und nicht etwa mit einem politischen Dissens zwischen den so konstruierten Gruppen.

"Jaja, die ‚Germania‘. Die ist von den Jugendlichen nicht akzeptiert worden. Allerdings – und das war das Komplizierte – sobald die Steine flogen von außen, und damit war nach außen hin das eine einheitliche Front, standen die Jugendlichen zu denen. Sie mochten sie nicht, aber fanden das nicht gut, dass da ständig Steine reinflogen."

"Früher hätte ich gedacht, das käme noch aus DDR-Zeiten, aber ... äh, die haben keinen Bock, sich unterzuordnen, zumindest die etwas Älteren ..., ich kenne viele, die bei den Hooligans mitmachen, was ja keine Organisationsform in dem Sinne ist, aber die fahren halt ins Stadion und prügeln sich gerne und zeigen mir dann ganz stolz die Fotos von den Zeitungsausschnitten... hm, aber die würden nicht in eine Organisation gehen."

"Wir haben hier in Friedrichshain zum Glück eine relativ schlecht organisierte rechte Szene, und die Jugendlichen, die ich kenne, die eigentlich so ein Potential für diese rechte Szene wären, die haben eine unheimliche Antipathie gegen Organisation, und dadurch können die hier keinen Fuß fassen."

Traveplatz

Auch der Traveplatz wurde als Treffpunkt rechtsextrem orientierter Jugendlicher und älterer, vermutlich organisierter Rechtsextremisten genannt.

„Das sind, die sagen das auch, die treffen sich dort um abzusprechen, wie sie sich ‚wehren‘ können gegen die Türken. Gegen die Fremden. Es ist allerdings so, das ist ganz klar der Hintergrund.“

„Man könnte fast sagen, die Kader rekrutieren sich eher aus Schülern der Realschulen oder älteren Männern, die arbeitslos sind und auf dem Traveplatz sitzen. Und die Ausführenden, die angeleitet werden und die zum Schläger dann werden, das sind dann die Schüler der Hauptschule. Da gibt es richtig so ein Gefälle. Die Hintermänner kriegt man kaum zu fassen. Mir haben Schüler gesagt ‚aber kommen sie ja nicht auf den Traveplatz‘. Oder: ‚Sie können auf den Traveplatz kommen, aber sie dürfen nicht zeigen, dass wir uns kennen.‘ Sie haben Angst.“

Frage: Das haben Schüler gesagt, die in den rechten Kreisen verkehren?

„Richtig. Sie haben sich definiert, so halb drin. Wobei ich nicht sicher bin, ob das nur so halb drin ist, oder ob sie nicht doch mit drin stecken. Und das auch ein Stück weit schick finden oder ein Stück weit Bestätigungsfeld, was sie sonst nicht haben. Also, etwas Ansehen. Das würde ich schon so sehen.“

Folgende Aussagen wurden in einem Gespräch getroffen, was sowohl den Traveplatz, als auch den Rudolfplatz in Stralau zum Gegenstand hatte:

„Wenn ich dann mit den Eltern spreche, merke ich, dass da natürlich auch im Elternhaus, in den aller, allermeisten Fällen im Elternhaus diese Haltung ist. Die beginnen dann immer so mit dem Satz: Also, ich hab nichts gegen Ausländer, aber... .“

Frage: Gibt es Erfahrungen, die sie durchgehend über alle Schultypen bezeichnen würden?

„Nein, aber das hat logischerweise, nein komischerweise mit Schulbildung zu tun. Das ist vorwiegend bei Hauptschulen und Gesamtschulen. Und an Realschulen. Wobei bei den Realschulen ist es dann häufig so intellektuell verbrämter. Die versuchen dann, das auch zu begründen. Bei den Hauptschülern und bei den Eltern dann auch, mehr so aus dem Bauch heraus. Während in der Realschule dann zum Teil auch Schüler sind, da ist meines Erachtens die Realschule unten da, die Lasker-Realschule ganz schön gefährdet. Die ist ja auch in diesem Einzugsbereich, da Rudolf. Die ist da wirklich gefährdet. Und sie ist auf dem Weg eine sehr große Schule, ist ja auch die größte Schule. Also, sie hat eigentlich alle negativen Bedingungen und Voraussetzungen, die dazu führen. Die ist gefährdet. Und da sind einige, die sehr raffiniert auch damit umgehen. Die auch, und das ist auch wieder, wie gut die das drauf haben dann, Jugendliche, die nicht so durchblicken, benutzen zu können.“

Über das Gebiet um den Rudolfplatz und Stralau wurden in den Gesprächen sehr widersprüchliche Aussagen getroffen.

Am Rudolfplatz selber sind Sprühereien der "Gruppe 9", einer Gruppe rechter Hooligans aus Treptow, zu sehen. Etwa Anfang August 2002 kam es dort zu einer Massenschlägerei zwischen Rechten und Linken.

Ein Gesprächspartner aus dem Jugendkontext nimmt dort seit etwa zwei Jahren verstärkt Rechtsextremisten in der Gegend wahr.

„Ja, also ich habe das Gefühl seit zwei Jahren, dass man das zunehmend mehr sieht. Und bei unserer jetzigen Gruppe auch mehr drin hat, wobei es sind auch Realschüler drin. Ich denke, die Realschule hat sowieso ein Problem bei dem Thema, wobei es mit dem Schulleiter leider nicht zu besprechen ist.“

Diese Jugendlichen treffen sich manchmal auch in einer Gaststätte am Rudolfplatz.

„Wenn wir nicht offen hatten, haben die auch da gesessen. Flogen immer raus, wenn sie zuviel Bier saßen und Stress machten, aber hatten anscheinend gute Ansprechpartner, und wir haben dann nicht erkennen können aus unserer weiteren Sicht, dass im Moment da was mit der rechten Schiene läuft. Da können wir uns auch irren. Die Gruppe selber ist latent ausländerfeindlich, sie ist aber ansprechbar zumindest, zum großen Teil.“

Einer anderen Gesprächspartnerin waren solche Erscheinungen gänzlich unbekannt:

„Ist mir eigentlich nicht bekannt, dass dort eine Ansammlung von Jugendlichen ist. Schon die ganzen Jahre, wo wir hier arbeiten, ist das schon immer Treffpunkt gewesen, das ist klar. Und dass es auch mal ein Drogenumschlagplatz war, das kenne ich auch, aber Rechte – davon habe ich nichts gehört.“

Die Wahrnehmung der Gesprächspartnerin fußte auf einem Habitus orientiertem Bild von „Rechtsextremismus“. Auf die Frage, wann für sie denn Rechtsextremismus anfangen, antwortete sie:

„Mit der Kleidung und den Sprüchen. Also, so würde ich es erst mal festmachen. Springerstiefel, kahlgeschorener Kopf, Bomberjacke. [...] Also, daran würde ich es festmachen. Und halt an diesen Sprüchen oder an der Musik, die sie hören.“

Auch andere GesprächspartnerInnen problematisierten den Rudolfplatz, ohne ihn mit Rechtsextremismus in Verbindung zu bringen:

„Also, mit den Rechten ist mir nichts bekannt. Es gab Konflikte auf dem Rudolfplatz, das ist hier auch im Bürgerzentrum mit vielen, vielen Beteiligten thematisiert worden. Das ist so ein Abhängen gewesen von Jugendlichen, und die Jugendlichen haben dort andere Nutzer verdrängt. Da gab es Konflikte, aber ich weiß nicht, wie weit das rechts tendiert war.“

Ein Gesprächspartner aus dem schulischen Bereich konnte unter der Schülerschaft zwar keinen offen erkennbaren Rechtsextremismus festmachen, allerdings gäbe es deutliche Anzeichen, die auf ein bestimmtes Milieu im Umfeld einiger SchülerInnen hinwiesen:

„Mir ist nicht bekannt, dass wir ausgewiesene Union-Fans hier haben, die ich einer solchen Szene zuordnen würde. Wir haben EHC-Fans, Eisbären. Das sind Leute, von denen ich denke, dass sie ihre einschlägige Gesinnung haben, aber sozusagen sozial in ihrem Umfeld so erzogen werden, dass sie Autoritäten absolut gehorchen.“

Auf Klassenfahrten, wo die SchülerInnen weniger den Regeln des Schulalltages unterworfen sind, sei es allerdings schon teilweise zu einem „Outing“ gekommen, „dass dann ein Lehrer sich wundert, wo auf einmal dieses Gedankenpotential herkommt und auf einmal erst klar wird, dass da dieser Hintergrund existiert.“

3.2 Kontextgebundenheit von Wahrnehmung / Nichtwahrnehmung

Befragt auf ihre Wahrnehmungen von Rechtsextremismus in Friedrichshain, hoben viele GesprächspartnerInnen zunächst auf einen spezifischen Dresscode ab, wobei diese Zuschreibungen im Weiteren häufig als Insignien einer „Jugendsubkultur“ gedeutet wurden. Des Weiteren wurde Rechtsextremismus häufig an Organisationen festgemacht, wodurch leicht das Bild entsteht, Jugendliche, die nicht in rechtsextremistischen Gruppen organisiert sind, seien lediglich „anfällig“ oder „ansprechbar“ für rechtsextremistisches Gedankengut, persönlich jedoch nicht „involviert“.

3.2.1 Wahrnehmung / Nichtwahrnehmung über Dresscode

Rechtsextremismus wurde von den meisten GesprächspartnerInnen an einem spezifischen Dresscode festgemacht, wobei diese Wahrnehmung in den meisten Fällen wiederum auf ein eher „klassisches“ Bild von Rechtsextremisten abzielte.

„Ich kann hier, vielleicht im Gegensatz zu anderen Gebieten, keine offenkundigen rechtsextremen, offenkundigen rechten Tendenzen, in der äußeren Erscheinung und in dem was artikuliert wird, erkennen, also es gibt nicht die Knobelbecher wie ich sie aus Hellersdorf oder Mahrzahn kenne.“

„Die haben teilweise rechte Musik dabei, von der Kleidung her eher wenig, ich kenne nur einen, der Skinhead ist und der eher wie ein Hampelmann aussieht, weil er sehr schwächig ist, (lacht) nicht, wie man sich eigentlich so einen Skinhead vorstellt... Ansonsten laufen die eigentlich relativ normal herum.“

"Das ist ja nicht das erste Mal, dass das passiert, zumindest seit ich Projektleiter bin. Aufgefallen sind die Teilnehmer hier eben auch mit ihren Bomberjacken und T-Shirt-Geschichten. Was wir hier haben, sind nicht die sofort ins Auge springenden Hakenkreuze, die gibt es nicht, es gibt keine SS-Runen, außer jetzt in dem erwähnten letzten Fall, wo uns das beim Durchsehen des Diktats aufgefallen ist. Ansonsten gibt es die üblichen Jugendsymbole, sage ich mal, es geht bei den Springerstiefeln los bis hin zu den entsprechenden Schnürsenkeln, wo wir letzts stark in die Bedrängnis geraten sind, weil ein Punk, der ansonsten einen äußerst linken Eindruck machte, mit den weißen Schnürsenkeln aufgetaucht ist. Bis wir hier dann festgestellt hatten, er hat es einfach nicht gewusst. Aber das sind natürlich Sachen, wo man sofort aufmerksam wird. Oder eine sehr verbreitete Geschichte, da gibt es ja durchaus einen gesellschaftlichen Streit darüber, das Lonsdale-T-Shirt. Das ist zumindest hier sichtbar, wenn jemand so etwas trägt, dass damit normalerweise eine bestimmte Meinung vertreten wird. Da wissen wir auch, Achtung, darauf achten, ansprechen teilweise."

Auf einen rechtsextremen Dresscode, der nur pointiert auf einzelne Versatzstücke dieser Subkultur zurückgreift, wurde nur in Einzelfällen von den GesprächspartnerInnen verwiesen:

"Na, eine Äußerung im Geschichtsunterricht, bei Filmen, an Wandertagen. Auch mal an Äußerlichkeiten, kurzgeschorene Haare, bestimmte Kleidungselemente, die eine Rolle spielen. Es kommen ja meistens mehrere Faktoren zusammen. Es sind Dinge, die auftauchen, 88, Lonsdale. Solche Dinge, die so vereinzelt auftreten, aber für uns so ein Aha-Moment sind. Nicht jeder, der einen solchen Pullover trägt, verbirgt eine rechte Ansicht. Man muss schauen. Es gibt auch Momente, in denen es sehr offene Äußerungen in diese Richtung gibt. Wo es für den Schüler scheinbar ungefährlich erscheint..."

"Jein. Also so richtig eindeutig, dass man sagen kann, der hat jetzt Lonsdale an oder da sind diese kleinen Abzeichen dran und in Springerstiefeln und mit Glatze. Der eine hat die Glatze, der andere hat das Sweatshirt, der dritte hat vielleicht irgendwo was und ansonsten hat er diese Skaterhosen an. Also das passt dann schon mal vom Outfit her überhaupt nicht zusammen, weil die Skater ja links sind, was auch immer das heißt. Also, so eine richtige eindeutige Ausrichtung ist nicht feststellbar. Gott sei Dank. Ich denke, wenn das erst richtig offen zur Schau getragen wird, dann hat das auch andere Ursachen. Dann hat man sich damit richtig intensiv auseinandergesetzt und möchte das demonstrieren nach außen. Gut, das ist hier vielleicht in Einzelfällen der Fall, wenn ich dann mit so nem Sweatshirt rumlaufe und die Jacke nur halboffen habe, dass man das dann sieht, dass dann nur 3 oder 4 Buchstaben über bleiben. Das ist aber schon sehr viel dann. Also, richtig so, dass ich sage, das ist wirklich schon ein rechter organisierter oder rechts gerichteter Jugendlicher, haben wir Gott sei dank nicht."

"Also, die Mädchen sind jetzt nicht in diesem Fascho-Style, die Jungs schon so rasiert, Bomberjacke, Stiefel, aber das sind ganz wenige dabei, die jetzt diesen Hardcore-Dress haben. Es gibt ja irgendwie den rechten Undercover-Dress, das ist so Lonsdale."

Der Blick auf eine subtile rechtsextrem orientierte Symbolik wird auch dann verklärt, wenn eine entsprechende Kleidung lediglich als Mittel der Abgrenzung verschiedener "Jugendsubkulturen" angesehen wird:

"In den 80er Jahren haben alle Mädchen gedacht, sie wären Cindy Lauper, und jetzt sind es die No Angels, und bei den Jungs sind es, was weiß ich, da sind Hooligans eben gerade die Knallharten, oder Faschos. Ich kann mich in deren Haut auch nicht so wirklich einfühlen, ich versuch da immer zu einzelnen Kontakt aufzunehmen. Aber manchmal muss ich sagen, verstehe ich deren Frust oder deren Meinung und Reaktion, wie die so zustande kommt. Die ist nicht unlogisch oder so. Das ist halt, dass die mit dieser Gewaltbereitschaft das reflektieren, was ihnen an Gewalt entgegenschlägt. Es ist ganz klar, dass von linker Seite die Jugendlichen von vorneherein ein ganz großes Maß an Ablehnung erfahren. Und die Bereitschaft dem kleinen 13-Jährigen eine auf die Fresse zu hauen, die ist schon mal echt da. Kann ich auch verstehen, die sind auch furchtbar, wirklich. Sie sind wirklich so, dass man es gerne machen möchte, aber nur so kommen beide Parteien nicht weiter. Ich meine, es hätte genauso gut anders laufen können, aber für die sind eben diese Gruppen so etwas wie eine Orientierungsgeschichte. In fünf Jahren wird das wahrscheinlich schon ganz anders sein für die [...] Man bemüht sich auf der einen wie auf der anderen Seite. Es ist schon eine Kostümierung, denke ich manchmal. Also, die Linken haben ja auch ihre äußeren Merkmale, durch die sie signalisieren, welcher Ideologie sie angehören möchten. Das ist halt bei denen da auch so. Es sind halt überwiegend Jungs."

"Also hier jetzt eigentlich gar nicht so, jedenfalls nicht in der Jugendeinrichtung und eben die gegenüberliegende Seite, z.B Rigaer Straße, das hat sich bestimmt auch schon ein bisschen aufgelockert

mit den besetzten Häusern, also dass sich das einfach so polarisiert logischerweise, also ich glaube, das ist ein ziemlich starker Kontrast ... vielleicht hat das auch nur so gewirkt, Rigaer Straße mit den bunten Haaren und auf der anderen Seite dann mit Bomberjacke und so, um sich zu unterscheiden."

3.2.2 Rechtsextremismus als Jugendproblem?

Rechtsextremismus wurde von den meisten GesprächspartnerInnen als „Jugendproblem“ eingeordnet. Diese Wahrnehmung ist auch dem Umstand geschuldet, dass ein großer Teil der GesprächspartnerInnen aus den Bereichen Schule und Jugend kommt. Andererseits führt auch die Ausweitung des Jugendbegriffs auf die 22- bis 27-Jährigen zu dieser Wahrnehmungsverschiebung.

Auf diese Weise wird das Problem eines rechtsextremistischen Potenzials in der Gesellschaft allerdings strukturell verharmlost.

Anhand der Beschreibungen dieser jungen Erwachsenen durch einige GesprächspartnerInnen lässt sich deren Wahrnehmung von „Rechtsextremismus als Jugendproblem“ folgendermaßen skizzieren:

Junge Erwachsene werden dann als Jugendliche beschrieben, wenn sie relativ bindingslos sind und sich noch im Ausbildungsverhältnis befinden oder arbeitslos sind und ihren Alltag in Cliques verbringen. Hier findet oft eine Wahrnehmung über Dresscodes, Einstellung und Freizeitverhalten statt.

Ziehen sich diese jungen Erwachsenen dann aus der Clique zurück, weil sie beispielsweise eine Familie gründen oder einer festen Arbeit nachgehen, fallen sie meist aus der Wahrnehmung der GesprächspartnerInnen heraus. Sie gelten von da an nicht mehr als „Jugendliche“, sondern als „Erwachsene“. Ob und wie weit sich eine strukturelle Anpassung an die veränderten Lebensumstände auch auf ihre politischen Einstellungen ausgewirkt hat, bleibt oft unhinterfragt.

"Klar, wie gesagt, bis 27, das nimmt zwar im Jugendamt keiner wahr, aber es ist definitiv so. Der größte Bruch ist mit 23, wenn sie es bis dahin nicht geschafft haben, ist es relativ schwierig. Die Pubertätsphase geht bis 23, sie fängt heute früher an und hört dafür später auf. Das hat sich alles ein bisschen gewandelt, aber das Jugendamt ist immer noch auf dem selben Stand, wie vor 30 Jahren."

"Also, das war, sag ich mal, vor vier Jahren so. Das ist heute nicht mehr so. Die Gruppe, die wir hier drinnen haben, nimmt Abstand von Gewalt, die ist überhaupt nicht da bereit sich zu prügeln, die gehen lieber weg. Und die, die wir damals drinnen hatten, die waren damals sehr bereit Gewalt auszuüben, sind aber jetzt älter geworden und der Jugendliche, der mit mir vor Ort war, war gerade beim Bund und hat gesagt, er kann sich das gerade auch gar nicht erlauben. Er stand da mit dem Arm, drei, vier Jugendliche um ihn, und wenn

er zugehauen hätte, dann wäre es vielleicht anders ausgegangen. Aber er hat sich zurückgenommen, und da sage ich immer, die haben schon gelernt. Die sind ja alle durch unsere Hände gegangen. Die haben auch einige Sachen mitgemacht, wo sie sich vielleicht nicht so positiv verhalten haben, wo dann Gerichtsverhandlungen kamen, wo wir ihnen aber zur Seite standen."

Rechtsextremismus wird in seiner Wahrnehmung zumeist mit Gewalt in eins gesetzt. In diesem Segment spielen Jugendliche tatsächlich eine gewichtige Rolle. Im Verhältnis zur Gesamtzahl rechtsextremer Straf- und Gewalttaten nehmen Propagandadelikte allerdings die eindeutig übergeordnete Rolle ein und werden nicht unbedingt in erster Linie von Jugendlichen begangen. Dem folgend wird Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit nur dann als (Jugend-)Problem erkannt, wenn er gewalttätig in Erscheinung tritt. Rechtsextreme Denkformen generell werden damit aber nicht weiter thematisiert.

3.2.3 Unterschiede in der Wahrnehmung verdeutlicht am Beispiel „Der Baum“

Die Folgen dieser unterschiedlichen Wahrnehmungen können sehr gut an den unterschiedlichen Einschätzungen über die damalige Situation in der Gaststätte „Der Baum“ aufgezeigt werden.

Einige GesprächspartnerInnen beschreiben den „Baum“ als eine Bierkneipe, in der sich ab Sommer 1999 regelmäßig Rechtsextremisten getroffen hätten. Die Kneipe sei durch die in der „Kameradschaft Germania“ organisierte Aushilfskraft zum Treffpunkt für Rechtsextremisten geworden. Die Gaststätte habe nun weiter Jugendliche, die nicht in einschlägigen rechtsextremistischen Gruppierungen organisiert waren, angezogen.

Während ein Gesprächspartner kritisierte, dass in der Diskussion auf Bezirksebene lediglich die dortige Präsenz organisierter Rechtsextremisten und eine eindeutige rechtsextremistische Symbolik kritisch diskutiert wurden, versuchte ein anderer Gesprächspartner die Trennung zwischen „organisierten Rechtsextremisten“ und „gefährdeten Jugendlichen“ dermaßen aufrecht zu erhalten, dass hier sogar die in der rechtsextremistischen Szene organisierte Aushilfskraft als „Jugendlicher“ abgetan wurde:

„Der Kneipenbesitzer hatte einen Geschäftsführer, das war ein Jugendlicher im Grunde genommen, der hat wohl viel Bockmist gebaut und es gab hohe Schulden.“

Zudem hätten sich die „Jugendlichen“ nur durch die Proteste der „Antifa“ auf die Seite der „Rechten“ gestellt [Vgl.: Öffentlicher Raum, Sozialraum VIII].

Für einen Vertreter der Polizei stellte sich die Auseinandersetzung als ein von „Links“ inszenierter Streit zwischen „Jugendsubkulturen“ dar:

Dort seien ein paar junge Leute im Alter von 17 bis 23 Jahren gewesen, die da bloß Bier getrunken hätten und die seiner Auffassung nach nicht rechts seien, von denen allenfalls drei bis vier *„modisch rechts gekleidet gewesen“* seien, und dann hätten die „Linken“ die Kneipe angegriffen. Diese Angriffe hätten erst die Freunde der polizeilich als rechtsextrem bekannten Aushilfe ins Spiel gebracht.

3.2.4 Umgang mit Rechtsextremismus an Schulen und in Jugendeinrichtungen

Abgesehen von den oben erläuterten Problemen in der Wahrnehmung / Nichtwahrnehmung von Rechtsextremismus, muss bei Aussagen, die in Gesprächen von MitarbeiterInnen von Schulen und Jugendeinrichtungen geführt wurden, immer auch die prekäre Haushaltslage des Landes Berlin mitgedacht werden. Im Hinblick auf weitere drohende Sparmaßnahmen dürfte es vielen GesprächspartnerInnen wichtig gewesen sein, darzustellen, dass sie die Situation in Bezug auf Rechtsextremismus in ihrer Einrichtung weitestgehend „im Griff“ haben.

Erkannter Rechtsextremismus unter den Jugendlichen wurde in mehreren Fällen als *„Provokation“* interpretiert, als Ursache hierfür wird oftmals die allgemeine soziale Situation der Jugendlichen genannt:

„Jugendlicher Übermut, halt Provokation. Also, die sind jetzt mit Ausnahmen von einem oder zweien nicht in Organisationen, oder dass sich bei denen jetzt ein gefestigtes Weltbild dahinter verbirgt ... und die repräsentieren nun mal rechte Jugendkultur, wie sie nun mal ist zur Zeit.“

„Ja, ich kann's aber nicht beweisen, ja – die gehen ja dann auch nicht direkt in den Jugendclub, die fangen die ja vorher ab... Aber ich bin davon überzeugt, dass es keine Rechtsradikalen sind, ich bin davon überzeugt, dass sie, wenn da was passiert ist, das immer als Provokation (gemacht haben), weil man anders sein wollte als die Stinos, als die Stinknormalen.“

„Die wollen eigentlich eher die Bürger erschrecken, aber sie können die Bürger nicht erschrecken, weil sich die Bürger selbst schon erschrecken. Da gibt es nichts mehr. Außer, und das ist eigentlich das einzige, womit man Bürger erschrecken kann, das sind faschistoide Ansichten. Das ist eigentlich das einzige was bleibt. Aus dieser Sicht ist es für mich nicht so verwunderlich, wenn es viele Jugendliche gibt, die sagen, damit kann ich endlich mal ein Zeichen setzen. Das ich auch noch da bin. Aber für die, die das eben nicht wollen, für die bleibt nichts.“

„Dieser bewusste junge Mann tritt hier sehr offen als rechtsradikaler Jugendlicher auf, sagt auch, dass er ein Nazi ist, zeigt das durch sein Outfit. Ist natürlich nicht viel dahinter. Ich hab ihn selbst auch im Unterricht, Sozialkunde in der Klasse, und wir hatten im letzten Halbjahr das Thema Nationalsozialismus, und ich muss dazu sagen, jeder Schüler hat alle ‚deutschen Tugenden‘ wie Nicht-Ordnung, wie Nicht-Disziplin, wie Nicht-Pünktlichkeit eingehalten und der gleichen mehr.“

„Das wir das hier nicht wollen. Das sind Zeichen. Ich hab auch lange im Unterricht darüber geredet. Weil man sagt immer, was ist verboten? Ich hab gesagt, das ist egal. Weil es gibt Zeichen, die andere Menschen provozieren, je nach dem. Und das wollen wir hier nicht. [...] Er hat auch, von seinem Opa, das uralte Kreuz, ich kenn mich da nicht so aus, ist ja egal, wenn er eins hat, und... `Das ist ein Andenken´...weißte was, sag ich, wenn du es in dein Hemd steckst und es sieht keiner, dann kannst du dein Andenken auf deiner Brust tragen so wie du willst. Wir haben dann lange darüber geredet, warum bestimmte Symbole, dass die provozieren und dass wir das nicht wollen. Andere Menschen hier provozieren oder überhaupt. Gut, dann hat er das mehr oder weniger immer in sein Hemd gesteckt.“

Zusammenführung

Die beschriebenen Ausführungen und die wiedergegebenen Zitate sollen ein Spiegelbild der genannten Meinungen darstellen. Jedes soziale Phänomen kann von unterschiedlicher Seite konträr betrachtet und bewertet werden. Dabei ist auf die am Beispiel „Baum“ skizzierte Gefahr der Entpolitisierung politischer Phänomene wie dem Rechtsextremismus hinzuweisen.

Bezüglich der von uns genannten Orte und Treffpunkte können wir keine abschließenden Bewertungen vornehmen. Einerseits verändern sich soziale Prozesse sehr schnell. Andererseits konnten nicht überall die vorliegenden Daten zu endgültigen Aussagen verdichtet werden, so dass wir einen offenen Austausch über diese Orte mit den Interessierten anregen wollen. [Vgl. Gegenstrategien]

4. Organisationen / Umfeld / Aktivitäten

4.1 Kameradschaften

Kameradschaft Tor

Die rechtsextreme „Kameradschaft Tor Berlin“ gründete sich im Juli 2000, wobei sich Tor nach Angaben der Kameradschaft auf den Ort ihrer Gründung in Friedrichshain bezieht.

Auf ihrer Homepage bezeichnet sie sich als Zusammenschluss *„junger und politisch interessierter Menschen“*, die sich zur Aufgabe gemacht haben, *„politische und soziale Probleme in unserer Umgebung aufzugreifen und der erforderlichen Brisanz öffentlich zu machen“*. Angestrebt werde eine Zusammenarbeit mit anderen Berliner Kameradschaften sowie Organisationen aus dem In- und Ausland.

Zeitweilig war die Kameradschaft Tor Mitglied im „Kameradschaftsbund Germania“ und „Kameradschaftsbund Berlin“. Augenblicklich unterhält sie Kontakte zu einem Kameradschaftsführer, der Betreiber der Internetseiten des „Nationalen Widerstand Berlin / Brandenburg“ ist, und zu den „Jungen Nationaldemokraten“ Nord-Ost.

Die eigene Internetpräsenz – momentan ist sie nicht zugänglich – wird zur Berichterstattung über politische Aktivitäten, zu propagandistischen Zwecken sowie zur Verbreitung ihrer Erkenntnisse bei der Anti-Antifa-Tätigkeit genutzt. Letzteres dient dazu, gegen vermeintlich linke AktivistInnen Drohungen auszusprechen; GegnerInnen des Rechtsextremismus sollen damit eingeschüchtert und von ihrem Engagement abgehalten werden. Gezielt versuchen Mitglieder der Kameradschaft beispielsweise bei rechtsextremen Aufmärschen GegendemonstrantInnen zu fotografieren und Daten über diese steckbriefähnlich zu sammeln, um sie der Szene für eine „Weiterverwendung“ zur Verfügung zu stellen. Erleichtert wird diese Aktivität offenbar dadurch, dass das Aussehen der Mitglieder eher unverfänglich ist und nicht dem Klischee des „Stiefel-Nazis“ entspricht. Bekleidet mit einem T-Shirt *„Faschisten bekämpfen“* tummelte sich der Anführer der Kameradschaft mit Fotokamera bei einem rechtsextremen Aufmarsch in Leipzig unter den GegendemonstrantInnen. Die Losung ist dabei weniger Tarnung, sondern sehr wohl ernst gemeint: die Kameradschaft Tor versteht sich als nationalsozialistisch, aber nicht als faschistisch.

Im Jahr 2001 nahm die Kameradschaft Tor an verschiedenen Aufmärschen teil, so auch am 1. Mai in Berlin-Hohenschönhausen mit einem eigenen Transparent. Laut antifaschistischer Recherche wurde im gleichen Jahr im Land Brandenburg ein wehrsportähnliches Camp durchgeführt und Waffen zur Schau gestellt.

Vergangenes Jahr beteiligten sie sich an einschlägigen bundesweiten Aufmärschen in Leipzig und Demonstrationen mit regionalem Charakter in Magdeburg, Dresden und Neubrandenburg. In Berlin nahm die Kameradschaft Tor 2002 an der 1. Mai Demonstration der NPD teil und organisierte ein Fußballturnier örtlicher Kameradschaften.

In der Nacht vor der traditionellen Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 18. Januar 2002 nahm die Polizei drei Rechtsextremisten fest, die entlang der Demo-Route Hakenkreuze, eine „Wolfsangel“ und Parolen gegen die DKP und das PDS-Mitglied Sahra Wagenknecht auf Wände geschmiert hatten. Unter den Festgenommenen, die wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole angezeigt wurden, befand sich auch der Anführer der Kameradschaft Tor. In der Antwort auf eine kleine Anfrage vom 19. September 2002 (Nr. 15/710) im Berliner Abgeordnetenhaus zu „Rechtsextremismus in Friedrichshain-Kreuzberg“ heißt es darüber hinaus:

„Von Personen, die dieser Kameradschaft zuzuordnen sind, wurden seit ihrer Bildung mehrfach Straftaten begangen.“

Im Rahmen des alljährlichen „Horst-Wessel-Gedenkens“ legte die Kameradschaft am 23. Februar 2002 auf dem Friedhof Mollstraße / Prenzlauer Allee im Bezirk Prenzlauer Berg an dem Grab einen Kranz ab, wo Wessels sterbliche Überreste vermutet werden. Wessel, ehemaliger Führer des SA-Sturms 5 in Berlin-Friedrichshain, wurde im Februar 1930 erschossen und daraufhin durch die NSDAP zum Märtyrer der „Bewegung“ stilisiert. Für die gesamte rechtsextreme Szene bleibt Wessel bis heute eine Ikone, weshalb Berliner Kameradschaften immer wieder Versuche unternehmen, an diesem Ort Gedenkaktionen durchzuführen. 2001 marschierten etwa 30 Mitglieder der Kameradschaftsszene im Gedenken an Horst Wessel Unter den Linden, organisiert von den Kameradschaften Tor und Germania.

In der Nacht zum 11. September 2002 stand die Kameradschaft an der amerikanischen Botschaft mit Transparenten wie „Gegen USRAEL“, „Für die Freiheit aller Völker“ und „Is War the Way of Life“, um mit vorgeblich antiimperialistischem und pseudo-pazifistischem Habitus das Datum des Terroranschlags vom 11. September 2001 für ihre völkische und antisemitische Ideologie zu instrumentalisieren.

Am 11. September 2002 fand im Vorfeld der Bundestagswahl im Friedrichshainer Andreas-Gymnasium in der Koppenstraße ein Wahlforum statt, zu dem neben anderen Parteien auch die Republikaner eingeladen waren. Nach einem Protestaufruf auch von SchülerInnenseite gegen die Teilnahme der Republikaner beobachteten Mitglieder der Kameradschaft Tor den Ablauf der Veranstaltung, wobei ihr gesondertes Interesse den vor Ort Protestierenden im Sinne ihrer Anti-Antifa-Tätigkeit gegolten haben dürfte. Auf der Homepage der Kameradschaft Tor wurde Bericht erstattet.

Ende letzten Jahres verbreitete die Kameradschaft Tor unter dem Namen „Autonome Nationalisten Berlin“ auf Flugblättern Drohungen gegen zwei PDS-Bezirkverordnete aus Marzahn-Hellersdorf. Beide sind aktiv in einem als links geltenden Jugendclub. Zuvor veröffentlichte die Kameradschaft bereits Foto und Anschrift von einem der Beiden im Internet und drohte Gewalt an. Nach bekannt werden schaltete der Bezirksbürgermeister die Strafverfolgungsbehörden ein. Mit einem Transparent der „Autonomen Nationalisten Berlin“ wurden Mitglieder der Kameradschaft auch auf o.e. Aufmärschen gesichtet. Motto: „Organisiert den nationalen schwarzen Block – Unterstützt örtliche Anti-Antifa-Gruppen – Wehrt Euch und schlägt zurück“; ein Logo mit „Antifaschistische Aktion“ befindet sich dabei in einem Fadenkreuz.

Die Kameradschaft Tor kann nach der obigen Darstellung als sehr aktiv bezeichnet werden, allerdings für Berlin bezirksübergreifend ohne auf Friedrichshain als **das** zentrale Betätigungsfeld zu fokussieren. Eine relativierende Aussage im Hinblick auf das Gefahrenpotenzial für Friedrichshain lässt sich daraus jedoch nicht zwingend ableiten. In den im Rahmen der Studie durchgeführten Befragungen konnte bei den GesprächspartnerInnen nur eine geringfügige Kenntnis über Existenz und Tätigkeit der Kameradschaft Tor festgestellt werden:

„Und wir haben zumindest die Wahrnehmung, dass es natürlich partiell auch unter Friedrichshainer Jugendlichen rechte Tendenzen gibt, dass es in Friedrichshain rechte Treffpunkte gibt, dass es am Frankfurter Tor eine ‚Kameradschaft Tor‘ geben soll.“

Auf die Frage, wo diese Kameradschaft in Friedrichshain zu finden sei, wurde gesagt:

„Aber ich könnte nicht sagen, wo die sich gegenwärtig hier versammeln bei uns. Also, wie gesagt, dort oben bildete sich so eine Ecke, da hatten wir das vor Jahren – das war aber im Zusammenhang mit den letzten Abgeordnetenhaus-Wahlen vor allem so ein bisschen zu spüren – da hatten sie sich ein bisschen störend bemerkbar gemacht, aber die sind nirgends gewalttätig oder so aufgetreten. Also, wenn’s diese Gruppen hier bei uns gibt, dann würde ich doch sagen, dass die noch sehr unter sich, sehr konspirativ – sicher gut organisiert sind, aber ich habe so etwas hier im Zusammenhang mit der Beratung noch nicht erlebt, dass jemand gekommen wäre und gesagt hätte: „Aus der Ecke will ich raus“ oder „es gibt da eine arge Belästigung“, oder „im Haus haben wir solche Leute“ – kann ich mich nicht erinnern. (...) Aus dieser Ebene hier merken wir das nicht.“

In einem anderen Gespräch war die Kameradschaft Tor zwar namentlich nicht als solche bekannt, wohl aber eine Gruppe von rechten Jugendlichen, die sich bis Sommer 2001 an den Bänken zwischen Frankfurter Tor und Proskauer Straße getroffen haben.

Die Kommissariatsleitung der Direktion 6 – zuständig für Friedrichshain – und ein Mitarbeiter der Operativen Einheit Jugendgruppengewalt waren in diesem Kontext wenig kooperativ. Darauf angesprochen, ob die Kameradschaft Tor bekannt sei, wird dies zwar bejaht, das seien Rechtsextremisten, aber darüber dürften sie nichts sagen.

Lediglich in einem Gespräch mit Personen aus Friedrichshain, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, gab es detailliertere Angaben:

„Bis heute ist der einzige rechte Zusammenhang, der sich wirklich auf Friedrichshain bezieht, die ‚Kameradschaft Tor‘. Die ‚Kameradschaft Tor‘ besteht aus Friedrichshainer Jugendlichen, die teilweise auch eventuell Umfeld der REPS waren. Diese Jugendlichen haben größtenteils Friedrichshainer Hauptschulen besucht und waren schon dort als rechte Jugendliche bekannt. Wir schätzen, dass sie sich irgendwann von den REPS gelöst haben und dann die Kameradschaft gegründet haben. (...) Die meisten Jugendlichen, die der ‚Kameradschaft Tor‘ zugerechnet werden, wohnen mittlerweile jedoch in Lichtenberg.“

Kameradschaft Germania Berlin

Die Gaststätte „Der Baum“ in der Libauer Straße in Friedrichshain war bis zu ihrer Schließung im Sommer/ Herbst 2000 ein beliebter Treffpunkt für Rechtsextremisten. Den Hintergrund schilderten uns gegen Rechtsextremismus aktive Personen:

„Nach der Aussage der Wirtin hat sich eine Aushilfskraft dort angeboten, als ihr Mann wegen eines nicht weiter bekannten Deliktes eine Haftstrafe antreten musste. Erst dann wurde die Kneipe zu einem Anlaufpunkt für Rechte. Die Aushilfskraft kann der ‚Kameradschaft Germania‘ zugerechnet werden, er hat beim Nazi-Aufmarsch am 4.11.2001 das Transparent dieser Kameradschaft gehalten. Mitglieder der ‚Kameradschaft Germania‘ hielten sich auch oft im „Baum“ auf. Die Mitglieder der ‚Kameradschaft Germania‘ sind stadtbekannte Nazis, die schon lange vor der Gründung dieser Kameradschaft bekannt waren.“

Die „Kameradschaft Germania Berlin“ galt zum damaligen Zeitpunkt als eine der führenden und aktivsten in Ostdeutschland. 2001 wurden ihr rund 15 nationalsozialistisch überzeugte Szene-Aktivist*innen zugerechnet. Radikalität demonstrierte man durch das einheitliche Tragen schwarzer Kleidung sowie Vermummung. Zwischen Mitgliedern der Kameradschaft, den terroristischen „Nationalrevolutionären Zellen“ sowie den Anti-Antifa-Aktivist*innen, gegen die seit Ende 1999 ein Ermittlungsverfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ anhängig ist, sollen personelle Überschneidungen bestanden haben. Am 12. Mai 2001 organisierte sie im Kontext des damals noch bestehenden „Kameradschaftsbundes Germania“ in Lichtenberg eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Faschismus und Intoleranz!“ – ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus.

In der Gaststätte „Baum“ hatten sich darüber hinaus im Sommer 1999 hochrangige Mitglieder verbotener rechter Gruppen wie der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) getroffen, was nach Angaben des damaligen PDS-Angeordneten Freke Over auch der Staatsschutz bestätigte. Drei Übergriffe von Rechten waren zu diesem Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem „Baum“ bereits aktenkundig.

Durch Berichte in der Lokalpresse, Unterschriftenlisten von Anwohner*innen gegen den „Baum“ sowie diverse Antifa-Initiativen haben sich die ehemalige Gaststätte und ihr rechtsextremes Publikum vielfältig im Bewusstsein von Gesprächspartner*innen der aktuellen Kommunalanalyse gehalten [Vgl. 3. Wahrnehmung / Nicht-Wahrnehmung]. Ein Mitarbeiter einer Jugendeinrichtung berichtet:

„Die haben gemerkt, hier ist nichts zu holen und sind dann wieder gegangen. Die haben sich dann hier in Friedrichshain an anderen Orten, in einer Kneipe vor allem getroffen. [...] Das ist so eine richtige Stampe, die hat dann auch zugemacht. Ja, der ‚Baum‘ war’s.“

Auf die Nachfrage, ob die im ‚Baum‘ organisiert waren, stellt er fest:

„Ja, natürlich, die waren organisiert. Da gab’s verschiedene Organisationen, die dahinter standen.“

Eine andere Gesprächspartnerin erzählt auf die Frage, wie es mit rechten Aktivitäten in Friedrichshain aussieht:

„Was mir einfällt – vor 2 Jahren hatten wir hier Ereignisse um eine Gaststätte herum – oben an der Revaler, „Der Baum“ hieß das – die gibt’s in der Zwischenzeit nicht mehr... Und da ist ja dann auch der Sozialstadtrat hin gegangen – das hatte schon Wind gemacht...“

4.2 Parteien

Zu Partei-Aktivitäten ist es im Rahmen der Bundestagswahl 2002 gekommen. Plakatiert wurde in Friedrichshain von den Republikanern und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei), letztere organisierte auch Infostände, z.B. am Ringcenter sowie am Ostbahnhof vor einem großen Einkaufszentrum.

Die Republikaner verfügen in Berlin über einen Landesverband, ohne momentan unmittelbar in Friedrichshain präsent zu sein.

Die Schill-Partei hat am 10. November 2002 ihren Berliner Landesverband gegründet. Für die Kommunalanalyse im Bezirk ist interessant, dass diese Partei mittlerweile einen aktiven Ortsverband Friedrichshain-Kreuzberg besitzt. Am 7. Januar 2002 fand dessen Mitgliederversammlung im Gasthof „Bauernlümmel“ in der Plaza-Passage, Frankfurter Allee, statt. Eine Partei-Sprecherin bestätigte, dass in Berlin frühere Mitglieder des „Bund Freier Bürger“ (BFB) aufgenommen werden. Der BFB wurde 1999 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft. (Aufgedeckt werden konnte, dass in der Nähe von Düsseldorf ein aktiver Rechtsextremist zum Vorsitzenden eines Ortsverbandes gewählt wurde.)

In einer Kneipe in der Petersburger Straße verkehren neben Mitgliedern eines Trabbi-Clubs auch regelmäßig NPD-Funktionäre [Vgl. Wahrnehmung / Nicht-Wahrnehmung]. Bei einer Nachfrage bestätigte der Betreiber, dass er seine Räume auch für NPD-Veranstaltungen zur Verfügung stellen würde. In dieser Lokalität wurden auch Besuche von Mitgliedern der Kameradschaft Tor festgestellt.

Die Schill-Partei spielte bei den GesprächspartnerInnen unserer Untersuchung überhaupt keine Rolle; fast analog verhält es sich im Hinblick auf die Republikaner oder die DVU. Lediglich die NPD wurde im Kontext Rechtsextremismus verschiedentlich angesprochen. So teilte uns ein Mitarbeiter einer Jugendeinrichtung mit:

„Am Rand der Hofgruppe bewegen sich einige Rechte, zum Teil auch Glatzen, die das rechte Outfit tragen. Die kommen allerdings nicht in den Club, weil sie wissen, dass sie sich dann Diskussionen stellen müssen. Die tragen das klassische Outfit mit Glatze, Lonsdale-T-Shirt und so und dann zu dritt oder zu viert im selben Outfit. Die sind ungefähr 16 und scheinen zu einer Gruppe von deutlich Älteren zu gehören. Im Vorfeld der NPD-Demo am 1. Mai wurde die Demo auch hier unter den Jugendlichen, die nicht dieses Outfit tragen aber gerade rechts drauf sind, diskutiert. Damals kamen dann auch Ältere, ca. 20 Jahre alt, die allerdings auch vor der Türe stehen blieben.“

In einer Jugendeinrichtung an der Grenze zu Lichtenberg, wurde bzgl. der NPD erzählt:

„Aber die alte Gruppe war auf jeden Fall ansprechbar. Ich kann mich erinnern, gerade zum 1. Mai ist ja so der Gongschlag für alle beteiligten Personen, die sich politisch engagieren. Man merkt schon an diesem Tag, es kribbelt bei allen so. Da erfolgt schon so eine Auseinandersetzung. Ich merkte das bei der alten Gruppe, die waren schon die etwas Älteren, die merkten, oh da passiert es. Die NPD ist aufmarschiert, man kann nicht sagen Begeisterung, aber da war schon so was wie Interesse da.“

In den Jugendfreizeiteinrichtungen werden regelmäßig vor offiziellen Wahlen Testwahlen abgehalten. Bei der letzten durchgeführten Testwahl vor der Bundestagswahl 2002 sind im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von 840 Stimmabgaben immerhin 35 (= 4,25 Prozent) auf die NPD entfallen. Darüber scheint zumindest eine grundsätzlich größere Sensibilisierung gegenüber rechtsorientierten Jugendlichen und Rechtsextremismus an sich möglich. Außerhalb der Jugendeinrichtungen kam die NPD in unserem Untersuchungsfeld nicht zur Sprache.

4.3 Ereignisse / Aktivitäten

4.3.1 Bierfestival

Vom 2. bis 4. August 2002 fand auf der Karl-Marx-Allee zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor das 6. „Internationale Bierfestival“ statt, wo über 180 Brauereien aus über 75 Ländern rund 1 600 verschiedene Biere präsentierten. 500 000 BesucherInnen erfreuten sich daran. Samstagnacht versammelten sich nach verschiedenen Angaben über hundert Rechtsextreme, darunter

auch Berliner Kader, vor dem Stand der Neubrandenburger Imkerei „Germanenzug Schwaßmann“, die einen „Odin-Trunk“ anbot. Augenzeugen berichteten über eine einsetzende Massenschlägerei zwischen den Rechtsextremisten. Wirte anderer Bierstände kritisierten das zögerliche Eingreifen der Polizei, zumal es schon am Vorabend Ärger mit den „Glatzen“ gegeben habe. Gegen halb zwölf kam es erneut zu Auseinandersetzungen – dieses Mal wurde die Karl-Marx-Allee zwischen den Nummern 105 und 109 eine halbe Stunde durch Polizeibeamte und Bundesgrenzschutz gesperrt bis sich die Situation entspannte. Im online-Newsticker der Berliner Zeitung vom 4. August heißt es:

„Berlin (ddp-bl). Zu schweren Ausschreitungen ist es in der Nacht zu Sonntag am Rande des Berliner Bierfestivals auf der Karl-Marx-Allee in Friedrichshain gekommen. Daran waren nach Polizeiangaben auch Rechtsextremisten beteiligt. Es gab mehrere Schlägereien und Rohheitsdelikte. Polizeibeamte wurden mit Flaschen beworfen. Kurz vor Mitternacht räumte die Polizei die Straße. Mehrere Personen wurden wegen Körperverletzung, Bedrohung und schweren Landfriedensbruchs angezeigt.“

Der Polizeisprecher versicherte gegenüber der ‚taz‘: *„Rechtsextremistisch motivierte Ausschreitungen waren das nicht, die hatten alle nur zu viel Alkohol.“* (taz vom 5. August 2002) Auch im Gespräch des ZDK-Untersuchungsteams mit einem Mitarbeiter der Operativen Einheit Jugendgruppengewalt bestand dieser darauf, dass es sich um Schlägereien wie sie dort jährlich vorkommen, handelt und dies alkoholbedingte Fußballauseinandersetzungen gewesen seien. Der Stand „Odins Trunk“ ziehe auch seiner Meinung nach die „Rasierten“ (Skinheads) an, aber die Schlägereien seien alkoholbedingt gewesen. Die Nachfrage, ob die Anwesenden also keine Rechtsextremisten gewesen seien, wurde bejaht. Die Präsenz der einschlägigen Anwesenden an dem genannten Stand wurde dann damit zu erklären versucht, dass im Rosengarten hinter diesen Ständen die Dixie-Toiletten gestanden haben.

Anders ist die Lesart der Antwort auf eine kleine Anfrage vom 19. September 2002 (Nr. 15/710) im Berliner Abgeordnetenhaus zu „Rechtsextremismus in Friedrichshain-Kreuzberg“:

„Am 3. August 2002 kam es in Zusammenhang mit dem „Internationalen Bierfest“ auf der Karl-Marx-Allee zu einem Polizeieinsatz wegen schweren Landfriedensbruchs durch Flaschen- und Glaswürfe aus einer Personengruppe, die nach ihrem Erscheinungsbild vermutlich aus Angehörigen der rechtsextremistischen Szene bestanden hat. Durch Einzelpersonen wurden während des Polizeieinsatzes auch Straftaten gegen Polizeibeamte begangen. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen wegen dieses Sachverhalts dauern an. Bei drei festgestellten Tatverdächtigen handelt es sich um Personen der rechtsextremistischen Szene, gegen die bereits Strafverfahren wegen einschlägiger Staatsschutzdelikte geführt worden sind.“

Fortfolgend heißt es:

„Über eine Massenschlägerei unter Beteiligung von Rechtsextremisten liegen dem Senat keine polizeilichen Erkenntnisse vor.“

Das muss insofern Erstaunen hervorrufen, da diese Aussage Augenzeugenberichten widerspricht. Dies trifft aber mit der oben dargestellten Wahrnehmung sowohl des Polizeisprechers als auch des Beamten der Operativen Einheit Jugendgruppengewalt zusammen.

4.3.2 Rudolf-Heß-Gedenktag

In den frühen Morgenstunden des 16. August 2002 war an der S-Bahnbrücke in der Frankfurter Allee ein 1 mal 16 Meter großes Transparent mit der Aufschrift *„Rudolf Heß das war Mord“* angebracht. Darüber hinaus wurden von der Polizei in der Frankfurter Allee und an anderen Orten im Stadtgebiet identische Plakate mit Bezug zu Rudolf Heß und dessen Todestag am 17. August sichergestellt.

Rudolf Heß, seit 1927 Privatsekretär Adolf Hitlers und 1933 nach der „Machtübergabe“ an die Nationalsozialisten Hitlers Stellvertreter als Parteiführer im Ministerrat, unternahm im Mai 1941 auf eigene Faust einen Flug nach England und sprang über Schottland mit dem Fallschirm ab. Erklärtes Ziel war es, den Engländern Friedensvorschläge zu unterbreiten, damit das Deutsche Reich mit dem anstehenden Überfall auf die Sowjetunion nicht in einen Zweifrontenkrieg gerät. Heß wurde inhaftiert und erst nach Kriegsende zum Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher nach Deutschland überstellt. Dort wurde er zu lebenslanger Haft im Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau verurteilt. Am 17. August 1987 beging Heß in diesem Alliierten-Militärgefängnis Selbstmord.

Frühzeitig entstand die Legende vom „Friedensflieger“ Heß; nach seinem Tod ging die rechtsextreme Szene vom Mord durch seine Bewacher aus. Auf dieser Basis wurde bereits 1988 der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel, dem Ort seines Grabes, inszeniert. Nach einer durchwachsenen Fortsetzung dieser Tradition konnte die rechtsextreme Szene nach 10jähriger Unterbrechung durch Verbote 2001 durch ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes wieder in Wunsiedel marschieren. Auch 2002 fand ein Gedenkmarsch zu Ehren des Kriegsverbrechers Rudolf Heß statt. Der Mythos um die Person Heß wird von der rechtsextremen Szene propagandistisch zum Bekenntnis mit dem Nationalsozialismus genutzt mit der Funktion, Geschichte entgegen dem kollektiven Gedächtnis positiv umzudeuten.

4.3.3 Hakenkreuz-Schmierereien

In der Nacht vor der am 23. November 2002 stattfindenden Silvio-Meier-Demonstration wurden in der Schreinerstraße und Samariterstraße Plakate zur o.e. Demonstration massiv mit Hakenkreuzen übersprüht. Zugleich tauchten in Friedrichshain verstärkt Aufkleber der ANB (Autonome Nationalisten Berlin; vgl. Abschnitt zu Kameradschaft Tor) auf. Am Bahnhof Samariterstraße und Umgebung ist „ANB!“ zahlreich gesprüht worden. Mit solchen Aktionen wird öffentlicher Raum reklamiert und klar gemacht, dass demokratischen Kräften nicht von vorneherein die Meinungs- und Gebietshoheit überlassen wird. Rechtsextreme erstachen am 21. November 1992 den Hausbesetzer Silvio Meier im U-Bahnhof Samariterstraße. Seither findet alljährlich eine antifaschistische Gekendemonstration statt, die auch rechtsextreme Strukturen von heute und davon ausgehende Gefahren thematisiert.

4.3.4 Hardcore-Festival im Jugendclub „Eastend“ in Hellersdorf

Am 13. Dezember 2002 fand im Hellersdorfer Jugendclub „Eastend“ ein Hardcore-Festival unter dem Motto „2nd Eastside X-mas Clash – Hardcore Streetbattle against Intolerance“ statt. Die angekündigten Bands „Stomper“, „Withheld“, „Agitate“, „Hate Edge“, „Anticops“ und „Acusado“ werden alle von einer Struktur Namens „Eastside Hardcore 030“ unterstützt.

Nach Protesten im Vorfeld erhielt zumindest die Band „Withheld“ eine Absage für ihren Auftritt: Band-Mitglieder waren in der Vergangenheit im Kontext rechtsextremer Aktivitäten wahrgenommen worden. Dennoch war das Publikum eindeutig. Etwa 60 Rechtsextreme gingen während des Konzerts gegen vermeintlich linke BesucherInnen gewalttätig vor. Transparente mit der Aufschrift „good night – white pride“ wurden abgehangen bzw. von Mitgliedern der Band „Hate Edge“ abgerissen. Eine Reaktion seitens der Veranstalter und Organisatoren blieb aus.

Unterstützt wurde das Festival unter anderem von einem Tattoo-Laden in Lichtenberg und einer Friedrichshainer Kneipe in der Nähe des Frankfurter Tors. Das Tattoo-Studio wird immer wieder als Treffpunkt für Rechtsextreme genannt. Betrieben wird es von dem Gründungsaktivisten der Ostberliner Naziszene, der auch am Aufbau der „Nationalen Alternative“ (NA) und dem ehemaligen Zentrum in der Weitlingstraße beteiligt war.

Für das Untersuchungsgebiet erhält die Beteiligung der Friedrichshainer Kneipe am obigen Festival eine gewisse Relevanz. Hier werden der Betreiber des Tattoo-Studios sowie sein Umfeld des Öfteren in stammtischähnlicher Runde gesichtet. Zudem fanden sich auf dem Männerklo SS-Runen sowie Aufkleber von „Eastside Hardcore 030“. Über ausgelegte Flyer auf der Theke werden Konzerte von „Eastside Hardcore 030“ beworben.

Dass das Publikum im Jugendclub „Eastend“ rechts zu verorten war, kann niemanden überrascht haben. Bereits im Vorjahr wurde am 14. Dezember 2001 in Friedrichshain im „K17“ in der Kadiner Straße quasi die Erstaufgabe dieses Festivals unter dem Motto „Eastside Hardcore over X-Mas“ mit den zum Teil gleichen Bands „Infront“, „Acusado“, „Stomper“, „Bloodshed Rise“ und „Withheld“ organisiert. Wochen zuvor war dieses Konzert in rechtsextremen Kreisen beworben worden; CDs von „Infront“ – die, zum damaligen Zeitpunkt noch aktiv, auch zu „Eastside Hardcore 030“ zählten – wurden über verschiedene rechtsextreme Versande vertrieben, was eine rechtsextreme Orientierung zwar nicht belegt; aber doch sensibilisieren sollte. Nach Augenzeugenberichten waren an diesem Tag mehr als 80 Prozent der Anwesenden rechtsextrem-orientiert. Das „K17“ kann üblicherweise nicht als fester Treffpunkt rechtsextremer Organisationen bewertet werden. Das Publikum ist eher subkulturell geprägt, politisch aber uneindeutig. Gerade deshalb erstaunt das Verhalten des Betreibers. Indem er rechtsextreme Events ermöglicht, gefährdet er sowohl seinen Ruf als auch die Jugendlichen. So spielte im vergangenen September – um ein weiteres Beispiel zu nennen – die Berliner Band „Ascaris“ im „K17“. „Ascaris“ tritt bundesweit regelmäßig als Vorgruppe der Bremer Hooligan-Band „Kategorie C“²¹ (KC) auf. Deren Konzerte sind regelmäßig Trefforte rechtsextremer Hooligans und Neonazis. KC ist personell mit dieser Szene verflochten und hat sich nachweislich an Aktivitäten im rechtsextremen Kontext beteiligt.

Die Subkultur spielt dabei eine kaum zu überschätzende Rolle, von Bands und Veranstaltern wird sie gerne als „unpolitisch“ ausgewiesen und bei Kritik an dem rechtsextrem orientiertem Publikum kann sich auf den Standpunkt zurückgezogen werden, dass man sich sein Publikum schließlich nicht aussuchen könne. Derlei Bekenntnisse müssen jedoch in Zweifel gezogen werden, wenn erfahrungsgemäß Rechtsextremisten bestimmte Konzerte frequentieren oder bei Bands gar personelle und strukturelle Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus bestehen.

4.3.5 Loveparade

Während der Loveparade im Juli 2001 trafen sich an der Frankfurter Allee / Ecke Samariterstraße etwa 40 Rechtsextreme zu einer Party auf dem grünen Mittelstreifen. Die Auswahl der Lokalität wurde als versuchte Provokation des als „links“ eingeschätzten Kiezes gewertet. Trotz der Anwesenheit der Staatsschutz-Einheit „Politisch motivierte Straftaten – Rechts“ kam es zu einem Angriff auf die Rechtsextremen. Erst danach stellte die Polizei die Personalien der Rechtsextremen fest und ließ sie von dem Platz entfernen. Nach Angaben von Szene-Kennern hat die ehemalige Aushilfskraft aus der Gaststätte „Baum“ – er kann der Kameradschaft Germania zugerechnet werden – die Musikanlage zu diesem Treffen organisiert.

Bereits im Jahr zuvor wurde die Frankfurter Allee zum Zeitpunkt der Loveparade Schauplatz einer rechtsextremen Feier. 2002 konnte eine solche Wiederholung nicht festgestellt werden.

5. Übergriffe in Friedrichshain

Wenn man unter der Überschrift „Übergriffe“ nur direkte Gewalttaten fasst, so ist eindeutig festzustellen, dass uns in unserem Untersuchungszeitraum nur wenig offensichtliche Gewalttaten mit rechtsextremen Hintergrund in Friedrichshain bekannt geworden sind. Vor einigen Jahren sei die Situation dabei schlimmer gewesen:

„Also was Übergriffe angeht, so hat sich das in der letzten Zeit sehr verbessert. Wir hatten in der Anfangsphase, so 92 bis 94, 95 eine Tendenz, dass sich hier auch in Friedrichshain in einigen Lokaltäten eher ein rechtsgerichtetes Spektrum aufgehalten hat. Und das dann auch, aus welcher Situation auch immer, das kann ich nicht sagen, unsere afrikanischen (Freunde), die dort in der Nähe wohnten aufgemischt werden sollten. Die weggelaufen sind, sich versteckt haben und die Polizei aufgrund der massiven Präsenz dieser Rechten, die Bewohner des Hauses die Polizei gerufen haben und die kamen dann. Dann wurde gesagt, sie seien von den Schwarzen angegriffen worden.“

Die offizielle Polizeistatistik weist in eine ähnliche Richtung. Kreuzberg-Friedrichshain sei kein Schwerpunkt von Gewalt- und auch nicht von Propagandataten. Und dennoch wurden von unseren InterviewpartnerInnen immer wieder Hinweise für Übergriffe und Gewalttaten geliefert.

Unserer Analyse nach lassen sie sich dabei differenzieren in eher geplante und spontane Übergriffe. Zu den geplanten zählen wir den Anschlag des bekannten Rechtsextremisten Wendt, der mit einer Eisenstange den Bündnisgrünen Politiker Ströbele auf der Warschauer Brücke niederschlug und verletzte.

Über Wendt heißt es in einer internen ZDK-Analyse:

Mitglied des 1982 gegründeten Nazi-Rock-Clubs „Die Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft“, deren Clubhaus über Jahre ein zentraler Sammelpunkt der faschistischen Szene in Berlin-Brandenburg war. Der Treffpunkt in der Liebermannstr. 97 [Berlin-Weißensee] hatte auch internationale Bedeutung im braunen Netzwerk. Nach der Wende knüpften die „Vandalen“ gute Kontakte zur westdeutschen Rechten, waren sie doch zuvor ausschließlich im Osten Berlins mit der Strukturierung der Neonazis und deren Vernetzung mit der Metall-Musik beschäftigt. Ab 1990 beteiligten sich die „Vandalen“ auch an Wehrsportlagern und dem jährlichen „Heldengedenktag“ in Halbe, einem der wichtigsten Termine für Neonazis. Mitglieder der Vandalen gründeten 1993 die Band „Landser“. Als Folge der Öffentlichkeitsarbeit von z.B. der Antifa Weißensee wurde das Clubhaus der „Vandalen“ in Weißensee Ende 1999 geschlossen.

Im April 1994 wird gegen Wendt in Zusammenhang mit den österreichischen Briefbombenanschlägen vom Dezember 1993 ermittelt. Der schon in der DDR wegen nazistischer Betätigung vorbestrafte Wendt gilt, auch wegen entsprechender Aktivitäten bei Wehrsportübungen, vor allem in der Region um Königs-Wusterhausen, als Sprengstofffachmann. Wendt, der im Dezember 1994 in Berlin wegen

Trunkenheit am Steuer festgenommen wurde, erweist sich als aussagefreudig. Er belastete Peter Binder als möglichen Bombenbastler. Einige seiner Aussagen werden allerdings angezweifelt. Wendt verbringt seine Zeit zudem mit dem Erwerb und der Restaurierung von Waffen aus dem 2. Weltkrieg. Zusammen mit dem Österreicher Jörg Schimanek (VAPO) beabsichtigt er Anfang der 1990er Jahre, Bombenleger-Kurse abzuhalten.

Anfang der 1990er Jahre wohnte Wendt in einem von Nazis besetzten Haus in der Weitlingstraße [Lichtenberg], in der Nazigrößen wie Ekkehard Weil ein und aus gehen. Zudem hielt er sich häufiger in der Wohnung Arnulf Priems in Berlin-Wedding auf, die als Anlaufstelle für Militaria-Fetischisten fungierte.

20.9.02: Anschlag auf Christian Ströbele in Berlin-Friedrichshain an einem Info-Stand zur Bundestagswahl 2002

Solche strategisch orientierten Gewalttaten können quasi unabhängig vom Ort fast überall und nicht nur in Friedrichshain passieren. Sie sollen deshalb auch nicht im Mittelpunkt stehen.

Bedeutender, weil häufiger sind jene Auseinandersetzungen, die eher aus einer spontanen Situation heraus entstehen. In einem Interview aus dem Jugendkontext hieß es beispielsweise:

"Oft sind das – wie es oft bei Jugendlichen ist – Heldensagen: ‚Da haben wir wieder vielen auf die Nase gegeben‘ und so. Aber manchmal ist es schon. Einmal bin ich zur Samariterstraße, weil da zwei kleinere kamen, und sagten: ‚Da sind noch ein paar Nazis, die haben uns gerade gehauen‘. Die waren dann schon weg, aber diese Auseinandersetzungen gibt es schon ab und zu."

Oder ein anderes Beispiel:

„Oder mit den Punks. Neulich sind zwei losgegangen und dann kam ein Mädchen mit einem dicken blauen Auge wieder und das war auch nicht klar, das müssen ältere gewesen sein, die sie eindeutig als ‚Glatzen‘ beschrieben haben."

In beiden Fällen scheint es sich um spontane und nicht um geplante Aktionen zu handeln. Im ersten Fall handelte es sich dabei um Jugendliche, die von anderen Jugendlichen als „ausländisch“ tituliert wurden, obwohl sie in Berlin geboren wurden. Bei der zweiten Gruppe ging es um eine Jugendkultur, die von der rechtsextremen Seite her abgelehnt wird. In beiden Fällen tendieren wir somit zur Annahme, dass hinter den Anschlägen durchaus ideologische Gründe zu suchen sind, was sich auch mit den Ausführungen unserer InterviewpartnerInnen deckt. Dies schließt nicht aus, dass vordergründig im Einzelfall auch andere Motive genannt werden. Sehr plastisch ein Beispiel aus dem Jugendkontext:

„Irgendwer hatte wieder zu irgendwem zum falschen Zeitpunkt ‚Du arschloch‘ gesagt."

Mit solchen schwer zu verifizierenden Konstrukten werden ideologische Hintergründe manchmal überlagert. Ähnliche Zusammenhänge wurden auch im Zusammenhang mit dem Phänomen des „Abziehens“ erläutert.

Bei verschiedenen Opfergruppen ist es uns nicht gelungen, eindeutige Beweise für einen rechts-extremistischen Hintergrund zu bekommen. Beispielsweise bekamen wir Indizien im Kontext einer Obdachlosenbetreuung. Dort heißt es:

„Die Obdachlosen sagen: ‚ich bin von Jugendlichen geschlagen worden‘. Wenn ich dann noch mal frage, sagen sie: ‚ja, der hat eine Glatze gehabt‘. Oder: ‚der hat so ne Stiefel gehabt‘. Mehr sagen sie nicht dazu."

Die betroffenen Personen waren leider nicht mehr auffindbar bzw. nicht bereit, ein Interview zu geben. Ähnliche Beschreibungen liegen auch von Angehörigen der Schwulenszene vor. Auf die Frage, ob es Schwerpunkte in Bezug auf Übergriffe gegen Schwule im Bezirk gebe, lautet die Antwort:

„Ja, also quasi die Punkte, wo schwules Leben stattfindet. (...) Dann haben wir die Region U-Bahn Warschauer Straße. Und zwar gibt es da auch eine Konzentration von Veranstaltungsorten, da ist das Ostgut, die Busche, hin und wieder ist auch Matrix der Veranstalter. Das ist also auch eine Ecke, wo von uns Übergriffe festgestellt werden. Dann haben wir aber in Friedrichshain, in der Region

Boxhagener Straße, da gibt es nun auch einige Ansiedlungen. Und da kommt es auch hin und wieder zu Übergriffen. Und wir haben noch den Volkspark Friedrichshain."

Die ideologischen Hintergründe dieser Überfälle konnten leider nicht mehr einwandfrei geklärt werden.

In verschiedenen Interviews wurden immer wieder Jugendtreffpunkte genannt, die zum Teil von rechts-extrem orientierten Jugendlichen vermehrt aufgesucht werden. Eine Person aus dem Jugendkontext kommt dabei zu folgender Einschätzung, die wir als längeren Ausschnitt wiedergeben wollen:

„Die (Jugendlichen) treffen sich nicht an den Schulen. Das ist zum Beispiel der (...)platz, der ist ganz massiv besetzt. Wobei ich da versucht habe, auch in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt auch durch Fremdunterbringung auch außerhalb von Berlin, so einen Stamm etwas aufzuweichen. Dann ist der (...)platz, wobei das da auch stark verbunden ist mit Drogen. Das kann allerdings ganz schnell auch wechseln. (...) Aber (...) und (...) ; das sind so Runterziehplätze.

Frage: Was sind Runterziehplätze?

"Zum Abhängen, wo man sich beispielsweise auch als Schulschwänzer oder als Schuldistanzierter hinbegibt. Man weiß, da trifft man welche."

Frage: Wie kommen sie zu der Einschätzung, dass das von rechten Jugendlichen besetzt ist?

"Durch das Gedankengut, das sie mir von dort vermitteln. Das sind, die sagen das auch, die treffen sich dort um abzusprechen, wie sie sich - in Füßchen - „wehren“ können gegen die Türken. Gegen die Fremden."

Im Umkreis dieser Plätze kam es unserer Analyse nach, vermehrt zu Übergriffen, die jedoch häufig nicht zur Anzeige gebracht wurden oder dort nicht als ideologisch bedingtes Delikt eingestuft wurden und somit aus der Statistik der rechtsextremen Gewalttaten herausfallen.

Die bekannt gewordenen Übergriffe scheinen dabei dem Muster zu folgen, dass im Falle einer Überlegenheit der rechtsextremen Szene in einer spezifischen Situation Gewalt ein nicht unübliches Mittel zur Auseinandersetzung ist. Da dieses Phänomen nicht zeitlich oder räumlich zu verorten ist, gehört Gewalt somit zum Alltag potenzieller Opfergruppen, was nicht heißt, dass sie täglich überfallen werden, sondern dass sie mit der Option, Opfer zu werden, leben müssen. Was dieses für jene bedeutet, die nicht ins enge Korsett des rechtsextremen Weltbildes passen, versuchen wir im Kapitel Opferperspektive zu skizzieren.

Im Vergleich zu Ergebnissen in Vorläuferstudien des „Zentrums Demokratische Kultur“ sind uns im Friedrichshain keine größeren sozialen Räume begegnet, die von rechtsextremer Seite systematisch mittels einer Doppelstrategie aus Gewaltanwendung, Drohkulisse und Integrationsstrategie für die Mehrheitsgesellschaft besetzt würden. Neuere Erkenntnisse lassen jedoch den Verdacht aufkommen, dass um den S-Bahnhof „Ostkreuz“ herum, Zonen nach dem oben skizzierten Vorbild entstehen könnten. Dafür sprechen Beobachtungen im Umfeld einiger dort ansässiger Kneipen, aus deren Publikum heraus es in jüngster Zeit auch zu Gewalttaten auf Nicht-Rechtsextreme gekommen ist. Diese Region gilt es besonders im Auge zu behalten.

Ähnliche Probleme deuten sich im Umfeld um den Trave- und den Rudolfplatz an. An beiden Orten ist ein vermehrter Einsatz jugendpädagogischer Kräfte feststellbar, die auch eindeutige Erfolge vorzuweisen haben. Sollten diese der finanziellen Sparwelle zum Opfer fallen, befürchten wir dort neue Brennpunkte rechtsextremer Aktivitäten.

6. Opferperspektive

Was ist eine Opferperspektive? Im wissenschaftlichen Diskurs findet dieser Begriff erst seit geraumer Zeit Gehör. Unter einer Opferperspektive verbirgt sich, wie der Name schon sagt, die persönliche Perspektive oder der Blick der Opfer rechtsextremer Gewalttaten; also jener Personen, die von rechtsextremer Seite zu Feindbildern konstruiert werden. Es können Schwule, Lesben, Schwarze, nicht-rechtsextreme Jugendkulturen, Juden, Christen, Muslime oder andere Personen sein, die von rechtsextremer Seite als „undeutsch“ und damit als angeblich minderwertig betrachtet werden.

Die Opferperspektive hat für uns eine große Bedeutung, da vielfältige Erfahrungen bei der Betreuung

der Opfergruppen gezeigt haben, dass viele der Betroffenen eine überdurchschnittlich hohe Sensibilität gegenüber rechtsextremen Phänomenen aufbringen (müssen). Sie spüren häufig Diskriminierungen, die vielen anderen, die nicht selber primär betroffen sind, verborgen bleiben.

Viele der Ergebnisse dieser Interviews sind in das Kapitel „Alltagskultur“ geflossen. An dieser Stelle sollen nur noch einige zentrale Punkte komprimiert ergänzt werden.

Immer wieder wurde in unseren Gesprächen die Frage nach dem Umgang mit rechtsextremen Phänomenen gestellt. Viele Antworten konzentrierten sich dabei auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Übergriffen. Die Umgangsformen hingen dabei sehr von der Stärke, der Situation und der Art des Übergriffes ab. In der Regel wurde versucht zu fliehen oder Hilfe zu holen, was vorliegenden Aussagen nach, auch häufiger gelang. Vereinzelt kam es jedoch im Jugendbereich auch zu einem Zusammenschluss mehrerer Personen, die sich gemeinsam gegen rechtsextreme Gewalttaten gewehrt hatten und es dabei nicht immer bei gewaltfreien Mitteln beließen, was wiederum im jugendpädagogischen Kontext zu angespannten Diskussionen führte.

Deutlich überwogen jedoch Ausweichstrategien. Aufgrund negativer Erfahrungen in Form von diskriminierenden Sprüchen oder Blicken werden bestimmte Plätze gemieden. Vereinzelt werden Kneipen genannt, in denen zum Beispiel Schwarze nicht bedient wurden. Solche Orte wurden danach nicht mehr aufgesucht und auf andere Lokalisationen ausgewichen. Als Vorteil Friedrichshains wurde dabei vereinzelt diese Möglichkeit des Ausweichens, zumindest in vielen alltäglichen Situationen genannt, die so in anderen Stadtteilen wie Marzahn oder Hellersdorf nicht mehr möglich seien. Das Problem Rassismus wird häufig somit im wahrsten Sinne des Wortes „umgangen“.

In der schwulen Community wurde im letzten Jahr auch der Übergriff auf ein schwules Paar in Friedrichshain diskutiert, die versehentlich aufgrund ihrer Kleidung für Rechtsextremisten gehalten wurden. Für das Opfer war es in diesem Fall unerheblich, aus welchen Beweggründen sie zusammengeschlagen wurde. Die Diskussion auf Seiten einiger die Täter unterstützenden linken Gruppen, dass so etwas nicht schön sei, aber vorkommen könne und eigentlich positiv sei, da es sich gegen Rechtsextremisten gerichtet habe und spürbare Aufmerksamkeit dokumentiere, empfanden schwule Interviewpartner als „zynisch“, „inhuman“ und „beängstigend“.

Für Irritationen und breite Diskussionen sorgte auch der Diskurs um angeblich „antizionistische Zonen“ im Bezirk, die von „antizionistischen“ linken Gruppen geschaffen worden seien, was später heftig dementiert und bestritten wurde. Jüdische InterviewpartnerInnen verwiesen diesbezüglich trotzdem darauf, dass es für sie auch jenseits der zweifelhaften Ernsthaftigkeit solcher Zonen unerheblich sei, ob antisemitischen Tendenzen, die sich hinter diesem Gebaren verbürgten, selber als „links, rechts, oben oder unten“ definierten. Das Ergebnis, der Antisemitismus, sei für Juden unabhängig vom sonstigen aktuellen ideologischen Gewand entscheidend und bedrohlich.

Ein Vorfall, der auch in der Regionalpresse Erwähnung fand, ereignete sich im November 2002 in Friedrichshain. Ein 39jähriger Mann aus Mozambique flüchtete vor der Polizei und stürzte sich aus Angst vor seiner Verhaftung aus der siebten Etage seiner Wohnung. Anlass des polizeilichen Zugriffs war laut dpa-Meldung eine Leistungerschleichung. Obwohl die Hintergründe unklar sind, muss aus der Perspektive des Opfers die Angst um die möglichen Folgen einer Verhaftung so groß gewesen sein, dass dem Suizid der Vorzug gegeben wurde.

Auffällig war auch, dass viele Opfergruppen immer wieder Diskriminierungserfahrungen mit staatlichen Stellen verbanden. Dabei handelte es sich nicht um offene Gewalt, sondern alltägliche Ausgrenzungserfahrungen auf Ämtern oder in Verbindung mit der Polizei (siehe dazu Kapitel Alltagskultur), die sich besonders gegen Personen richtete, die nicht-weißer Hautfarbe oder deutscher Herkunft waren. An dieser Stelle sahen viele Betroffene einen besonders dringenden Handlungsbedarf, der realisierbar erschien.

7. Zivilgesellschaftliches Potenzial

7.1 Schulen

Dass Demokratieförderung unbedingt an Schulen verankert und gepflegt sein muss, ist in vielen Gesprächen zum Ausdruck gekommen und sollte durch die bisherigen Darlegungen verdeutlicht worden sein. Was an verfassungsgemäßen und progressiven demokratischen Richtlinien in die Realität umgesetzt wird, kann man jedoch sehr unterschiedlich beurteilen.

Informiert man sich zum Beispiel über Themen und Ausgestaltungen von Schul-Projekttagen, tritt zutage, dass sich gerade Inhalte wie: Förderung des Geschichtsbewusstseins, Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit vorerst Unbekanntem, die Fusion von Friedrichshain und Kreuzberg bzw. das Zusammenwachsen von Ost und West, interkulturelle Öffnung, soziales Engagement, Entwerfen von Strategien gegen rechtes Gedankengut und Rechtsextremismus mancherorts scheinbar lediglich deshalb angenommen wird, weil diese Themen aktuell an vielen Schulen kursieren – so können Projekttage zur Pflichterfüllung und Selbstberuhigung werden. Es fehlen oft die Einsicht in die Notwendigkeit und die wirkliche Motivation, entweder gegenwärtigen „unschönen“ oder unbequemen Situationen – eben auch an der eigenen Schule – oder drohenden negativen Entwicklungen wachsam und couragiert entgegen zu treten. An anderen Schulen ist zu beobachten, dass bereits bewusst ein klares Bild und konkrete Methoden und Maßnahmen der demokratischen Erziehung im Schulalltag verankert worden sind – häufig vor allem durch einzelne engagierte LehrerInnen oder SchulleiterInnen initiiert und vorangetrieben. Hervorzuheben ist bei diesen positiven Ansätzen, dass die Zugänge zu den Lernenden und Lehrenden im besten Falle mit dem Bemühen um das einzelne Individuum erreicht werden. Dazu exemplarisch einige Aussagen von SchulleiterInnen:

„Und dann kam ich in diese Schule und habe eigentlich von Anfang an demokratische Strukturen richtig eingebettet. Unser Schulverständnis, das sich auch in dem Schulprogramm, an dem wir arbeiten, widerspiegelt, ist das einer "Schule im Kiez". Wir meinen also, wir würden jedem Kind, das in dieser Nähe hier wohnt und – in Führungsstrichen – normal strukturiert ist, also nicht ein kleiner Goethe, Mozart oder was weiß ich was sein möchte, sondern wer normale Fähigkeiten hat, findet hier eine Forderung und Förderung. ...Durch die Zusammenarbeit mit bestimmten Einrichtungen... haben wir einen regen Kontakt... und entwickeln da Traditionen, die Kindern, die gerade auch sozial schwach sind, recht gut tun. Wir unterstützen zwei mal jährlich z.B. alle sozial Schwachen des Stadtbezirks mit Sammlungen von Sachen – zu Weihnachten und im Frühjahr... Und dann gibt es Obdachlosenfeste – wenn die stattfinden, dann gehen wir hin und machen ein Kulturprogramm, ...die wissen, was soziale Armut ist, und die wissen, dass es Obdachlose gibt, dass das eben nicht irgendwelche Penner sind, die zu blöde sind, ihr Leben zu strukturieren. – Das halte ich für unerhört wichtig, dass man offen bleibt und lernt, schon in der Grundschulzeit, sich nicht zum Nabel der Welt zu machen, sich nicht als was Besseres oder was völlig Anderes zu betrachten, sondern offen bleibt für alle Anderen. Ich denke, das ist eine gute Basis für ein demokratisches Zusammenleben im Land oder in der Stadt. Das zeigt sich im Schulprofil in der Art, dass wir Integration betreiben – nicht nur dem Namen nach – mit Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten und Problemen... Auch das von Anfang mit den Kindern, ich bin eine Freundin der Integration..., aber es fällt mir natürlich auch durch die Fortbildungen nicht schwer...“

„...diese Schule steht 200 Meter von der ehemaligen Grenze zwischen West- und Ost-Berlin – wir werden damit rechnen müssen, dass Schüler aus Kreuzberg hier rüber kommen. Und dafür müssen wir diese Schule fit machen. Das waren meine Überlegungen. Und wir haben uns mit einer Gruppe zusammengesetzt und überlegt, was können wir machen, dass nichts passiert, was hier zu Eskalationen führt oder sonst etwas. Wir müssen hier unsere Schülerschaft, 1993, das war DDR Reinkultur aus heutiger Sicht, wir müssen sie mit diesen Problemen konfrontieren, erst mal auf der präventiven und intellektuellen Ebene. ...15 Schüler fahren jedes Jahr in ein kleines Dorf in der Türkei. Und lernen dort in einem kleinen Lehrgang, wie man sich als Ausländer in einem anderen Land fühlt. Was man wahrnimmt. Sie leben dort, ihnen wird mit viel zu viel Gastfreundschaft begegnet, weil das hier für die türkischen Leute nicht so ist. Aber arbeiten auch dort an Kommunalprojekten. Das haben wir jedes Jahr gemacht und diese Schüler als Multiplikatoren, die in der Schülerschaft aktiv werden. Und mit wechselnden Lehrern, die auch in der Lehrerschaft die gesammelten Erfahrungen verbreiten.“

Die Geschichte einer der amüsantesten und gelungensten Aktionen, sich unmittelbar gegen das Eindringen von Rechten in eine Schule zu wehren, soll hier noch verkürzt wiedergegeben werden:

„Damals, als ...die zwei REPse ...in einer Wahlperiode in der BVV saßen, da hatten die REPse Zugriff auf diese Aula. Und das sah so aus, ...da wollten die hier eine Berlin-landesweite REPsen-Versammlung machen, an einem Samstag-Nachmittag – und das wollten wir nicht, das wollte auch der Bezirk nicht. ...Es traf sich, dass wir viele Graffiti hier im Haus hatten... , und ich immer gedacht habe, ich will mit Schülern diese Graffiti wegwaschen, also putzen, kratzen – und dann hatte ich es: Dann machen wir eine Putzfete am Samstag-Nachmittag, und wir putzen gegen Rechts! ...Darauf haben wir uns geeinigt, der Bezirk hat abgesagt den REPsen. ...Und dann hat mich erst der REPsen-Fritze angerufen und wollte das mit uns zusammen machen und die Schüler zu den REPsen und so – und dann ging's hart auf hart, und die REPse haben Einspruch eingelegt und bis zum Gericht und wollten, dass das per einstweiliger Anordnung dort gestattet wird. ... Und wir warteten ...auf das Urteil..., und das wurde

dann Freitag, und wir hatten immer noch nichts – und da wurde ich ein bisschen ängstlich. Und da habe ich die Hygiene-Behörde angerufen... – und habe gemeldet, dass ich in der Aula soeben eine dicke fette Ratte gesehen hätte, und dass sie bitte kommen und Rattengift legen sollen. Und dann sind sie auch gleich gekommen, und dann wurde das Rattengift gelegt – und der hat mich auch noch gefragt: „Wo haben Sie denn die Ratte gesehen?“ – und dann habe ich gesagt: „Da, am Rednerpult...“ Na, und da haben die das Rattengift gelegt und haben die Aula für 48 Stunden versiegelt – und damit war die Sache klar.“

In einigen Schulen wird versucht, über den Unterricht und die Belange der SchülerInnen hinaus, mit der Elternschaft zusammen zu arbeiten. Dies kann besonders für struktur- und sozial schwache Kieze bedeuten, dass die Eltern selbst zur gegenseitigen Unterstützung ermuntert werden oder man innerhalb der schulischen Gremienarbeit kooperiert, wie dies hier ein Schulleiter beschreibt:

„Und da gibt's dann auch den Beratungsdienst von Eltern für Eltern, aber das hat eben die Schule initiiert. Es ist klar, dass wir das eigentlich als Schule brauchen, aber wir können das nicht leisten – du kannst nicht noch einen Lehrer dafür abstellen, wenn eine Mutti nicht weiß, wo sie hingehen soll, um irgendetwas zu beantragen, wie Formulare auszufüllen wären – das geht eben nicht. ...Also es gibt eine sehr hohe Kultur an Demokratie, ...grundsätzliche Sachen gehen alle durch die gewählten Gremien – es gibt ja die Gesamt-Eltern-Vertretung, die Gesamt-Schüler-Vertretung und die Gesamt-Lehrer-Vertretung und am Ende dann die Schulkonferenz – es gibt nichts, was von Bedeutung ist, das nicht durch die Gremien gehen würde.“

Wie besonders ein Schulleiter im Interview hervorhob, sei es bei Schulkonferenzen auffällig, dass es vielen Jugendlichen um die Übernahme von Funktionen gehe, das heißt ein Interesse an der Mitarbeit in der SchülerInnenvertretung besteht. Oft würden die Anmeldenden solchen Engagements jedoch nicht den Ansprüchen der Tätigkeit gerecht – wie es hieß, entwickle sich daraus eine Art „Scheindemokratie“, es wird ein Bedarf an Wissen um das Wesen und die Unerlässlichkeit des Lebens von Demokratie angemeldet.

Als beispielhaft muss man die Kooperation freier Initiativen oder Vereine mit anliegenden Schulen im Kiez bezeichnen, wobei Projekte der Schulen unterstützt werden oder es eine Einbindung in den Geschichtsunterricht gibt und dann Themen zum Wohngebiet behandelt oder Gespräche mit ZeitzeugInnen des Krieges und des Wiederaufbaus initiiert werden.

Einige freie Träger haben sich mit Friedrichshainer Schulen dahingehend vernetzt, dass sie sich vor allem für bedürftige SchülerInnen einsetzen, Ferienfahrten organisieren oder auch die Horizonterweiterung von Kindern und Jugendlichen fördern, um so möglichst Vorurteilen gegenüber zunächst Unbekanntem und fremd Erscheinendem entgegenzusteuern. Ein Beispiel:

„Und unser Konzept sieht also vor, einmal diese Angst gegenüber Brandenburg abzubauen – wir möchten also hauptsächlich Schulen oder Kindergruppen aus Berlin hier dorthin bekommen, weil ja hier doch noch schlimmer die Vorstellungen herrschen darüber, was da in Brandenburg für schlechte Menschen sind – also das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch Brandenburger Jugendliche dort hin bekommen – denn, wissen Sie, Sie können so viel erzählen wie Sie wollen: Nur wenn die sich kennen lernen, werden da diese Vorbehalte und Klischees abgebaut.“

Eine bleibende Aufgabe wird es sein, die für die Belange der Heranwachsenden zuerst Verantwortlichen, also Eltern, ErzieherInnen, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen für die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme zu sensibilisieren. Andererseits sollte die Außenwirkung von Schulen und Kooperation mit freien Trägern sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen in höherem Maße entwickelt werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Engagement der Gewerkschaften – dazu eine Jugendsekretärin:

„In einem anderen Projekt geht es um Multiplikatorenfortbildung gerade in Richtung Schulen, Lehrer und Schülervertreter, aber Schüler haben ja die Eigenschaft, nach drei Jahren wieder draußen zu sein, und für die Multiplikatoren braucht man dann eben mehr Lehrer. So dass es eben in diese Richtung geht, sie sensibel zu machen in Möglichkeiten der Unterrichtsgestaltung, aber auch des Alltags, aufzupassen, was zu sagen.“

„Und das ist etwas, was wir eben auch insofern ganz massiv versuchen mit den Geldern zu realisieren, dass man eben Schulungen, Fortbildungen anbietet auch für das Lehrpotential – auch eben Ausbildungen, wie man mit den Eltern besser zusammen arbeitet. ...Also das heißt, das sind verschiedene Gebiete, in denen wir eben auch Fortbildungen anbieten – eben natürlich auch multikulturelle Erziehung, und dann ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen, ist Sprachförderung, Schulverweigerung

– also schon dieses ganze breite Spektrum, mit dem die Schulen natürlich genau so beschäftigt sind, vielleicht aber das bisher weniger wahrhaben wollten als letztendlich die Jugendfreizeiteinrichtungen, die natürlich dann den ganzen Frust abgeladen bekommen."

So die konzeptionelle Herangehensweise eines Trägers. Die Leiterin eines Jugendclubs erwähnte im Gespräch:

„Ja, natürlich haben wir Verbindung zu der Schule, speziell zu dem Förderverein der Schule und auch zu manchen Lehrern. Die Eltern bitten uns z.B. bei Gesprächen mit den Klassenleitern dabei zu sein, zu helfen, was schulische Probleme betrifft. ...Ich denke, dem Schulleiter ist es sehr bewusst, dass wir hier sind und dass die Kinder am Nachmittag mit hier sind. ...Wobei er natürlich auch sehr viel für uns tut."

7.2 Kinder- und Jugendeinrichtungen/ Jugendsozialarbeit/ freier Jugendbereich

Die Problemlagen der Freizeiteinrichtungen in Friedrichshain sind in den vorangestellten Darlegungen ausgeleuchtet und thematisch konkretisiert worden. An einigen Stellen gibt es den Ansatz, dass nicht immer unbedingt die finanzielle Versorgung und die Ausstattung über die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit entscheiden, sondern die menschliche Eigeninitiative, auch die Wärme und Aufmerksamkeit, die den BesucherInnen zuteil wird. Eine Erzieherin:

„Und das letzte, was ich mir jetzt irgendwie wünsche, ist ein Sack voll Geld und tolle Projekte zu machen, weil ich nämlich wirklich glaube, das lenkt nur davon ab, so nach dem Motto „Spiel mal was schönes, dann denkst du auch mal etwas anderes außer, die Türken sind doof“. Das ist Quatsch. Wir müssen versuchen, mehr Begegnung untereinander herzustellen, um mit den Klischees und den Vorurteilen aufzuräumen. Aber dafür müssten alle mitmachen..."

Die Nutzung des Mediums Sport als einer Möglichkeit, „Teamgeist“, das heißt Gemeinschaftssinn, faires Miteinander, einen zivilisierten Umgang mit Aggression oder Wut, Toleranz und Anerkennung anderen migrantischen Hintergründen oder Nationalitäten gegenüber zu pflegen, taucht häufiger im Jugendbereich auf. Besonders beim Fußball bietet sich an, dies mit „internationalen Mannschaftsspielen“ zu trainieren.

Explizit für die Jugendarbeit nicht zu unterschätzen ist wohl, Brücken über kulturelle Veranstaltungen und kreative, schöpferische Beschäftigungen zu errichten: ob nun Brücken zu unbequemen Themen oder konkret von Friedrichshain nach Kreuzberg und umgekehrt, oder Brücken zu anderen Kulturen. Die Aussage eines Clubleiters kann das bestätigen:

„Viele Seminare und Projekte beschäftigen sich mit dem Thema Rassismus, wobei auch [im Club hier] "Internationale Abende" veranstaltet wurden. Ein besonders positives Beispiel hierbei war ein "Jüdischer Abend", der von Mitgliedern einer Band, die das Jüdische Gymnasium besuchen, mitorganisiert wurde. Sie hatten ihren Musiklehrer und seinen Kumpel eingeladen, die dann Klezmer gespielt haben. Dazu wurde koscher gekocht, und dann haben sie den Segen gesprochen, und dann gab es kleine Diskussionen. Das war wirklich eine schöne Sache, weil die sich auch untereinander kannten, und das war dann auch akzeptiert von anderen Jugendlichen. Das Diskussionsniveau war relativ hoch, da habe ich richtig gestaunt, das wurde richtig philosophisch."

In mehreren Gesprächen wurde geäußert, dass die Freizeiteinrichtung sich auch als Zufluchtsstätte für benachteiligte Kinder und Jugendliche, vor allem für MigrantInnen etabliert habe. Sehr positiv zu bewerten sind demnach Einrichtungen, die sich von vorn herein um die multikulturelle Zusammensetzung ihrer Klientel bemühen.

Bezüglich der Frequentierung des Jugendbereiches oder der dortigen Herausbildung von bestimmten Gruppierungen – das wurde manchmal auch direkt ausgesprochen – ist der Umgang mit gesellschaftlich und politisch desorientierten oder rechten Jugendlichen eine große Herausforderung an die BetreuerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen. Hier muss abermals der eindeutige und wiederholt in Interviews zum Ausdruck gekommene Bedarf an Schulung und an der Vermittlung konkreter Handlungsoptionen erkannt werden! Die Leiterin eines Clubs dazu:

„Wir müssen sie auch fit machen mit dem Umgang mit dem Fremden. Sie brauchen es auch in ihrer Arbeit, egal ob hier schon welche wohnen oder nicht, die müssen so aus ihrem Ghetto raus – „ich bin Hauptschüler und kann eh nichts“. Sie müssen merken, Offenheit bringt was, Fremdes ist was Positives. ... Wenn man dann auch mal guckt in den Club und sagt, mir ist das aufgefallen, dann

wissen sie nicht, was man machen kann. Bei den meisten ist der gute Wille aber da. ...Manchmal kann man auch sagen, mit der Gruppe möchte ich jetzt intensiver arbeiten, aber wenn das so eine Grundlinie ist: Wenn ein Ausländer einfach nur schräg angeguckt wird, weil er nur da ist. Ich sehe da ein großes Problem, wie sollen die anderen Kiddies das lernen. ...Aber wir haben jetzt auch in der Sozialraum AG beraten, dass in der Kita regelmäßige Angebote, wie man Themen sicher bearbeitet, auch wichtig sind. Nicht erst in der Schule damit beginnen. ...Mit den Mitteln ist es halt schwer. Es sollte auch Geld geben für Honorare, dass man sich auch mal Fachleute reinholen kann. Prävention ist das Billigste, klar."

Für diejenigen im Jugendbereich Beschäftigten, die ein klares Wissen und Bewusstsein über die Themen Rechtsextremismus und rechte Jugendkultur haben, bietet sich manchmal die Strategie des „Über-rumpelns“ an, das heißt der spontanen oder vorerst unvorbereiteten Konfrontation der Jugendlichen mit als fremd und anders Wahrgenommenem oder mit Geschichte. Ein Jugendarbeiter aus Friedrichshain schildert hierzu:

„Ansonsten weiß ich, dass es in jeder Jugendeinrichtung eine ganz wesentliche Rolle spielt, aber jetzt nicht so plakativ, sondern dass man eher schaut, welche Sprüche so im Alltag geklopft werden, also ganz banale Kleinarbeit. ...Was auffällig war, das war im letzten Jahr das Fest... Das war unter dem Motto "Für Toleranz, gegen Rassismus", und die Jugendlichen, die Schwierigkeiten mit dem Motto hatten, waren trotzdem da und arbeiteten mit, und irgendwann fällt ihnen das dann auf, dass sie an dem Tag etwas ganz anderes machen, als sonst. Sonst gehören ausländerfeindliche Sprüche zu ihrem Alltag, und da richten sie die Bühne her, und es tanzen Angolaner da oben, und die Jugendlichen finden das nachher auch gut."

Ein Mitarbeiter über die politische Bildungsarbeit seines Jugendclubs:

"Wir machen seit Jahren Fahrten, unter anderem nach Flecken-Zechlin, z.B. zum Thema "Alltag im KZ", solche Themen funktionieren nur, wenn man mit denen wegfährt, damit sie den Kopf freihaben. Und dann gibt es noch freitags schulfrei, das ist natürlich auch noch mehr Anreiz. Die fahren jetzt nicht, weil sie Sachsenhausen so wahnsinnig interessant finden oder ...diskutieren wollen, sondern weil sie wissen, da können sie Kanu fahren, und da ist eine Kneipe im Keller, aber sie wissen, dass sie an den Seminaren teilnehmen müssen – und es bleibt erstaunlich viel hängen."

Natürlich gibt es auch den methodischen Ansatz, feste Regeln für einen Club aufzustellen, wie solche:

„Keine Gewalt, keine Drogen, kein Alkohol, so was natürlich. Und dass eben die Einrichtung für alle offen ist, die diese Regeln einhalten. Es wird niemand gemobbt, ausgegrenzt und sowieso keine Gewalt ausgeübt. Aber auch nicht verbal, wenn einer schreit, hier soll kein Ausländer mehr rein, dann muss er gehen. Also, nach einem Gespräch, wenn er das dann immer noch behauptet. ...Es waren immer regelmäßig Reflexionen im Team, und wir haben da immer sehr genau hingeguckt, auch mit Fachleuten ab und zu. Thema „Rechte Musik“, da waren die dabei, es ist eine lange Sache..."

Unter den Jugendeinrichtungen in Friedrichshain existieren bislang noch relativ wenige, die sich inhaltlich konkret mit dem Nationalsozialismus, dem Holocaust, dem II. Weltkrieg, Rassismus und Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus und Homophobie befassen. Dafür sehen jene, die schwerpunktmäßig da ansetzen, ihre Arbeit sehr bewusst als eine aufklärende, mahnende und vorbeugende bis intervenierende an. Die Leiterin eines solchen Projektes erläuterte:

„Die (Einrichtung) hat zum einen das Ziel, Jugendliche zu motivieren, anzuregen, sich mit der eigenen Identität oder mit der eigenen deutschen Geschichte und Verantwortung dahingehend zu beschäftigen, dass wir uns mit dem Alltag von Jugendlichen zwischen 1933 und 1945 auseinander setzen. ...Wir wollen etwas bringen, was für Jugendliche aus dem eigenen Umkreis her nachzuvollziehen ist, was räumlich und von der Vorstellung her weit entfernt ist von den Schrecken in Konzentrationslagern, also ganz Naheliegendes – das ist der Hintergrund. ... Wir beschäftigen uns vor diesem Hintergrund auch mit aktuellen Fragen – mit der Situation von Ausländern und Asylbewerbern, ganz speziell mit Fragen der Diskriminierung und mitmenschlicher Verantwortung – z.B. gegenüber Leuten, die heute anderswo verfolgt sind. ...Wir haben im letzten Jahr auch eine Aktion zum Thema Stammtischparolen gemacht – "Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg" usw. – und da haben wir auch versucht, Gegenargumente an die Leute zu bringen... Das ist so das Hauptbeschäftigungsfeld im Freizeitbereich. Außerdem bieten wir Projektveranstaltungen an Schulen an, Veranstaltungen und Freizeitveranstaltungen an, wo diese Themen den Mitschülern nahe gebracht werden."

Die Vernetzung der Jugendeinrichtungen untereinander, aber besonders über die beiden Bezirkshälften hin, stellt ein aktuelles Problem dar. Vielfach sind Anläufe und Versuche der Kooperation unternommen, in den meisten Fällen jedoch rasch wieder aufgegeben worden. Wenn dann beispielsweise von Jugendclubs aus Friedrichshain und Kreuzberg gemeinsame „Wahlen“ durchgeführt werden, oder wenn über die ehemalige Grenze hinweg eine Netzwerkstelle aufgebaut werden soll, die das Ziel hat, verschiedenste zivilgesellschaftliche Projekte und Institutionen zu bündeln, so kann man das schon – oder leider noch – als Musterbeispiele bezeichnen.

7.3 Verwaltung / Polizei

Das Grundprinzip und gleichsam das Problem hierarchisch aufgebauter Strukturen ist, dass diese einer Befehlslinie von oben nach unten folgen. Für die BefehlsempfängerInnen und AutoritätsträgerInnen der mittleren und unteren Ebene scheint es vereinzelt üblich zu sein, sich die eigene Überlegenheit gegenüber noch weniger mit Befugnissen ausgestatteten und als schwächer angesehenen Personen durch Arroganz, Bevormundung und Erniedrigung zu beweisen. Es trifft dann zumeist MigrantInnen oder Angehörige von sozial und politisch an den Rand gedrängten Minderheiten, wie zum Beispiel Menschen mit niedrigem Bildungsgrad, wohnungslose Menschen, Minderjährige, so genannte Behinderte, Jugendliche mit „alternativem“ oder subkulturellem Outfit oder Menschen, die sich durch eine vornehmlich geistige und künstlerische Beschäftigung nicht so einfach in die technokratischen und bürokratischen Gepflogenheiten einfinden können. Das ist bis heute Alltagsrealität auf Ämtern und bei Behörden, die schließlich eine gewisse Machtstellung besitzen und diese auch ausnutzen. Die Zahlen derer, die dagegen mit der Einforderung von Transparenz und Menschlichkeit vorzugehen versuchen, sind karg. Eine Gesprächspartnerin, die sich vor allem um obdachlose Menschen in Friedrichshain kümmert, nannte ihr oberstes Gebot beim Umgang mit den zum Teil schwer Kranken:

„Wenn ich möchte, dass er mich respektiert, muss ich ihn zuerst respektieren.“

Und sie schilderte ihre Strategie:

„Ich brauche heute eine ganz nette Bearbeiterin – „Aber das bin ich doch“ – ...Ach, das ist aber ein Glück heute, ich weiß, sie kennen den auch, das ist ganz schwierig... – „Na gut, dann soll er noch mal kommen“. – Es geht nicht anders. ... Ich denke, manche Sozialämter sind berühmt berüchtigt... Ich kann nur ein paar Leute anrufen und sagen, machen sie mich schlau, da blicke ich nicht durch. Und manchmal rufe ich einen an auf dem Sozialamt, bevor ich einen anderen anrufe, damit ich genau weiß, was es für Rechte da gibt, wenn ich das nicht weiß, was für Rechte er hat. Wenn er (der Bearbeiter) dann sagt, gibt es nicht, dann kann ich sagen, gibt es doch, da gibt es doch noch Möglichkeiten.“

Als großes Manko ist die interkulturelle Öffnung sowie Aus- und Fortbildung auf Ämtern herausgestellt worden. Die bereits dargelegten, zumeist negativen Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen sozialer und aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängter Minderheiten zeigten dies deutlich. Aber auch Angestellte von Ämtern und Behörden bestätigten, dass es sich hierbei um ein miss- bis verachtetes Themenfeld handelt. Es sind wiederum Einzelne, die aus eigenem Antrieb oder aus eigener Betroffenheit heraus z.B. Schulungen und Seminare absolvieren und ihre Erkenntnisse, was entscheidend ist: auch im Arbeitsbereich an ihre MitarbeiterInnen weitertragen. Hier der bezeichnende Ausschnitt aus einem Interview dazu:

„Die Zeit, wo ich die Fortbildung gemacht habe, habe ich natürlich den Kollegen auch berichtet über bestimmte, auch interessante Dinge oder Dinge, die man sonst nicht weiß, wenn man sich nicht dafür interessiert – das habe ich schon gemacht. Und wir machen das auch im Fachbereich... Und dann ist es natürlich nützlich für meine eigene Arbeit...“

Frage: Aber diese Ausbildung, haben Sie die aus eigenen Stücken gemacht, oder gab es da so ein Angebot hier von der gesamten Dienststelle, dass gesagt wurde, im Zuge dieser kulturellen Öffnung muss jetzt ein Mitarbeiter diese Ausbildung machen oder sollte?

Es war beides – einmal, dass es an mich heran getragen wurde, dass das gut wäre, dass das einer von den Kollegen macht, und dann wurde ich auch direkt angesprochen, weil ich selber keinen deutschen Hintergrund habe – und es war auch mein Interesse, natürlich.

Frage: Aber es ist nicht angedacht, dass Sie jetzt so etwas wie eine Multiplikatorinnenrolle einnehmen?

Nein, das ist nicht angedacht. Also das war es wohl damals vor anderthalb Jahren – aber in der Zwischenzeit haben sich die Strukturen so verändert, dass das momentan nicht angedacht ist."

Ein Beispiel dafür, wie eine allgemeine Öffnung von Behörden und deren Kooperation mit unabhängigen AkteurInnen sowie mit anderen EntscheidungsträgerInnen aussehen kann, wurde von einer in solchen Prozess involvierten Gesprächspartnerin beschrieben:

„Und insofern ist das aber in diesem Sozialraum, in dem wir uns jetzt hier im Friedrichshain befinden, tatsächlich gut, weil in der Sozialraum AG eben auch der Bereich der Mieterberatung mit am Tisch sitzt und eben die Schulen teilweise, dann eben auch die Migrationsbeauftragte und eben das Sozialamt mit dabei ist und die Polizei mit dabei ist – das heißt, man hat wirklich schon mal auch, zumindest in diesem kleinen Segment, diese ämterübergreifende Arbeit manifestiert in einer gewissen Weise, so dass z.B., wenn ...Veranstaltungen sind, die Polizei immer auch mal mit dabei ist – also nicht nur als „Feind“, sondern eben auch das positiv begleitet. ...Und die haben z.B. auch zu der Aktionswoche gesagt: „Wir sind auch vor Ort und stehen als Ansprechpartner für Diskussion zu Verfügung.“ – Das haben jetzt nicht so super viele Leute genutzt, aber es kamen eben auch Gespräche zustande, also um einfach mal auch dieses Negativeimage der Polizei, mit der auch letztendlich sehr viele zu kämpfen haben, mal abzubauen und zu sagen: „Wir sind eigentlich auch für euch da – nicht nur gegen euch, sondern eben auch für euch.“ "

Wenn es um zivilgesellschaftliche Potenziale geht, ist es unerlässlich, von Seiten der Bezirksverwaltungen und KommunalpolitikerInnen um die aktuelle Situation und die örtlichen Zustände zu wissen, um letztlich Maßnahmen gegen undemokratische und unsoziale Erscheinungen veranlassen zu können: *„Ich finde es schon mal gut, dass dieser Auftrag (für die Studie) überhaupt zustande gekommen ist. Das bedeutet nämlich, dass man da irgendwie merkt, dass sich was tut. Dass da eine Entwicklung ist, der man Einhalt gebieten sollte.“* So verlautbarte die Mitarbeiterin einer Friedrichshainer Jugendeinrichtung im Interview.

7.4 Öffentlicher Raum

Nach mehreren Aussagen muss festgehalten werden, dass sich die MieterInnen in manchen Wohnbereichen und besonderen Problemlagen nicht ausreichend durch die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) betreut sehen. In der Mieterberatung des Berliner Mietervereins haben die BürgerInnen schließlich die Möglichkeit, ihre Sorgen und Anliegen vorzubringen und gegebenenfalls von RechtsanwältInnen übernehmen zu lassen. Aber auch der Mieterverein selbst nutzt seine Möglichkeiten, unverhältnismäßigen oder ungesetzlichen Bestrebungen zusammen mit den AnwohnerInnen entgegen zu wirken. So z.B. mit der Initiierung einer „Mietergemeinschaft“ in der Frankfurter Allee, um die dort geplanten Vorhaben der WBF prüfend zu begleiten. Bemerkenswert ist außerdem, wie der Mieterverein mit anderen Instanzen und Institutionen kooperiert – z.B. mit dem Quartiersmanagement, mit der bezirklichen Mieterberatung ASUP, mit dem Bezirksamt, mit dem Baustadtrat, in Personen ihrer eigenen „Bürgerdeputierten“ innerhalb von Parteifraktionen sowie in den verschiedenen Ausschüssen.

Als sehr hilfreich und positiven Entwicklungen entgegenkommend wurden in Gesprächen immer wieder die persönlichen Begegnungen zwischen Menschen überhaupt, im Besonderen die zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturen und verschiedener Tätigkeitsbereiche im Sozialraum hervorgehoben. Ob dies die alle 6 bis 8 Wochen stattfindenden „Kiezzrunden“ am Rudolfplatz (Sozialraum VIII – Südost-Friedrichshain) unter Teilnahme von SozialarbeiterInnen des Bezirksamtes, des Kontaktbereichsbeamten (KOB) und Vertretern ansässiger Kinder- und Jugendeinrichtungen sind. Oder ob mit SeniorInnengruppen Besuche nach Kreuzberg unternommen werden, wobei dann z.B. der Görlitzer Park als „türkisches Phänomen“ oder die Straßenzüge rund um den „Kotti“ durchwandert werden. Oder ob schließlich Träger in der sozialen Arbeit gemeinsam mit Friedrichshainer SchülerInnen Feste für Obdachlose in Kreuzberg ausgestalten. Umgekehrt wurde von GesprächspartnerInnen die Solidarität der FriedrichshainerInnen für die letztgenannte Gruppe betont: BürgerInnen helfen mit Sachspenden und Geld, ein Friedrichshainer Träger gewährleistet die Versorgung mit täglichen Mittagessen in den lokalen „Wärmestuben“. Auffällig ist bei den erwähnten Beispielen, dass aus dem Hintergrund bereits kleine Netzwerke wirken! Exemplarisch für guten Austausch und Kooperation im Kiez steht die Arbeit des Quartiersmanagements Boxhagener Platz in Zusammenhang mit der oben bereits erwähnten Sozialraum AG (Sozialraum VIII – Zentral- bis Südost-Friedrichshain), auch über das Programm „Soziale Stadt“. Über diese Vernetzung werden Kiez- und Kinderfeste organisiert; es werden Projektwochen an Schulen mitgestaltet, Fußballspiele unter bestimmten Motti initiiert; das Zustandekommen eines Theaterstückes, von Ausstellungen, einer CD und von Internetpräsenz wurde unterstützend begleitet; es gab eine Aktionswoche zum Thema „Demokratie und Toleranz“...

Eine Friedrichshainer Jugendinitiative nimmt den Weg zu den sich im öffentlichen Raum bewegendenden MitbürgerInnen unmittelbar, um so mit Themen zu konfrontieren, die für den Alltag und die Außenwahrnehmung der meisten Menschen nach wie vor eine wohl eher untergeordnete Rolle spielen:

„Da gibt es z.B. einmal im Jahr zum 27. Januar [„Tag der Opfer des Nationalsozialismus“; 1945 – Befreiung des KZs Auschwitz] eine „Fahrende Ausstellung in der S-Bahn“, wo wir ziemlich gut mit der S-Bahn zusammen arbeiten... Da gibt es Theaterszenen, um das Thema zu veranschaulichen, da gibt es Gespräche mit Zeitzeugen und Interviews, aber auch ganz aktuelle Themen werden da aufgegriffen. Z.B. sind wir den ganzen Tag unterwegs, und die Leute steigen halt aus Versehen in unseren Wagen mit ein, der in dem regulären Zug ist, und müssen dann sehen, wie sie bis zur nächsten Station irgendwas aufnehmen. Manche tun das dann auch gerne länger... Wir haben im letzten Jahr auch einen Fragebogen ausgearbeitet, mit dem sich dann die Leute auseinander setzen mussten – z.B. die Frage, wie viel Prozent Juden 1933 in Deutschland gelebt haben, und das wussten die meisten nicht zu beantworten – dass es nur 0,9 Prozent gewesen sind – also die schätzen das mit 20 bis 30 Prozent ein. Auf diesen Ebenen versuchen wir das anzugehen, und da war uns auch wichtig, dass die Leute nicht ohne korrekt ausgefüllten Antwortbogen wieder aussteigen.“

so die Projektleiterin der Initiative.

„Wir haben ein spezielles mit der Polizei gehabt, weil wir uns an dieser Aktion „Noteingang“ beteiligten. Dann haben wir einige Multiplikatoren ausgebildet, die dann wiederum Personal ausbilden in diesem Bereich. Wir machen das jetzt wieder, weil gewisse Fluktuationen gibt es auch bei unserem Personal und legen da jetzt noch mal so eine Ausbildung auf. Wir haben auch eine Ausbildung in Gesprächsführung. Inhalte richten sich auch nach Kundenkontakten, wie sich der Kunde eben bei uns beschwert. Wenn dann wieder Beschwerden kommen, das Personal ist unhöflich oder so, müssen wir das ausbilden. ... Wir haben eine Betriebsvereinbarung, die ist eigentlich sehr fortschrittlich auf dem Sektor. Wir haben, soweit mir bekannt ist, als einzige eine Betriebsvereinbarung, die vorgibt, was zu tun ist, wenn Radikale auftauchen. Wir sind auch im Bundesverband sehr dafür gelobt worden, weil es sich auch darauf bezieht, dass Personal, das erkennbar rechte Tendenzen aufweist, entlassen wird.“

Das hier geschilderte Konzept, wie es Sicherheitsbeauftragte der S-Bahn-GmbH im Interview darstellten, trägt in jedem Falle einen positiven Ansatz in sich und könnte tatsächlich „Schule machen“. Leider gibt es in der Realität jedoch hin und wieder betrübliche Anlässe zur Beanstandung eben solcher Vereinbarungen und Schutzfunktionen. Wie die Tageszeitung am 14.10.2002 berichtete, kam es am 08.10.2002 zu einem rassistischen Überfall von drei deutschen Jugendlichen auf eine Schwarze Studentin – sie wurde beschimpft, geschlagen und ihr wurde mit Mord gedroht. In dieser Situation wurde ihr jegliche Hilfe von Seiten eines BVG-Angestellten verweigert. Die sie begleitende Mutter gab das Geschehen über die ‚Taz‘ wider:

„Als Gabriele N. daraufhin den Fahrer einer gerade an der Haltestelle einfahrenden Straßenbahn der Linie 18 durch das geöffnete Fahrerfenster ansprach und bat, die Polizei zu rufen, geschah das für sie Unfassbare: Der Mann schloss die Türen, die Straßenbahn fuhr davon. Auch beim nächsten Versuch, Hilfe zu bekommen, blitzte die Mutter ab. Ein Passant antwortete auf die Frage, ob er per Handy die Polizei verständigen könne, mit Nein. (...) Die gelben Aufkleber „Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen“, mit denen die BVG sich seit einem Jahr flächendeckend an der „Aktion Noteingang“ beteiligt, sind auch an der Straßenbahn der Linie 18 nicht zu übersehen.“

So formulierte die „Taz“ die scharfe Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Der Brückenschlag von Ost nach West und umgekehrt scheint nach allem bisher Dargelegten noch immer in der Anfangsphase zu verweilen. Andererseits sind bereits Beispiele dafür vorgestellt worden, wie man außerhalb fester Kooperationsstrukturen konkret den öffentlichen Raum als Stätte der Begegnung nutzen kann. Abschließend dazu soll hier noch eines aufgezeigt werden – die Sprecherin eines Trägers verschiedener Projekte im Gesamtbezirk:

„Und insofern sind natürlich die Vorbehalte gegenüber Kreuzberg schon da, obwohl es ja auch schon Projekte gab... – dieses „Spreebeben“, was vor 2 Jahren stattgefunden hat oder im Sommer letzten Jahres – das ist ein Projekt, wo sie den Landwehrkanal überwunden haben, ein Fest zwischen Friedrichshainer und Kreuzberger Jugendeinrichtungen gemacht haben, wo sie eben alle möglichen Wasserfahrzeuge errichtet haben und die gemeinsam über das Wasser so Wettkämpfe und Spiele gemacht haben. Eigentlich eine ganz schöne Idee, weil das ja tatsächlich auch die Trennlinie ist.“

7.5 Initiativen mit zivilgesellschaftlichem Engagement

„...jetzt haben wir die Fusion... – das Berlin, was wir jetzt haben, ist ein ganz anderes Berlin! Da drin sind Wessis, Ossis, Schwarze Deutsche, türkische Deutsche, brasilianische Deutsche – verschiedene Deutsche. Und dieses neue Berlin sind nicht nur die Berliner mit blauen Augen – es sind viele verschiedene Gruppen...“

so das Statement eines Gesprächspartners afrikanischer Herkunft – ein Plädoyer für die Aufgabe einer „ethnisierenden Brille“.

Mit den bisher vorgestellten InitiatorInnen und Initiativen, die ganz direkt ein zivilgesellschaftliches Potenzial aufweisen und zur Demokratieförderung beitragen, sind schon etliche freie Träger, Gruppen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) aufgetaucht. Im Folgenden sollen nun noch besonders diejenigen Vereine und Organisationen zu Wort kommen, welche sich aus persönlichen Betroffenheiten für eigene und darüber hinaus gesamt-gesellschaftliche Belange einsetzen. Damit sind vor allem migrantische Zusammenschlüsse gemeint, die aus ihren bestimmten Notwendigkeiten heraus zum großen Teil am effizientesten Netzwerkarbeit betreiben und sehr stark an einem Austausch von FriedrichshainerInnen und KreuzbergerInnen interessiert sind. Meist haben sich diese engagierten Personen anfänglich zusammen getan, weil ihnen von an sich verantwortlichen Stellen oder zuständigen Institutionen keine Hilfe gegeben wurde, oder weil sich gleiche Problemlagen, dieselbe Herkunft, Sprache und Kultur für ein gemeinsames Agieren anboten. Die Sprecherin für einen Friedrichshainer Träger erzählte:

„Ich bemühe mich als Gesellschaft, mit Politikern und auch auf Bezirksebene mit den Leuten zusammen zu arbeiten. ...Wir haben in diesem ersten Jahr sehr eng mit ISI e.V. zusammen gearbeitet – die Initiative selbständiger Immigrantinnen, die Existenzgründerinnen-Kurse machen für ausländische Mädchen und Frauen...“

Zu einem im Juni 2002 gestarteten Projekt zum Zusammenbringen Jugendlicher und Kinder aus Friedrichshain und Kreuzberg mit unterschiedlichen Migrationshintergründen betonte sie die enge Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Immigrationsangelegenheiten, Barbara John, und berichtete weiterhin:

„Das Projekt hat angefangen in Kreuzberg in der ...Grundschule zu arbeiten – das ist eine sehr engagierte Schulleiterin, die wirklich in der Richtung sehr viel macht, und wo wir gesagt haben, wir wollen über eine Form von Patenschaften erreichen, dass die hier rüber kommen, um bestimmte Sehenswürdigkeiten in Friedrichshain sich anzugucken und umgekehrt – das halte ich für einen sehr wichtigen Ansatz, um dieses Abkapseln von Bevölkerungsgruppen anzugehen... Wir machen prinzipiell, wenn wir Sprache anbieten, das als so genannte sprachkommunikationsfördernde Zirkel, d.h. wir versuchen, gerade den Kindern in Vorschulprojekten über Spiele die Sprache näher zu bringen... Klar, wir helfen den Kindern auch bei Hausaufgaben, aber ich denke, gerade bei Vorschulkindern und Grundschulkindern ist einfach die Möglichkeit, über spielerische Formen sprachlichen Zuwachs zu erreichen, viel größer. ...Wir sind auch Mitglied mehrerer Netzwerke... Wir gehören auch nicht zu denen, die unter dem Motto Konkurrenz alles jetzt wegschieben, sondern wir sagen, wir können nur gemeinschaftlich was machen.“

Eine Familienberaterin erläuterte ihre Kontakte auf die Frage hin, mit wem sie kooperiert:

„Zum Beispiel mit ARNE (Arbeitskreis Neue Erziehung)... , die direkt als interkulturelle sich versteht und über verschiedene Kollegen auch Beratung in verschiedenen Sprachen anbietet – in Türkisch, in Arabisch, Polnisch, Russisch – die haben solche Auswahl. Oder auch mit dem IAF, die ja auch Beratung für ausländische Mitbürger anbieten. ...die Vernetzung, die ich habe, die ist sozusagen sehr persönlich entstanden... Aber natürlich: Wenn ich jemanden mit Migrationshintergrund habe und ich denke, es wäre wichtig, dass der bei einem männlichen türkischen Therapeuten ist, dann stelle ich die Verbindung her – das ist erst mal eine Vernetzung, die aus einem Fall entstanden ist und die ich dann beibehalte, wo ich mich hin wenden kann oder auch Kollegen anrufen kann – z.B. aus dem afrikanischen Raum, dass ich mir einfach einen Rat holen kann, oder aus dem asiatischen Raum..., wo ich anrufen kann.“

In eine soziokulturelle Einrichtung in Friedrichshain kommen z.B. Frauen aus dem Iran, aus Aserbaidschan, Armenien, darunter viele Frauen mit intellektuellem / akademischem Hintergrund. Deutschsprachkurse sind hier nicht direkt im Angebot, aber es gibt Deutsch- und Englisch-Nachhilfe für MigrantInnenkinder mit russischem und arabischem Hintergrund. Veranstaltet werden auch regelmäßig Weihnachtsfeiern – hier werden v.a. Frauen angesprochen, die älter sind oder sonst nur selten zum Treff kommen. Anvisiert war ein Zusammenkommen von AussiedlerInnen und anderen MigrantInnen – dabei

wurden beeindruckende Lebensberichte erzählt, daher sind ein Interesse der verschiedenen Frauen aneinander geweckt und neue Kontakte ermöglicht worden; ähnliche Erfahrungen haben die Projektleiterinnen bei Lesungen gemacht, wobei man bestimmte Vorurteile, die v.a. auch ältere AussiedlerInnen oder SeniorInnen haben, aufbrechen konnte. Eine der GesprächspartnerInnen ist besonders für die hier lebenden KünstlerInnen nicht-deutscher Herkunft aktiv – Musik und Theater sind gute Medien des Zusammenkommens; die Veranstaltungen sind sehr multikulturell angelegt: Es werden pakistanische, afrikanische, russische und molussische Musik und InterpretInnen präsentiert. Zudem bietet die Einrichtung eine Behindertenberatung an. Feste Kontakte bestehen zu anderen Frauenprojekten und zu einem Friedrichshainer Frauenzentrum – der Versuch, in übergeordneten Gremien des Gesamtbezirks mitzuwirken, war vorerst gescheitert.

Der Leiter einer anderen soziokulturellen Einrichtung in Friedrichshain berichtete über die Entstehung und das Profil dieser Institution:

„Das waren die Projekte, die da gesagt haben, wir müssen die Räume maximal ausnutzen, die technischen Sachen zusammenführen und nutzen, das ist dann effektiver. Und natürlich durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Kollegen aus Chile, Uruguay, aus Vietnam, aus Deutschland, aus Madagaskar, aus Mosambik, aus Angola gibt es eine Vielfalt an Klientel, die Zulauf gehabt haben, die a) den Lebensalltag als interkulturelle Begegnungsstätte wesentlich bereichert hat, und zum anderen, sagen wir mal: Die erste Tür ist die soziale Schiene. Wenn sie aus der ersten Tür dann wieder rausgehen mit einem Lösungsvorschlag oder einer Lösung ihres Problems, dann haben natürlich auch die anderen Projekte die Möglichkeit, davon zu schöpfen und ihnen ihre Angebote zu unterbreiten. ...So dass wir schlechthin als interkulturelle Begegnungsstätte nicht nur eine Nische bilden für eine bestimmte Gruppe, wie das in Kreuzberg der Fall ist oder in anderen Stadtbezirken, sondern wir darüber hinaus vielen Leuten eine Gemeinschaft, man könnte auch sagen Ersatzfamilie geben. Wo sie sich dann treffen und international – über die deutsche Sprache – verständigen, weil wir darüber hinaus auch Deutschkurse anbieten und somit für alle eine gleiche Verständigungsmöglichkeit schaffen. Und wir haben zu Veranstaltungen, die in unserem Haus durchgeführt wurden und werden, mehr als 25 verschiedene Nationen, die hier zusammenkommen, die hier feiern und gemeinsam Probleme besprechen. Es ist bisher nie dazu gekommen, dass Alkoholmissbrauch oder Drogen oder Gewalt in irgendeiner Form zum Tragen gekommen sind. Ich denke, dass es ein guter Ansatz ist, mit den Leuten aus 7 verschiedenen Nationen, die hier arbeiten, früher waren es 9, zur Völkerverständigung, zum Abbau von Vorurteil, von Rassismus. ...Wir haben Initiativen, mit denen wir zusammenarbeiten, das ist z.B. der Flüchtlingsrat, die Anti-Rassistische Initiative, Pro Asyl. Wir haben das Einzelschlichtungsnetzwerk, wir haben das Netzwerk vom Flüchtlingsrat – die Arbeitsgruppe junger Flüchtlinge, dann die Arbeitsgruppe Medizin. Wir haben den Bereich Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge (MUF) vom Fachverband in den Beherbergungs-Einrichtungen von MUF und Vertreter von JA, so dass das Spektrum sehr vielfältig ist und wir durch die regelmäßig stattfindenden Beratungen eigentlich auch über die aktuelle Situation, über Bereiche, die neu dazu kommen oder wieder aufgenommen werden von dieser oder jener Stelle, auch rechtzeitig informieren können.“

Zum Abschluss soll dem Vertreter einer Vereinigung von MigrantInnen in Friedrichshain eine Stimme verliehen werden, der ganz deutlich die allseitige Verantwortung für eine lebendige, gesamtgesellschaftlich und dauerhaft wirksame Demokratie einfordert:

„Ich will nur so sagen: Friedrichshain und Kreuzberg, die haben ein ganz riesiges Potenzial. In Kreuzberg sind viele verschiedene, Türken und so – und hier sind Immigranten, die haben noch DDR-Erfahrung – und was kann man aus dieser Connection machen, das ist nun die Frage – und um dieser negativen Entwicklung vorzubeugen: Aktivität! Und nur Connection von schlechter Erfahrung – das bringt uns nichts ein, ist bloß ein Prinzip. Die Prophylaxe von Aktivität – dass dieser Bezirk attraktiv (wird) und diese negativen Momente ganz irgendwie ausblendet – in diese Richtung zu arbeiten. Zum Beispiel: Das Rathaus arrangiert mit der Schule, dass wir in die Schule gehen und einen Vortrag halten, eine kleine Veranstaltung organisieren – zum Beispiel ein „Tag Afrika“ – wir können für die Lehrer ein Programm entwerfen als ein pädagogisches – das wäre doch was! Und da können die Leute bereden, was es in dieser Beziehung gibt – und das muss doch vom Rathaus gefördert werden: Wer von den Vereinen ist bereit, dieses Programm zu machen – und da werden sie sich melden – gut, HipHop: Gymnasium, ab 10. Klasse, die machen das – Privatkindergarten: ein bisschen Programm – und da werden wir mit den Lehrern zusammen kommen, mit jemandem vom Rathaus, um das zu realisieren – und so können wir viel bewegen. Nur die Probleme zu sammeln und keine Lösungen zu finden – das ist einfach! Aber diese Herausforderung zu akzeptieren – das ist nämlich das aller Wichtigste! Wir sind nicht nur da, die Probleme zu analysieren, aber Lösungen zu finden! Und deswegen habe ich gesagt: Wenn Berlin die MigrantInnenorganisationen ernst nimmt, dass man sagt: „Ihr lebt doch hier, ist doch euer Land – was könnt ihr in Deutschland?“ – da wird was raus kommen!“

V. Zusammenfassung des empirischen Teils

Angelehnt an unseren theoretischen Rahmen lassen sich für Berlin-Friedrichshain u.a. folgende empirische Ergebnisse festhalten:

- Im Bezirk existiert eine aktive rechtsextreme Kameradschaft, deren Wirkungskreis jedoch auf Berlin als Ganzes und deutlich weniger auf den Bezirk selber ausgerichtet ist. Sie ist im Bezirk selber keine bestimmende politische Kraft, verfügt jedoch über Potentiale, die nicht zu unterschätzen sind.
- Es existieren Ansätze einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur im Bezirk. Mehrere soziale Räume wurde dabei als Brennpunkte ausgemacht, die näher zu untersuchen sind. Diese Jugendlichen sind im Gegensatz zu anderen Orten nicht bestimmend bzw. dominant in Bezug auf den ganzen Bezirk. Dennoch gelingt es ihnen schon, Ansätze von Angstzonen für Opfer rechtsextremer Gewalt zu entwickeln.
- Sehr deutlich wurde auf das generationsübergreifende Problem alltagsrassistischer Denk- und Verhaltensweisen im Bezirk hingewiesen. Hier steckt ein Potenzial für rechtsextreme Organisationen und Strukturen, das bisher nicht abgerufen werden konnte; aber dennoch zu Reaktionen bei denjenigen führte, die aus dem engen Raster rechtsextremen Denkens fallen. Es macht sich bemerkbar in alltäglichen Diskriminierungen, Sprüchen und ähnlichen Verhaltensweisen.
- Es existiert im Bezirk ein großes Potenzial demokratischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen im Schul- wie im Jugendkontext und auch darüber hinaus. Bestimmendes Diskursthema in diesen Institutionen ist die große Sorge vor dem finanziellen Kahlschlag, deren Wirkung uns angesichts der rechtsextrem orientierten Potenziale überaus bedrohlich erscheint. Wir befürchten im Falle eines Wegfalls vieler dieser Initiativen, dass ein Vakuum entsteht, dass von rechtsextremer Seite ausgefüllt werden könnte, indem es die demokratiefeindlichen Potenziale aufgreift und radikalisiert. Vor diesem Hintergrund halten wir ein bezirksübergreifendes Engagement für dringend notwendig. Anbei haben wir für Friedrichshain einen Vorschlag unterbreitet, wie ein solches organisiert werden könnte.

VI. Gegenstrategien

Die Formulierung von Handlungsempfehlungen ist immer mit Risiken verbunden. Das „Zentrum Demokratische Kultur“ (ZDK) agiert als externer Akteur. Die „wahren Experten“ sind jedoch immer die Personen, die in dem entsprechenden sozialen Raum leben und diesen damit gestalten. Trotzdem hat ein externer Akteur gewisse Vorteile: Zum Einen haben wir natürlich die Studie geschrieben und sind damit aussagefähig in Bezug auf viele spezielle Fragen im Bezirk. Zum Anderen sind wir jedoch auch frei von Bindungen. Beispielsweise kann uns bald keiner mehr Geld entziehen, wenn wir etwas Unangenehmes artikulieren, da wir sowieso keines mehr kriegen. Wir können somit frei von existentiellen Ängsten Probleme ansprechen und unsere Positionen dazu äußern. Wir hoffen damit unser eingangs formuliertes Ziel, die Schaffung eines demokratiefördernden Diskurses, erreichen zu können.

Bevor wir einige konkrete Punkte und Ideen skizzieren, möchten wir in einem kurzen theoretischen Abschnitt einige Worte zu einem theoretischen Leitbild verlieren:

Leitbilddebatte

Die Frage, was gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung oder sonstige Ausgrenzung zu tun sei, füllt wohl sortierte Bibliotheken. Im Anhang stellen wir dazu eine Auswahl an Literatur zusammen, auf die wir gerne verweisen wollen. An dieser Stelle seien jedoch einige eigene Gedanken gestattet.

Viel Engagement ist mit einer Antihaltung verbunden. Da wird gegen Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Diskriminierung argumentiert. Das ist sicherlich zu begrüßen, beantwortet aber nicht die Frage, was Alternativen zu den genannten Phänomenen sein könnten. Oder präziser und dezent provokant formuliert: Gegen das Böse zu sein, sollte eigentlich selbstverständlich sein; aber was ist das Gegenstück zum „Bösen“? Unsere These ist, dass es nicht reicht, nur gegen etwas zu sein, sondern es muss auch ein wofür geben. Unser Grundgesetz gibt uns dafür mit dem Bezug auf die Menschenrechte und das Prinzip der Demokratie eine Antwort, auf welcher Grundlage die Gesellschaft agieren sollte, wobei das Grundgesetz nur eine Grundlage liefert, die es zu interpretieren und zu gestalten gilt.

Die Benutzung des Begriffs der Demokratie ist an dieser Stelle mit Risiken verbunden. Eine allgemein gültige Definition besteht nicht. Vielmehr schreibt Katz zu Recht: „Es gibt nicht nur eine Demokratie, sondern viele verschiedene Demokratien“ (Katz 1997) und Held ergänzt: „Es gibt nicht nur eine Demokratietheorie, sondern viele verschiedene Demokratietheorien.“ (Held 1996) In der Antike bestand ein anderes Demokratieverständnis als im Staatssozialismus als in den westdeutschen Systemen u.s.w.²² Es ist somit unumgänglich, einige definitorische Versuche zu starten, um den Begriff zu klären.

Viele verstehen unter Demokratie alleine einen Akt der Volksherrschaft und leiten dieses von „demos“ = das Volk ab, wogegen natürlich auch nichts spricht. Diese Volksherrschaft kann sich in der Praxis sehr unterschiedlich ausdrücken. Beispielsweise können alle Beteiligten sich regelmäßig treffen und über alles debattieren und abstimmen. Oder es werden Repräsentanten gewählt, die von diesen regelmäßig legitimiert und für diese Entscheidungen fällen dürfen. Diese Entscheidungsfindung findet dabei schon aus Gründen praktischer Natur selten mit dem Konsensprinzip, sondern meist durch einen wie auch immer gewichteten Mehrheitsentscheid statt. Und damit wird es kompliziert: In Lehrerfortbildungen stellen wir an dieser Stelle gerne folgendes fiktives Bild vor:

Die Bevölkerung hat nach allgemein anerkannten und fairen Regeln auf begrenzte Zeit ein Parlament gewählt mit einhundert Repräsentanten, die per Mehrheitsentscheid Beschlüsse allgemeiner Natur fällen dürfen. In der ersten Parlamentssitzung beschließen 51 gegen 49 Repräsentanten, dass die 49 Minderheitsrepräsentanten kollektiv ermordet werden und das Parlament auf 51 Mitglieder reduziert wird. Handelt es sich dabei um einen demokratisch legitimierten Akt, der vielleicht menschlich unangebracht aber doch demokratisch legitimiert sei?

Die anschließenden Diskussionen über Möglichkeiten, Definitionen und Grenzen der Demokratie sind häufig endlos. Unser Ziel ist es, den normativen Charakter des Demokratiebegriffes herauszustellen. Demokratie ist nicht nur ein Handlungsverfahren zur Steuerung politischer Prozesse. Demokratie wird ihrem Ursprung nur gerecht und verdient nur dann den Namen, wenn der explizite Minderheitenschutz und die allgemein gültigen Menschenrechte garantiert sind, wie sie in den beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen von 1966 formuliert und festgeschrieben wurden. Die Vernichtung einer Minderheit im obigen Beispiel kann somit kein demokratischer, sondern nur ein Akt der Willkür sein, weil er die Integrität und Würde der Menschen missachtet und ihnen das Recht auf Leben abspricht.

Ein Problem besteht aber im Dissens zwischen Theorie und Praxis. Demokratie ist zwar in vielen Papieren, Verfassungen etc. festgeschrieben, im Alltag jedoch zum Beispiel für Opfer rechtsextremer Gewalt nicht immer real erlebbar. Es ist somit nach der konkreten Alltagswirklichkeit und der Verankerung demokratischer Werte im realen Erleben zu fragen. Um an dieser Stelle ansetzen zu können, bedarf es konkreter Akteure, die sich dieser Aufgabe stellen. Unserer Ansicht nach, stellt besonders die Sphäre der Zivilgesellschaft Potenzial zur Demokratisierung. Dies sei kurz erläutert:

Was ist eine Zivilgesellschaft? ²³

In den politischen Wissenschaften gehört der Begriff der Zivilgesellschaft zu den schillerndsten überhaupt. Er verfügt über eine jahrhundertelange Tradition, verschwand eine Zeitlang im Diskurs und erlebte seine Renaissance mit dem Fall der kommunistischen Systeme in Osteuropa.²⁴ Dabei wurde er wesentlich von Bürgerrechtlern wie Havel²⁵ geprägt, die aus der Zivilgesellschaft heraus Potentiale zur Neugestaltung des als verkrustet empfundenen politischen und gesellschaftlichen Systems entwickeln wollten. Obwohl das ZDK an anderer Stelle ausführlich auf den Begriff der Zivilgesellschaft eingeht²⁶, wollen wir doch eine kurze Skizze wagen. Dabei lehnen wir uns an den historischen Ansatz von Merkel / Lauth²⁷ an, die den Begriff Zivilgesellschaft mit folgenden Denkern verbinden:

1. John Locke: Kerngedanke dieser liberalen Tradition war der Schutz vor staatlicher Willkür durch die Schaffung einer unabhängigen Sphäre, die dem Machtzugriff des Staates verwehrt bleibt. Die staatliche Autorität sollte diesen Raum maximal beschützen; aber auf keinen Fall beherrschen.²⁸
2. Charles Montesquieu: Staatliche Macht sollte begrenzt werden, indem über eine Verteilung von Machtstrukturen, die es untereinander zu vernetzen galt, Gegengewalten aufgebaut wurden, die einen begrenzenden und kontrollierenden Einfluss auf den Staat ausüben sollten. Diese Gegengewalten sollten institutionell verankert werden und nicht alleine auf Werten wie Tugend oder Vertrauen basieren.²⁹
3. Alexis de Tocqueville: Unter Zivilgesellschaft verstand er das Vorhandensein einer Reihe von kleinen, nicht-staatlichen Assoziationen. Diese waren für ihn Schulen der Demokratie, in denen über die tägliche Praxis der Umgang miteinander, demokratische Grundwerte und Möglichkeiten der zivilen Konfliktaustragung geübt wurden. Die Zivilgesellschaft stellt damit der Demokratie ein wertetragendes Potenzial zur Verfügung, welches freiheitssichernd wirkt.³⁰
4. Jürgen Habermas: Für ihn ist die Zivilgesellschaft eine freie Sphäre, in der die Interessen unterschiedlicher Akteure artikuliert und sondiert werden können. Sie schafft Öffentlichkeit und Potenziale zur

Artikulation von Kritik auch für jene, die zu einer Minderheit gezählt werden.³¹

In der Debatte zur Demokratietheorie fließen die verschiedenen hier skizzierten Punkte zusammen. Aus einer ausführlichen Übersichtsdarstellung dieser Debatte heraus entwickelt Bernhardt eine Definition der Zivilgesellschaft, die als kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet werden kann [VGL. auch Kreuzberg]. Für ihn ist Zivilgesellschaft

„ein öffentlicher Raum, der 1. zwischen der staatlichen und der privaten Sphäre angesiedelt ist, von einer Vielzahl 2. autonomer und 3. vom Staat rechtlich getrennter Organisationen ausgefüllt wird und der 4. den Akteuren innerhalb dieses öffentlichen Raums individuelle und kollektive Freiheiten garantiert, die es ihnen ermöglicht, ihre Interessen zu verfolgen.“

(Bernhardt 1996)

Umstritten sind in der Diskussion u.a. zwei Punkte. Zum Einen wird nach Korgel³² die Rolle der Ökonomie „uneinheitlich“ eingeschätzt oder gar in der Diskussion bewusst außen vor gelassen. Dieses mag in der Theorie gelingen, in der gesellschaftlichen Praxis hingegen ist der Einfluss der Ökonomie beachtlich und im kommunalen Kontext unbedingt zu beachten.

Zum Anderen wird der Begriff des „Zivilen“ kritisiert. Vor allem von linksradikaler Seite wird dieses „Zivile“ gerne ironisch gefasst und für viele Übel in dieser Gesellschaft verantwortlich gemacht.³³ Fülberth gelingt es dann auch, diese Debatte knapp zusammenzufassen: Er titulierte Zivilgesellschaft als Herrschaftssystem und bloße Stütze des Kapitalismus, der per se abzulehnen bzw. zu überwinden sei.³⁴

Im ZDK wird auf eine andere Position verwiesen. So besteht unter den Befürwortern des Konzeptes ein zunehmender Konsens darüber, dass zum Konzept der Zivilgesellschaft auch ein normatives Band von Werten dazuzuzählen sei. Wiederum Merkel / Lauth:

„Die Zivilgesellschaft ist kein homogener Akteur. Vielmehr ist sie insofern heterogen strukturiert, als sie ein Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure darstellt, die allerdings einen bestimmten normativen Minimalkonsens teilen. Dieser beruht im Kern auf der Anerkennung des Anderen (Toleranz) und auf dem Prinzip der Fairneß. Ausgeschlossen ist die Anwendung physischer Gewalt. Doch dieser Grundkonsens hebt die bestehende interne Konkurrenz nicht auf, sondern befähigt allenfalls in extremen politischen Abwehrsituationen die Akteure der Zivilgesellschaft zu kollektivem strategischem Handeln.“

(Merkel / Lauth 1998)

Hervorzuheben sind hierbei zwei Punkte:

- Die Akteure der Zivilgesellschaft teilen einen demokratischen Grundkonsens.
- Die Zivilgesellschaft ist trotzdem keine Sphäre künstlicher Harmonie, sondern ein Ort zur Konfliktaustragung und Interessenartikulation. Sie greift den Grundgedanken Cosers auf, nach dem diese Form der Konfliktaustragung eine Schule der Konfliktfähigkeit schaffen kann, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht abträglich ist, sondern gerade zu ihrer Entwicklung beiträgt.³⁵

In eben dieser vorstaatlichen Sphäre agieren auch jene menschenfeindlichen Organisationskerne und -strukturen, wie sie eingangs erwähnt wurden. Sie gehören, da sie das normative Band der Demokratie nicht teilen, sondern bekämpfen, nicht zur Zivilgesellschaft. Unser Ziel ist es auf der theoretischen Ebene, im vorstaatlichen Raum eine Hegemonie der zivilgesellschaftlichen Kräfte zu schaffen, die den Wirkungskreis der antidemokratischen Potenziale, welcher Richtung auch immer, so weit einschränkt wie möglich. Leitidee ist dabei, dass man *„die Demokratie angesichts irgendwelcher Gefährdungen nur mit weiterer Demokratisierung sichern“* (Greven 1995) kann. Aus der Zivilgesellschaft heraus kann dabei auch die Kraft zur Weiterentwicklung und Stärkung demokratischer Werte auch in anderen, z. B. staatlichen Bereichen erwachsen, die den Handlungsspielraum der Antidemokraten zu begrenzen weiß.

Es bleibt an dieser Stelle die Frage, wie wir an diesem Leitbild und Theorierahmen orientiert konkret im Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain agieren wollen bzw. was wir zur Umsetzung anraten. In allen Interviews haben wir dabei auch gezielt nach Wünschen gefragt, die wir gerne konzentriert in Stichworten wiedergeben und berücksichtigen möchten:

Wünsche und Bedarf der InterviewpartnerInnen

Wir unterteilen die Anregungen nach Handlungsfeldern:

1.Schulen

- Suche von BetreuerInnen für AGs im Nachmittagsbereich und Interesse an Studienergebnissen

- Zuweisung von Kreuzberger SchülerInnen mit Migrationshintergrund verunsichert die Lehrerschaft – Gefahr von Diskriminierungen gegenüber den „Neuen“ – interkulturelles Kompetenztraining o.ä. wäre ratsam
- Auffälligkeit bei Schulkonferenzen: Interesse der SchülerInnen an Übernahme von Funktionen, aber fehlende Kenntnis von Praxis

2. Kinder- und Jugendbereich

- Kita-ErzieherInnen haben häufig mit Beleidigungen und Beschimpfungen von Kindern zu tun, aber haben kein Interesse an z.B. Anti-Gewalt-Trainings oder (interkulturellen) Fortbildungen – aus Angst vor Mehrarbeit – fühlen sich überfordert und überlastet, auch Vernetzung mit Schulen und Clubs wird abgelehnt, Bedarf an mehr Austausch zwischen Jugendeinrichtungen aus Friedrichshain und Kreuzberg
- Desinteresse der Schule und der Jugendlichen an Zusammenarbeit, Beratung und Vernetzung mit motiviertem Club, außerdem fehlt Geld für Seminar-Honorare!
- Bedarf an Schulung/ Präventionstrainings – am Ort gibt's Probleme mit rechtsextremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen, u. a. gegenüber MigrantInnen

3. Verwaltung/ Polizei

- im Bezirksamt gibt es Ausschilderungen nur in deutscher Sprache – könnte Ansatz für ein Projekt sein (z.B. Schulen/ Clubs gestalten Zusatzschilder nach Erarbeitung...)
- Interkulturelle Öffnung/ Kompetenztrainings von Ämtern/ Behörden
- Ämtervernetzung und Qualifizierung, Förderung des Informationsflusses – gab z.B. konkreten Vorschlag bzgl. Jugendamt Friedrichshain – ist abgelehnt worden, obschon Konzeption und Finanzierung standen
- Zuständigkeitsprobleme – Senat ist für Schulen verantwortlich, Bezirk für Clubs und Kitas – fehlt „sozialräumliche Betrachtung“ von Seiten des Senats und Vernetzungsarbeit wird erschwert

4. Öffentlicher Raum

- SpätaussiedlerInnen sind stark auf eigenen Kreis konzentriert – Bedarf an Öffnung und Zusammenreffen mit anderen Gruppen
- Skater am Frankfurter Tor – häufige Klagen der AnwohnerInnen – Jugendbereich ratlos – wie zu integrieren, wenn z.B. Arbeit stets projektgebunden
- in Stralau verstärkter Zuzug von MigrantInnen – teilweise Probleme im Wohnbereich: Sensibilisierung, Aufklärung und Forderung der Bevölkerung angebracht!

5. Zivilgesellschaft

- Bedarf an Ergebnisanalyse seit der Fusion FH/ KB – BVV sollte Vereine u. engagierte Personen zusammen bringen – Infoflüsse sollten von BVV angeschoben werden, Bedarf an Aufklärung über ähnlich arbeitende Projekte durch BVV; konkreter Vorschlag: einmal jährlich „Ball“ veranstalten.

Sicht des „Zentrums Demokratische Kultur“

Viele dieser Ideen sind mit den Vorstellungen und Wahrnehmungen des ZDK quasi identisch. Wir versuchen den Bedarf aus unserer Sicht begrifflich zu bündeln.

1. Sensibilisierung schaffen / Informationsbedarf

Eine grundlegende Aufgabe wird die nötige Sensibilisierung vieler Akteure in Bezug auf rechtsextreme oder andere demokratiegefährdende Strömungen sein. In vielen Interviews wurde ein massiver Bedarf und ein Wunsch nach Informationen, Erörterungen und Beratungen artikuliert.

2. Diskurse fördern

Mehrfach wurde der Bedarf nach einem Forum geäußert, in dem über Probleme offen debattiert werden kann, in dem nach Lösungsmöglichkeiten gerungen wird und in dem unterschiedliche Akteure aus unterschiedlichen Bereichen beteiligt sind, deren Gemeinsamkeit der Wunsch nach konkreten Taten sein sollte.

3. Modelle entwickeln

Besonders im Jugendbereich gab es von verschiedenen Seiten Interesse an der Umsetzung von Modellprojekten, die auf eine jeweilige Gruppe und ein Interesse gezielt zugeschnitten sein sollen. Es besteht auch ein Bedarf an einem Austausch über solche Projekte und Ideen.

4. Qualifizierung / Spezielle Weiterbildung

Vereinzelt wurde auch deutlich, dass es einen Bedarf an Weiterqualifizierung und -bildung in vielen Bereichen gibt. Dazu zählt besonders die Ausbildung einer grundlegenden interkulturellen Kompetenz sowie die Heranführung an demokratische Verhaltensweisen und Umgangsformen.

5. Opferperspektive

Einen wesentlichen Ansatzpunkt sehen wir in der Stärkung und Verbreitung der Opferperspektive. Die betroffenen Personen gilt es gezielt zu unterstützen.

6. Demokratische Basis erweitern

Demokratie lebt vom Engagement der BürgerInnen. Mehr Personen müssen in demokratische Prozesse involviert werden. Dazu bedarf es Anreize, die über das Konstrukt der „Bürgerpflicht“ hinausgehen. Erinnert sei auch daran, dass wir es nicht alleine mit einem Jugendproblem, sondern einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun haben. Es müssen somit auch möglichst viele gesellschaftliche Akteure und Ebenen in eine Strategie integriert werden.

Was tun?!

Ein Punkt wurde bisher bewusst nicht berücksichtigt: die finanzielle Situation. Die drohende Sparwelle wurde in fast allen Interviews erwähnt. Über vielen Projekten steht das große Fragezeichen der Überlebenschancen. Gängiges Diskurselement ist bereits der Satz, dass dieses oder jenes zwar eine schöne Idee sei, dass es aber nicht gesichert sei, ob das jeweilige Projekt überhaupt im nächsten Monat noch existieren kann. Die Demokratie spart dabei häufig an fragwürdigen Stellen und gefährdet so ihre eigene Existenz.

Das ZDK hat für dieses Problem natürlich auch keine Lösung und auch wir können nur damit umgehen (lernen). In diesem Fall verzichten wir auf Maßnahmenvorschläge, deren Finanzierung unrealistisch erscheinen. Wir wollen auch nicht alle Ideen zur Auseinandersetzung wahllos aneinander reihen, sondern möchten eine Strategie zur Nachbearbeitung und Verbreitung der Studienergebnisse vorschlagen, die sich an den oben skizzierten Bedürfnissen orientiert und diese aufnimmt. Hinzu kommt, dass eine Fülle von Fragen von uns noch nicht beantwortet werden können.

Unsere Idee

Handlungsempfehlungen, Anregungen und Modellentwürfe müssen sich an der unmittelbaren konkreten Situation orientieren. Wir möchten deshalb einen möglichst kleinteilig orientierten Ansatz favorisieren. Konkret schweben uns kleine, Sozialraum orientierte Arbeitsplattformen vor, in denen sich Personen und Akteure aus der „Nachbarschaft“, unabhängig von Herkunft, sozialem Status, bisherigem Engagement etc. treffen können. Diese kleinen Arbeitsgruppen werden vom Bezirk organisiert und jeder/jede Interessierte ist eingeladen, wobei Personen mit Opferperspektive gezielt eingeladen und angesprochen werden.

In diesen AGs werden die Ergebnisse der Studie vorgestellt, diskutiert und sozialräumlich eingeordnet. Wir versprechen uns davon eine Verbreiterung der Sensibilität und der Wahrnehmungskraft. Ist dieser Schritt gelungen, kann die AG einen Bedarf zur Weiterarbeit formulieren. Beispielsweise können Modelle und Ideen entworfen werden, die auf ein gezieltes Problem in der eigenen Umgebung ausgerichtet sind. Es kann ein Austausch über Wahrnehmungen, Aktivitäten etc. entstehen.

Wir sehen in diesen kleinteiligen AGs die Chance, Anreize zum Engagement zu schaffen, Sensibilität herzustellen, Wissen zu verbreiten und Foren der Diskussion und Kreativität zu schaffen. Im Rahmen dieser Studie hat das ZDK diesbezüglich auch eine Liste mit erfolgreichen Handlungsansätzen, die im Bezirk bereits umgesetzt werden, erarbeitet, deren Ergebnisse in die Plattformarbeit einfließen können und sollen.

Vertikale Vernetzung

Allerdings sollen diese AGs von zwei Seiten begleitet werden: die Bezirksverwaltung muss einladen, um den offiziellen Charakter zu unterstreichen. Wir plädieren auch dafür, im Bezirksamt eine eigene Stelle zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements zu schaffen. Diese Person begleitet die verschiedenen Sozialraum-AGs, ist Ansprechpartner und soll qualifiziert werden, Ideen, Anregungen und Entwürfe, die in der Gruppe a formuliert werden auch zur Gruppe b zu tragen. Ferner muss diese Stelle über Förderprogramme auskunfts- und beratungsfähig sein. Der Staat setzt so ein konkretes Zeichen zur Förderung der Zivilgesellschaft.

Horizontale Vernetzung

Aus den Sozialraum AGs heraus soll der „Runde Tisch gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt“ weiterentwickelt werden. Er ist regionales Organ des Austausches der Einzel-AGs. In ihm werden bezirkliche Fragen diskutiert. Aus ihm heraus können Fachgruppen gebildet werden, die einen Bedarf einzelner Gruppen gezielt ansprechen und abdecken. Eine solche Gruppe könnte z. B. „Schule im Umgang mit rechtsextremen Phänomenen“ oder „Umgang mit Antisemitismus im Jugendkontext“ heißen.

Qualifizierungsprogramme

Für bestimmte Sozialgruppen ist zu überlegen, ob aus dem Runden Tisch heraus spezifische Qualifizierungspläne gestartet werden können. Wir empfehlen beispielsweise ein „Peer Leader Education“ – Programm für demokratische Jugendliche. Dahinter steckt die Idee, engagierte demokratische Jugendliche besonders zu fördern, um sie in ihrem Engagement zu stärken und mit ihnen neue Ideen zu entwickeln. Hintergrund des Programms ist der Gedanke, dass Jugendcliquen im Pubertätsalter zu einem zentralen Ort der Sozialisation werden. Es liegt somit nahe, Jugendliche zu qualifizieren, „positiven“ Einfluss auf andere Jugendliche zu nehmen.

Inhaltlicher Input – Aufgabe der Zivilgesellschaft

Die inhaltliche Begleitung der Sozialraum AGs übernimmt ein externer zivilgesellschaftlicher Partner. Er übernimmt den inhaltlichen Input, vermittelt externe Kontakte, leitet inhaltliche Vernetzungen ein und sichert einen Ideen- und Wahrnehmungstransfer. Modelle aus anderen Städten könnten somit im Bezirk

diskutiert und vorgestellt werden. Erfahrungen könnten vermittelt werden. Zu spezifischen Fragen ließen sich Experten einladen u.s.w.

Angebote des „Zentrums Demokratische Kultur“

Hintergrund des oben skizzierten Angebots ist die Erfahrung, dass es einschüchternd und entmutigend wirkt, im Anschluss an eine Studie eine kiloschweres Angebots- und Strategiepapier zu formulieren, was eher „erschlägt“ als ermutigt. Mit diesem Ansatz der Sozialraumstärkung, Qualifizierung, Diskurs-schaffung und Engagementermutigung versprechen wir uns eine Stärkung partizipativer Elemente. Wir bieten gerne an, im Rahmen unserer Möglichkeiten, die wir angesichts der Sparwelle auch noch nicht exakt bestimmen können, die Sozialraumgruppen wie den Runden Tisch und mögliche Fachforen inhaltlich zu begleiten. Das ZDK ist Mitglied mehrerer bundesweiter Netzwerke mit den unterschiedlichsten Partnern. Dazu zählen u.a.:

- Amadeu - Antonio Stiftung (fördert zivilgesellschaftliches Engagement)
- Stiftung Demokratische Jugend (fördert besonders Jugendprojekte)
- Anne Frank Zentrum Berlin
- Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
- Netzwerk Demokratie und Courage (Schulprojekttage)
- Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (interkulturelle Ansätze in der Schul- und Jugendarbeit)

- Freudenberg-Stiftung
- „Stern“ Kampagne „Mut gegen rechte Gewalt“

Deren Kompetenzen ließen sich im Einzelfall integrieren.

Wir besitzen im eigenen Haus außerdem spezielle Fachkompetenzen:

- im Bereich Islamismus,
- Auseinandersetzung mit rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen Phänomenen in Schule, Jugendarbeit, öffentlicher Raum, Polizei, Verwaltung, Justiz
- Demokratisierung im Bereich Schule (Modellschulprojekte; Schulöffnung, Vernetzung Schule, Jugendarbeit, Nachbarschaft; Schülerclubs etc.)
- Jugendprojekte (Peer Leader Education; Schülerfirmen etc.)
- Ausbildungsförderungsprogramme
- Ausstiegsarbeit bei „EXIT-Deutschland“
- Arbeit mit Eltern von rechtsextrem-orientierten Jugendlichen

Wir bieten gerne an, unsere inhaltlichen Kenntnisse einzubringen und auch die verschiedenen Gruppen, Foren etc. zu begleiten. Dabei werden wir jedoch nicht so tun, als hätten wir auf alle Fragen schon Antworten, sondern freuen uns auf einen Prozess, dessen Ende uns auch noch nicht vollständig bekannt sein kann.

X. Literatur

agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hg.) (2002):

Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. rat Hamburg

Allens, Theodore W. (1998): Die Erfindung der weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle. ID Verlag

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn

Benedict, Laura (1998): Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Fall Kay Diesner und die rechte Szene. edition ost

Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika (Hg.) (2002): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung. Metropol Verlag

Benz, Wolfgang/Erb, Rainer/Widmann, Peter (Hg.) (1999): Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg. Metropol/BUGRIM

Benz, Wolfgang (Hg.) (2001): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Fischer Taschenbuch Verlag

Benz, Wolfgang (2001): Bilder vom Juden. Studien zum alltäglichen Antisemitismus. Verlag C.H. Beck

Benz, Wolfgang (Hg.) (1995): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. dtv

Bernhardt, Michael (1996): Civil Society after the First Transition. Dilemmas of Postcommunist Democratization in Poland and Beyond, in: Communist and Post-Communist Studies, 29.3

Braun, Christina von/Heid, Ludger (Hg.) (2000): Der ewige Judenhaß. Philo Verlagsgesellschaft mbH

Bürgerrechte & Polizei, CILIP, Otto Diederichs (Hg.) (1995): Hilfe Polizei. Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern. Elefanten Press

Burgmer, Christoph (Hg.) (1999): Rassismus in der Diskussion. Elefanten Press

Butterwegge, Christoph u.a. (2002): Themen der Rechten. Themen der Mitte. Zuwanderung, demokratischer Wandel und Nationalbewusstsein. Leske + Buderich

Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hg.) (2001): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Leske + Buderich, Opladen

Butterwegge, Christoph (1997): Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung, in: ders. u. a. (Hg.); Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien. Opladen

Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.) (1999): Alte und neue Rechte an den Hochschulen. agenda Politik

Büttner, Manfred (Hg.) (1999): Braune Saat in jungen Köpfen. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt 2 Bände. Schneider Hohengehren

Coser, Lewis (1979): The social Functions of Conflict. New York

Dembowski, Gerd/Scheidle, Jürgen (Hg.) (2002): Tatort Stadion. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball. PapyRossa Verlag

Dietzsch, Martin/Schobert, Alfred (Hg.) (2001): Ein „jüdischer David Irving“? Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten – Erinnerungsabwehr und Antizionismus. DISS

Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hg.) (2002): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Unrast Verlag

Fahr, Margitta-Sybille (2000): „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“. Zum aktuellen Erscheinungsbild von Rechtsorientierung und Rechtsextremismus in Alltagskultur und Lebensweise Jugendlicher und junger Erwachsener. Berlin

Fischer, Jörg (1998): Ganz rechts. Mein Leben in der DVU. Rowohlt Verlag

Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara (2001): Rechtsextremismus im Internet: Die neue Gefahr. Olzog Verlag

Fülberth, Georg (1998): Zivilgesellschaft als Nationalreligion, in: ders. (Hg.): Das Ende als Chance. Hamburg

Funke, Hajo (2002): Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Verlag Hans Schiler

Geertz, Clifford (1983): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt

Gessenharter, Wolfgang (1998): Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen, S. 25 – 66

Greven, Michael Th. (1995): Demokraten fallen nicht vom Himmel, in: Ansgar Klein (Hg.): Wertediskussion im vereinten Deutschland. Köln

Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.) (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Verlag Leske + Buderich

Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt

Habermas, Jürgen (2001): Der demokratische Rechtsstaat - eine paradoxe Verbindung widersprüchlicher Prinzipien? in: ders. (Hg.): Zeit der Übergänge. Frankfurt

Hafeneger, B. (1994): Jugend-Gewalt. Westdeutscher Verlag

Havel, Vaclav (1990): Fernverhör. Ein Gespräch mit Karel Hvizdala. Reinbek

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Suhrkamp Verlag

Heitmeyer, Wilhelm (1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Juventa

Held, David (1996): Models of Democracy. Cambridge / Oxford

Heller, Friedrich Paul/Maegerle, Anton (2001): Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik – Jan van Helsing, Horst Mahler..., Schmetterling Verlag

Heller, Friedrich Paul/Maegerle, Anton (1998): Thule. Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten. Schmetterling Verlag

- Hobsbawn, Eric J. (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. dtv
- Hund, Wulf D. (Hg.) (1996): Zigeuner. Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion. DISS
- Husiken, Freerk (2001): Brandstifter als Feuerwehr. Die Rechtsextremismus-Kampagne. VSA Verlag
- Husiken, Freerk (1996): Jugendgewalt. Der Kult des Selbstbewusstseins und seine unerwünschten Früchte. VSA Verlag
- Hund, Wulf D. (1999): Rassismus: Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit. Westfälisches Dampfboot /PRO
- Jäger, Siegfried (1996): BrandSätze. Rassismus im Alltag. Eine Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). DISS-Studien
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. 2. Auflage. Westdeutscher Verlag
- Kahane, Annetta (2000): Was ist Zivilgesellschaft?, in: Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Zivilgesellschaft und Barbarei. Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie. Berlin, S. 6 – 11
- Katz, Richard S. (1997): Democracy and Elections. New York
- Kaupen-Haas, Heidrun/Saller, Christian (Hg.) (1999): Wissenschaftlicher Rassismus. Analysen einer Kontinuität in den Human- und Naturwissenschaften. Campus
- Keane, John (2000): Vaclav Havel. Biographie eines tragischen Helden. München
- Klose, Christiana/Rademacher, Hemolt/Hafenegger, Benno/Jansen, Mechthild (2000): Gewalt und Fremdenfeindlichkeit - jugendpädagogische Auswege. Fünf Modelle im hessischen Jugendaktionsprogramm gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Leske + Budrich
- Korgel, Lorenz (1999): Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Berlin (Diplomarbeit)
- Lange, Astrid (1993): Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Ziele, Inhalte, Taktik. Verlag C.H. Beck
- Lenk, Kurt (1993): Probleme der Demokratie, in: Hans Joachim Lieber (Hrsg.); Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. Bonn
- Literaturreport 1998: Jugend und Rechtsextremismus in Deutschland. Jugend und Gesundheit in Europa. Supplement zur Zeitschrift Diskurs. Supplement zur Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft. Deutsches Jugendinstitut
- Locke, John (1974): Über die Regierung. Stuttgart
- Lynen, von Berg, Heinz (2000): Politische Mitte und Rechtsextremismus. Der parlamentarische Diskurs der beiden großen Volksparteien und der Bundesregierung im 12. Deutschen Bundestag zu den fremdenfeindlichen Gewalttaten Anfang der 90er Jahre. Leske + Budrich
- Mecklenburg, Jens (Hg.) (1996): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Elefanten Press
- Mecklenburg, Jens (Hg.) (1999): Was tun gegen rechts? Elefanten Press
- Merkel, Wolfgang / Lauth, Hans Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 6-7, S. 3-12
- Merkel, Wolfgang (Hg.) (1992): Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen
- Meyer, Thomas (1997): Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. Aufbau Taschenbuch Verlag

Miles, Robert (1999): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Aus d. Engl. v. Haupt, Michael. Argument Hamburg /PRO

Montesquieu, Charles (1965): Vom Geist des Gesetzes. Stuttgart

Müller, Jost (1995): Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur. ID Verlag

Neugebauer, Gero (2000): Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn

Niedermayer, Oskar/ Brähler, Elmar (2002): Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. Berlin

Norddeutsche Antifagruppen (Hg.) (1997): Rosen auf den Weg gestreut. Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“. rat Hamburg

O'Hara, Patrick/Schlüter, Daniel (Hg.): Der Mythos stirbt zuletzt. Neonazistisches Gedenken – der Kriegsverbrecher Rudolf Heß – antifaschistische Diskussion. rat Hamburg

Oji, Chima (1992): Unter die Deutschen gefallen. Erfahrungen eines Afrikaners. Peter Hammer Verlag

Pfahl-Traughber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandaufnahme nach der Wende. Bonn

Rausch, Thomas (1999): Zwischen Selbstverwirklichungsstreben und Rassismus - Soziale Deutungsmuster ostdeutscher Jugendlicher. Leske + Budrich /BRO

Redaktion diskus (Hg.) (1992): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Berlin

Rieger, Anne, Sander, Ulrich (Hg.) (1995): Schwarzbraunbuch. Ein alternativer Verfassungsschutzbericht. Pahl-Rugenstein Verlag

Rommelspacher, Birgit (1994): Schuldlos – Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinandersetzen. Konkret Literatur Verlag

Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht. Orlanda Frauenverlag

Schmidt, Michael (1993): „Heute gehört uns die Straße...“. Ein Inside-Report aus der Neonazi-Szene. Mit einem Vorwort von Ralph Giordano. Econ Verlag

Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst. Verlag rororo aktuell

Schröder, Burkhard (2000): Nazis sind Pop. Espresso Verlag

Schröm, Oliver, Röpke, Andrea (2001): Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Ch. Links Verlag

Searchlight, Antifaschistisches Infoblatt, Enough is enough, rat (Hg.) (2001): White Noise. Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene. Unrast Verlag

Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3. Auflage. Friedrich Ebert Stiftung

Stöss, Richard (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky / Wolfgang Schröder (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen

- Sturzbecher, D. (Hg.) (1997): Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie. Verlag für angewandte Psychologie
- Taylor, Charles (1991): Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society Stuttgart
- Tocqueville, Alexis de (1985): Über die Regierung in Amerika. Stuttgart
- Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen/ Antifa 3000 (Hg.) (2002): Freie Kameradschaften. Hannover
- Wahl, K. (2001): Gewalt und Aggression. In: Otto, H.-U./ Tiersch, H. (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/ Sozialpädagogik. Neuwied: Luchterhand
- Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Berlin
- Wetzels, P. (1997): Gewalterfahrungen in der Kindheit. Sexueller Missbrauch, körperliche Misshandlung und deren langfristige Konsequenzen. Nomos
- Winckel, Ännecke (2002): Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland. Unrast Verlag
- Zentrum Demokratische Kultur (1998): Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus - Möglichkeiten der Intervention. Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur (1999): Erscheinungen und rechtsextreme Bestrebungen in Leipzig-Grünau im Zusammenhang mit Jugend und Jugendarbeit. Eine Darstellung bedeutsamer Aspekte. Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur (2000a): Rechtsextreme Erscheinungen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen. Eine Pilotuntersuchung 1999/2000 im Auftrag des Bezirksamtes Berlin-Hohenschönhausen. Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2000b): Zivilgesellschaft und Barbarei - Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie. Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2001): Rechtsextremismus und demokratische Kontexte unter besonderer Berücksichtigung sicherheits- und jugendpolitischer Aspekte. Eine Kommunalanalyse im Auftrag des Kreispräventionsrates im Landkreis Dahme Spreewald. Berlin
- Zentrum Demokratische Kultur (Hg.) (2002): Volksgemeinschaft gegen Mc World – Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur. Berlin

(Footnotes)

¹ vgl. Butterwegge 1997, S. 9-53

² Stöss 1994, S. 36

³ Pfahl-Traugber 1993, S. 14

⁴ Stöss 2000, S. 13

⁵ ebenda, S. 16

⁶ Backes / Jesse 1993, S. 40

⁷ zitiert nach Stöss 2000, S. 15

⁸ vgl. Uwe Backes; Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 289ff

⁹ Neugebauer 2000, S. 31

¹⁰ Jaschke 2001, S. 31

¹¹ In der Konstruktion der „Anderen“ als „Wilde“ wurde die Konstitution der Europäer als „Zivilisierte“ ex negativo überhaupt erst möglich

¹² Vgl. Butterwegge u.a. (Hg.) Themen der Rechten – Themen der Mitte. Opladen: Leske + Budrich 2002

¹³ vgl. agentur für soziale perspektiven e.V. (2002)

¹⁴ vgl. Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2002)

¹⁵ Geertz 1983, S. 40

¹⁶ Ebd.: S. 24

¹⁷ Ebd.: S. 33

¹⁸ Ebd.: S. 9

¹⁹ Alle Daten für 1999 und 2001 wurden dem Bericht „Armut und soziale Ungleichheit in Berlin“ entnommen, der 2002 von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz veröffentlicht wurde. Die Daten für Dezember 2000 befinden sich auf den Internetseiten des Statistischen Landesamtes. Die Daten für Juni 2002/ Statistik der melderechtlich registrierten MigrantInnen in Friedrichshain kommen ebenfalls vom Landesamt für Statistik.

Armut bezeichnet im Folgenden die „relative Einkommensarmut“ nach der OECD-Definition („ältere Äquivalenzskala“ der OECD) und misst sich an der EU-Empfehlung, nach der die Armutsgrenze 50% des bedarfsgewichteten Nettoeinkommens beträgt (für Länder der Ersten Welt!). Daraus ergibt sich ein „relatives Wohlstandsmaß“ entsprechend des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens für eine erwachsene Person. Für alle weiteren Personen eines Haushalts erfolgt eine Gewichtung nach Bedarf:

Person 1 („Haushaltsvorstand“) = Gewicht 1; weitere Erwachsene/ Jugendliche über 15 Jahre = Gewicht 0,7; Kinder bis 15 Jahre = Gewicht 0,5.

Für Berlin insgesamt ergibt sich daraus, dass 12,8% der hier lebenden Menschen als zu arm angesehen werden müssen – das ist jeder 8. BürgerIn (202.000 Haushalte – jeder 9. Haushalt), wobei weniger als 1.068 DM (= 50% des gewichteten Nettoeinkommens) zur Verfügung stehen

²⁰ vgl. auch z.B. Hafener 1994; Heitmeyer 1995; Sturzbecher 1997; Wahl 2001; Wetzels 1997

²¹ „Kategorie C“ ist die polizeiliche Bezeichnung für Fußballfans, die keinerlei Interesse am Spiel haben und lediglich eine gewalttätige Auseinandersetzung suchen

²² siehe einführend Lenk 1993

²³ eine ausführliche Fassung des folgenden Textabschnitts erscheint in Kürze im „Bulletin 1/03“, Hg.: Klett Verlag und Zentrum Demokratische Kultur Berlin

²⁴ zur Begriffsgeschichte vgl. ausführlich: Taylor 1991

²⁵ vgl. z.B.: Havel 1990 und Keane 2000

²⁶ siehe: Zentrum Demokratische Kultur (2000b) und (2001)

²⁷ vgl. Merkel / Lauth 1998 und Merkel 1992

²⁸ vgl. Locke 1974

²⁹ vgl. Montesquieu 1965

³⁰ vgl. Tocqueville 1985

³¹ vgl. insbesondere Habermas 1998 und 2001

³² vgl. Korgel 1999

³³ stellvertretend vgl. Redaktion diskus (Hg.) 1992

³⁴ vgl. Fülberth 1998

³⁵ vgl. Coser 1979